



Stenografischer Bericht

öffentlich

8. Sitzung – Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben –
Beteiligung junger Menschen stärken“

3. September 2025 – 10:03 bis 13:53 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Cirsten Kunz-Strueder (SPD)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Sandra Funken
Dominik Leyh
Max Schad
Christin Ziegler

AfD

Gerhard Bärsch
Jochen Roos
Pascal Schleich

SPD

Kerstin Geis
Nadine Gersberg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julia Herz
Lara Klaes
Felix Martin

Freie Demokraten

Wiebke Knell



Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU:	Julius Brackmann
AfD:	Marianne Waldau, Christian Kott
SPD:	Johannes Ossa
Freie Demokraten:	Melissa Wörz

Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend, Soziales

Staatssekretärin Katrin Hechler
Jana Jeuck

Beratungsgremium

LBKJ Miriam Zeleke

Ständige Sachverständige

Prof. Dr. Matthias Friehe
Reiner Jäkel
Lothar Mehlhose
Prof. Dr. Ivo Züchner
Nicolas Schmelzer

Sachverständige

Dr. Stefanie Lindow
Prof. Dr. Rolf Ahlrichs
Dr. Hans-Joachim Maaz
Prof. Dr. Karina Weichold
Prof. Sigrid Roßteutscher

Wissenschaftliche Beratung

Nadja Althaus

Protokollführung: Maximilian Sadkowiak, Brigitte Britzke

1. Themenblock III: Empirisch-analytische Grundlagen

Sozialpsychologie des Beteiligungsbedürfnisses

Vorsitzende:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die 8. Sitzung der Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung junger Menschen stärken“ und darf Sie alle recht herzlich begrüßen.

Besonders begrüße ich heute Frau Nadja Althaus, die unsere Kommission ab jetzt mit ihrer Expertise als wissenschaftliche Beraterin unterstützen wird. Sie hat Praxiserfahrung in sozial- und heilpädagogischen Praxisfeldern und hat zuletzt länger bei Prof. Dr. Sabine Andresen an der Goethe-Universität in Frankfurt gearbeitet und dort promoviert.

(Beifall)

Sehr herzlich begrüße ich die Damen und Herren Anzuhörenden. Frau Dr. Stefanie Lindow von der Universität in Erfurt, Herr Dr. Hans-Joachim Maaz, Vorsitzender des Choriner Instituts für Tiefenpsychologie und psychosoziale Prävention sowie Frau Prof. Dr. Karina Weichold von der Friedrich-Schiller-Universität Jena sind uns digital zugeschaltet. Vor Ort sind Herr Prof. Dr. Rolf Ahrlichs von der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg sowie Frau Prof. Sigrid Roßteutscher von der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Ich weise schon jetzt darauf hin, dass einige aufgrund von Folgeterminen angezeigt haben, eventuell nicht bis zum Ende vor Ort sein zu können. Deswegen schlagen wir vor, dass in Fraktionsstärke abgestimmt wird. – Dazu sehe ich keinen Widerspruch.

Zu Beginn weise ich in aller Kürze auf unsere Verfahrensregeln hin. Die Sachverständigen haben zunächst jeweils 20 Minuten Zeit, ihre Vorträge vorzutragen. Im Anschluss an alle Vorträge gibt es Fragerunden. Pro Fragerunde kann jede Fraktion bis zu drei Fragen an die Sachverständigen stellen. Danach gibt es eine Antwortrunde von allen Sachverständigen. Das Ganze wiederholen wir höchstens zweimal.

Damit kommen wir zu den Vorträgen. Als Erstes gebe ich der zugeschalteten Frau Dr. Lindow das Wort. – Bitte schön.

Dr. Stefanie Lindow:

Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr, dass ich zu dieser Kommission beitragen kann.

Ganz kurz zu meiner Person. Ich arbeite als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Psychologie an der Universität Erfurt. Ich bin Entscheidungsforscherin. Das heißt, ich beschäftige mich damit, wie Menschen Entscheidungen treffen. Mich interessiert, welche psychologischen

Mechanismen hinter der Entscheidung stehen, mit einem ganz besonderen Augenmerk darauf, wie Kinder Entscheidungen treffen.

In meinem Vortrag werde ich also das Partizipations- und Beteiligungsthema unter dem Aspekt des Entscheidens erörtern. Mein Ziel ist es dabei, dass Sie ein Gefühl dafür bekommen, was alles mit dem Entscheiden einhergeht, vor welchen Herausforderungen Kinder stehen, wenn sie Entscheidungen treffen. Ich möchte Ihnen auch ein Gefühl dafür geben, was Kinder in dem Kontext schon können und was sie noch lernen müssen.

Ich denke, dass dies sehr wichtige Überlegungen in der Beteiligungsdiskussion sind, weil das Entscheiden können letztendlich das ist, worum es bei der Partizipation geht.

Ganz am Anfang habe ich Ihnen zur Einordnungshilfe ein verbreitetes Rahmenmodell der Partizipation herausgesucht, was Sie eventuell auch schon kennen, die sogenannte Partizipationsleiter. Der Kern, der in diesem Modell steckt, ist, dass es verschiedene Arten der Partizipation gibt und man sich bei der Umsetzung von Beteiligung immer fragen muss, was es genau ist, bei dem die Kinder beteiligt werden sollen. Das bestimmt dann letztendlich auch, welche psychologischen Mechanismen mit der Beteiligung von Kindern einhergehen.

Wenn wir uns zum Beispiel die unterste Stufe dieser Partizipationsleiter anschauen, dass Kinder die Entscheidung von Erwachsenen zugewiesen bekommen, aber umfassend darüber informiert werden, dann bedeutet das auf einer psychologischen Ebene für das Kind, dass es Informationen über Entscheidungsprozesse erhält.

Je nachdem, welche Partizipation vorliegt, kann Partizipieren aber auch bedeuten, dass die Kinder ihre Meinung bilden und äußern dürfen oder den Entscheidungsprozess gemeinsam mit Erwachsenen oder auch völlig eigenständig durchführen.

Indem praktisch unterschiedliche Formen der Partizipation mit ganz unterschiedlichen Prozessen beim Kind einhergehen, gibt es keine einfache Antwort auf die Frage, was Partizipation Kindern bringt und welche Voraussetzungen Kinder brauchen, um partizipieren zu können. Ziel meines Vortrags ist es daher, Ihnen aufzuzeigen, was diese psychologischen Prozesse, die durch Partizipation angesprochen werden, für das Kind bedeuten.

Was genau passiert beim Entscheiden? Wir gehen davon aus, dass Entscheiden ein Prozess ist, der aus mehreren Teilprozessen besteht. In einem ersten Schritt muss man zunächst erkennen, dass überhaupt eine Entscheidung ansteht. Dieser Schritt ist in der Partizipationsleiter, die ich gerade gezeigt hatte, auch berücksichtigt, indem nämlich unterschieden wird, wer die Entscheidung initiiert, ob das Kind also selbst Initiator der Entscheidung ist oder ob Erwachsene mit der Entscheidung beginnen. Das ist in unserem Entscheidungsmodell dieser erste Schritt. Ich leite den Entscheidungsprozess ein.

Das klingt jetzt alles sicherlich ein bisschen abstrakt. Ein konkretes Beispiel wäre, dass man feststellt, dass man neue Schuhe braucht. Dann geht man in den Schuhladen mit der Absicht, Schuhe zu kaufen. Das entspricht diesem ersten Prozessschritt der Einleitung.

Im nächsten Schritt des Entscheidungsprozesses geht es dann darum, dass man Informationen nutzt, um sich ein Bild über die Entscheidungssituation aufzubauen. Welche Informationen braucht man beim Entscheiden? In dem Punkt haben die Psychologen und auch die Ökonomen eine relativ klare Antwort. Nach unseren Theorien des rationalen Entscheidens sollten wir, um eine gute Entscheidung treffen zu können, unseren Nutzen maximieren. Das beinhaltet, dass ich die zur Wahl stehenden Alternativen genau anschau. Diese sind nämlich durch bestimmte Eigenschaften gekennzeichnet oder gehen mit ganz bestimmten Konsequenzen einher. Wenn ich die Alternativen, zwischen denen ich wählen will, genau kenne, dann kann ich sie vergleichen und die für mich passendste auswählen.

Es ist so, dass sich die Entscheidungssituationen dahin gehend unterscheiden, wie viel dieser Informationen ich selbst schon weiß und wie viele ich erst noch herausfinden muss. Wir sprechen also in dem Fall davon, dass sich Entscheidungssituationen darin unterscheiden, wie viel aktive Informationssuche erforderlich ist, um sich ein Bild über den Entscheidungsprozess aufbauen zu können.

Jetzt werden Sie vielleicht denken, dass es ein bisschen trivial klingt, was ich hier erzähle, dass man, wenn man entscheiden will, wissen muss, zwischen was man sich entscheidet. Das ist aber im konkreten Fall tatsächlich häufig überhaupt nicht trivial. Nehmen Sie zum Beispiel das Schuhbeispiel, mit dem ich angefangen hatte. Es ist häufig gar nicht so einfach, sich ein gutes Bild der Entscheidungsalternativen zu machen. Es gibt sehr viele Informationen, die man berücksichtigen könnte. Man könnte Schuhgrößen und Preisschilder lesen, Marken anschauen, die Schuhe ausprobieren, um solche Dinge wie Tragekomfort herauszufinden. Schuhe haben unterschiedliche Farben, Materialien sind unterschiedlich gut verarbeitet. Ich könnte noch relativ lange weiter erzählen. Es ist ganz schön viel, was mit einer solchen doch recht einfachen Entscheidung einhergehen kann.

Wenn Sie das erste Mal in einem bestimmten Bereich eine Entscheidung getroffen haben, ist Ihnen vielleicht auch schon einmal bewusst aufgefallen, dass es gar nicht so einfach ist, zu wissen, worauf man achten muss. Ich hatte vorgestern ein solches Erlebnis, dass ich dies wieder bewusst erleben durfte. Ich habe mit meiner mittleren Tochter zusammen zum ersten Mal einen Judoanzug gesucht. Im ersten Moment dachte ich: Es ist schön. Die Judoanzüge sind alle weiß. Sie haben eine Jacke, Hose, Gürtel, prima. – Aber dann beim zweiten Mal Hinschauen ist uns aufgefallen, dass man sich bei einem Judoanzug angucken sollte, wie dicht der Stoff ist. Hier ist tatsächlich Gramm pro Quadratmeter ausgewiesen, und man vergleicht Judoanzüge hinsichtlich der Dichte des Stoffes. Es ist wichtig, dass der möglichst dicht ist und der Anzug möglichst schwer ist.

Bei den Schuhen ist es genau andersherum. Man sucht Schuhe, die möglichst leicht sind, und die schweren sind die schlechten. Ich hoffe, dass dieses Alltagsbeispiel klarmacht, dass es wirklich eine Herausforderung ist, zu wissen, was man anschauen muss und was die guten Dinge sind, auf die man achten sollte. Wie gesagt, es gibt schon bei relativ einfachen Entscheidungen eine ganze Reihe von Dingen, die man berücksichtigen muss. Das stellt eine große Herausfor-

derung beim Entscheiden unter der Annahme dar, dass Entscheidungen durch Nutzenmaximierung entstehen sollten. Man braucht nämlich Wissen, und man braucht zum Teil sogar sehr viel Wissen. Ich habe jetzt noch einmal das Schuhbeispiel herausgesucht. Wenn wir nur die Größe, die Farbe und die Marke anschauen, kann es uns passieren, dass wir Schuhe kaufen, in denen wir gar nicht richtig laufen können.

Mein Beispiel eignet sich auch gut dafür, die nächste Herausforderung deutlich zu machen, die ich hervorheben möchte. Es ist so, dass Entscheiden mit viel Wissen einhergeht, aber die reine Menge an Wissen hilft nicht immer. Die vielen Informationen, die ich mir als Nutzenmaximierer anschauen sollte, sind nicht unbedingt immer alle gleich wichtig. Zum Beispiel treten nicht immer alle Konsequenzen mit der gleichen Wahrscheinlichkeit ein, oder es ist nicht jede mögliche Eigenschaft der Alternativen für mich auch wirklich wichtig. Während für manche Menschen zum Beispiel die Marke der Schuhe ganz doll entscheidend ist, ist es für andere Menschen völlig unwichtig.

Genau für diesen Fall, dass es in der Entscheidungssituation entweder sehr wichtige oder auch völlig unwichtige Informationen gibt, sieht die Theorie der Nutzenmaximierung vor, dass man die Wichtigkeit von Informationen berücksichtigen sollte. Unwichtige Informationen sollten ein deutlich geringeres Gewicht beim Entscheiden bekommen als die ganz wichtigen Informationen. Diese sollten dann priorisiert werden.

Ein Beispiel wäre, dass ich ein Schuhpaar finde, das eine schöne Farbe hat, in einem tollen Karton kommt und irgendwie ganz super hübsche Schnürsenkel hat, aber mir diese Schuhe gar nicht passen. Wenn ich also Schuhe zum Laufen suche, dann sollte ich unbedingt die Tatsache, dass die Schuhe mir überhaupt nicht passen, über all die anderen positiven Eigenschaften priorisieren und die Schuhe doch nicht nehmen, obwohl so viele andere Sachen dafür sprechen.

Die Priorisierung von Informationen stellt Kinder gleich vor zwei Herausforderungen, weil sie nämlich zum einen Wissen über diese Gewichte brauchen. Sie müssen also wissen, was die wichtigen und was die unwichtigen Dinge sind. In einem zweiten Schritt müssen Kinder das anwenden, also sie müssen aktiv Informationen abwerten oder aufwerten. Das heißt, dass diese Nutzenmaximierung, die man vornehmen kann, um zu einer guten Entscheidung zu kommen, überhaupt nicht einfach ist, sondern mit einer ganzen Reihe an Herausforderungen einhergeht.

Jetzt werden Sie vielleicht denken, dass es schön ist, dass man in einer Entscheidung immer ein möglichst großes Gesamtbild und eine gewichtete Integration von Informationen vornimmt, um sich gut und umfassend zu informieren. Aber brauche ich das denn überhaupt bei jeder Entscheidung, dass ich möglichst umfassend informiert bin?

Da ist es tatsächlich so, dass die Entscheidungsforschung ganz klar sagt: Nein, ich muss nicht in jedem Fall eine vollständige Nutzenmaximierung durchführen und so ein komplettes Gesamtbild der Entscheidung aufbauen, um die für mich passende Alternative zu finden. – Das wurde mit Erwachsenen schon ganz intensiv jahrzehntelang erforscht, und es wurde gefunden, dass es sogenannte Heuristiken gibt. Das sind einfache Entscheidungsstrategien. Die Idee dabei ist, dass

ich, wenn ich eine Heuristik, eine einfache Strategie, anwende, die genau zur Entscheidungssituation passt, dann auf eine sehr einfache, abgekürzte Weise zu guten Entscheidungsergebnissen gelangen kann.

Ein Beispiel wäre die sogenannte Take-the-best-Heuristik. Diese passt in Entscheidungssituationen, in denen es eine ganz klar dominierende Information gibt, also eine Information, die unglaublich viel wichtiger als alle anderen Informationen ist. In diesem Fall wird es dann reichen, dass ich die Entscheidungsalternativen nur auf dieser einen zentralen Information vergleiche. Alle anderen Informationen kann ich weglassen.

Wir haben eine ganze Reihe an psychologischen Theorien und auch Forschung, die sich genau mit solchen Heuristiken beschäftigt und zu dem Schluss kommt, dass das Entscheiden praktisch nicht immer schwer und kompliziert sein muss, dass es manchmal auch ganz einfach sein kann. Da schließt sich die provokante Frage an: Ist das Entscheiden denn nun „kinderleicht“? – Die Antwort ist allerdings wieder: Nein. – Auch die Heuristik-Anwendung ist gar nicht so einfach. Zum einen muss man diese einfachen Strategien, diese Heuristiken, erst einmal kennen, und man muss wissen, in welcher Situation sie passen. Das Herzstück dieser Entscheidungsmodelle ist, dass die Heuristiken situationsspezifisch sind. Sie führen also nicht immer zu einer guten Entscheidung, sondern nur in der ganz konkreten Situation, auf die sie zugeschnitten sind.

Um zu erkennen, um welche Situation es sich handelt und welche Heuristik ich brauche, benötige ich zum Teil ganz schönes Wissen über komplizierte Zusammenhänge in der Welt. Zusätzlich ist es auch noch so, dass ich, um diese Heuristiken ausführen zu können, bestimmte Basisfähigkeiten benötige. Die Heuristiken sind zwar prinzipiell dazu gemacht, dass sie mein Arbeitsgedächtnis entlasten, dass sie es mir also leicht machen und ich nicht so viel verarbeiten muss, aber im Umkehrschluss bedeutet das, dass ich Selektion vornehmen muss. Ich brauche selektive Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeitslenkung, Planung. Das sind alles Fähigkeiten, die der Entscheider erst einmal haben muss, um mit solchen Heuristiken zu guten Entscheidungsergebnissen zu gelangen.

Damit kann man zusammenfassend sagen, dass Entscheiden mit einer Reihe an Herausforderungen einhergeht, sowohl dann, wenn ich annehme, dass ich Nutzenmaximierung mache, als auch, wenn ich von dieser Heuristikanwendung ausgehe.

Ich würde an dem Punkt erst einmal eine Pause mit den theoretischen Modellen machen und Ihnen erzählen, was genau Kinder können und was ihnen schwerfällt. Damit Sie das einordnen können, ein ganz kurzer Blick in meine Methoden. Ich bin Experimentalpsychologin. Ich beobachte Kinder nicht draußen in der echten Welt, sondern ich hole sie zu mir ins Forschungslabor, und ich beobachte in konstruierten Entscheidungsspielen, wie Kinder sich verhalten.

Was wir in diesen Spielen finden, ist, dass Kinder überraschenderweise mit vielen Informationen gar nicht so ein großes Problem haben, wie man vielleicht vermuten würde. Schon Kinder um den Schuleintritt herum, also 5- bis 6-Jährige, sind durchaus dazu in der Lage, mehrere Informationen beim Entscheiden zu berücksichtigen. Sie haben auch kein großes Bedürfnis nach vereinfachten Vorgehensweisen. Sie suchen durchaus große Informationsmengen aus.



Was in unseren Forschungsspielen allerdings auffällt, ist die Sache mit der Gewichtung, dass das tatsächlich schwierig ist. Wir stellen in unseren Forschungsspielen sicher, dass die Kinder die Gewichtung kennen. Diesen ersten Schritt, dass das Wissen fehlt, nehmen wir heraus, das geben wir den Kindern. Aber trotzdem finden wir dann noch, dass es unsere untersuchten Grundschul-kinder sehr, sehr schwer haben, diese Wichtigkeit der Informationen beim Entscheiden zu berücksichtigen. Andere Forschungsgruppen, die mit älteren Kindern arbeiten, finden, dass das über die Grundschulzeit hinaus weiter im Kindesalter eine große Herausforderung darstellt.

Einschränkend muss man sagen, dass die Befundlage hier nicht ganz eindeutig ist. Wir haben auch Forschungsgruppen, die schon bei 4-Jährigen Fähigkeiten zur Gewichtung finden. Allerdings deutet das eher darauf hin, dass das, was Kindern schwerfällt, dieses explizite Wissen ist, dieses bewusst Gewichte anwenden können und bewusst ihren Entscheidungsprozess steuern können. Da schließen dann auch unsere Befunde zur Informationssuche an, weil Informationssuche ein bewusster Prozess ist, den ich planen und steuern muss. Hier finden wir weit ins Kindesalter hinein große Probleme, das systematisch zu machen. In der Entscheidungsforschung wird die Informationssuche von Kindern zum Teil auch als planlos beschrieben.

Einschränkend ist dann allerdings zu sagen, dass nicht alle Entscheidungssituationen, vor denen Kinder stehen, diese Fähigkeiten auch brauchen. Nicht in jeder Entscheidungssituation brauche ich eine aktive Informationssuche. Manchmal stolpern die Kinder auch über die wichtigen Informationen, und die sind da.

Wir finden auch, dass Kinder einer Altersgruppe nicht alle gleich sind. Kinder unterscheiden sich in ihren Fähigkeiten. Nicht alle Kinder haben so große Probleme wie andere. Was man in dieser Diskussion um Defizite bei Kindern auch nicht vergessen sollte, ist der Blick auf Erwachsene. Auch bei Erwachsenen finden wir Unterschiede. Auch Erwachsene sind nicht alle gleich. Auch sie haben zum Teil Schwierigkeiten mit den Dingen, die wir bei den Kindern als Defizite beschreiben. Wir finden auch über das Erwachsenenalter hinaus Entwicklungsverläufe, gerade im hohen Erwachsenenalter auch rückläufige Entwicklungsverläufe.

Abschließend würde ich jetzt gerne noch einmal zu den Kindern zurückkommen und den letzten Teil des Entscheidungsprozesses betrachten, der dann auch den Bogen zur Partizipation und zur Beteiligung von Kindern schließt. Meine bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass es ziemlich viel gibt, was Kinder lernen müssen. Sie stehen vor immens großen Herausforderungen beim Entscheiden. Aber die Entscheidungsforschung geht davon aus, dass all das, was gelernt werden muss, durch das Entscheiden selbst gelernt werden kann. Also das Implementieren von Entscheidungen, das Feedback bekommen durch die Welt, hilft uns, all das zu erwerben.

Damit hat meiner Meinung nach jede Form der Partizipation ihren eigenen Wert, indem sie mit unterschiedlichen Teilen des Entscheidungsprozesses verknüpft ist und Partizipation langfristig dabei hilft, die Herausforderungen beim Entscheiden zu üben. In unserer aktuellen Forschungsarbeit, unserem sogenannten KEEP-Panel, würden wir gerne verstehen, wie dieses Lernen des Entscheidens in Personen- und in Kontextfaktoren eingebettet ist. Das heißt, momentan begleiten wir die Entwicklung von Kindern, die im Moment in der Grundschule sind, und wir warten darauf, dass diese Kinder älter werden, um besser verstehen zu können, welche Faktoren das Lernen

des Entscheidens begünstigen oder behindern, um individuelle Entwicklungsverläufe verstehen zu können. Aber an diesen Fragen sind wir tatsächlich erst dran. Der aktuelle Stand der Forschung ist, wie gesagt, dass das Lernen einen ganz wichtigen Einfluss auf die Ausprägung von Entscheidungskompetenzen hat.

Damit würde ich meinen Vortrag schließen wollen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bin sehr gespannt auf die weiteren Fragen.

(Beifall)

Vorsitzende:

Vielen Dank. Vielen Dank auch für diese zeitliche Punktlandung. Das war sehr vorbildlich. Wir fahren jetzt mit den weiteren Anzuhörenden fort. Als Nächstes hat Prof. Dr. Ahlrichs das Wort.

Prof. Dr. Rolf Ahlrichs:

Vielen Dank für die Einladung. Ich bin Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit und Diakonie mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendbildung. Speziell forsche ich zum Thema Partizipation und Demokratie in Ludwigsburg.

Ich bin kein Psychologe, sondern Sozialpädagoge und nehme deswegen jetzt einen sozialpädagogischen Fokus ein. Das heißt, ich spreche über Bildung und werde dazu kurz einige Vorbemerkungen machen, um Ihnen dann zwei Forschungsprojekte genauer vorzustellen, die ich in den vergangenen etwa vier Jahren durchgeführt habe.

Die Ausgangsfrage aus einer sozialpädagogischen oder Bildungsperspektive ist: Wo und wie wird ein Mensch zum Demokraten, zur Demokrat*in? – Bei dem Wie gehe ich davon aus – das haben wir eben abschließend auch schon bei Frau Lindow gehört –, dass wir uns die Kompetenz zur Partizipation aktiv aneignen können, indem wir Partizipation praktizieren, oder auch: Wir lernen Demokratie in der Demokratie.

Bei dem Wo kommen wir dann zu der Frage: Wo kann denn das eigentlich geschehen? – Mein Fokus liegt da auf pädagogischen Institutionen, auf der Zivilgesellschaft, auf Vereinen, aber auch auf der kommunalen Lebenswelt.

Damit Partizipation für Kinder und Jugendliche dort nicht vor der Willkür oder von der Fähigkeit von Erwachsenen abhängt, braucht es Rechte. Mit diesen Rechten haben Sie sich in den vergangenen Sitzungen ausführlich beschäftigt. Dazu will ich nicht viel sagen. UN-Kinderrechtskonvention, SGB VIII, aber auch Gemeindeordnung. Hessen, Baden-Württemberg und andere Bundesländer sind da schon ganz vorbildlich vorausgegangen.

Das heißt, um die Vorbemerkung abzuschließen, wenn wir danach fragen, kann Beteiligung eigentlich als Grundbedürfnis von Kindern und Jugendlichen, von jungen Menschen beschrieben werden, oder wie wirkt sich gelungene Partizipation aus, dann ist zunächst einmal festzuhalten,

dass demokratische Partizipation ein Recht von Kindern und Jugendlichen ist, das wir nicht anwenden, um irgendetwas anderes zu erreichen. Aber natürlich gibt es positive Nebenwirkungen der Partizipation, und über die spreche ich jetzt. Es war mir wichtig, das einmal vorab festzuhalten.

Wie komme ich überhaupt dazu, Partizipation und Demokratie zu verbinden? Das liegt vielleicht für manche nicht ganz so auf der Hand. Ernst-Wolfgang Böckenförde hat vor mehr als 50 Jahren festgehalten, dass der freiheitliche demokratische Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Gemeint waren damals Werte wie Solidarität oder auch die Bereitschaft, etwas für die Gemeinschaft, für das Gemeinwohl zu tun, beispielsweise ein politisches Ehrenamt zu übernehmen, ein zivilgesellschaftliches Ehrenamt zu übernehmen, sich für andere einzusetzen.

Wie aber werden diese Werte heute in einer pluralistischen, säkularen Gesellschaft vermittelt? Jürgen Habermas geht davon aus, dass es die konkrete Mitwirkung an demokratischen Prozessen, also das Erleben von Demokratie, von Streit, von unterschiedlichen Meinungen, von Austausch ist, das uns in die Lage versetzt, auch etwas für diese Gemeinschaft zu tun, also das Erleben von Demokratie als mündige Bürgerin oder mündiger Bürger.

Bezogen auf Kinder und Jugendliche heißt das, es braucht auch diese Erfahrung der Mündigkeit, die mir zugesprochen wird, also das Recht, mitentscheiden zu können. Sie haben eben schon die Partizipationspyramide oder Stufenleiter gesehen. Ich würde sagen, demokratische Partizipation beginnt dort, wo es ein Recht auf Mitentscheidung gibt. Natürlich gibt es sinnvolle Partizipationsfragen, wo es eher um Mitreden geht, um Meinung einholen. Das würde ich nur nicht als demokratische Partizipation bezeichnen, das ist Mitreden.

Über Scheinpartizipation brauchen wir wahrscheinlich in dem Kreis nicht zu reden, sonst hätten Sie keine Enquetekommission eingeführt, um Partizipation zu stärken.

Partizipation ist vielfältig. Was macht Partizipation qualitativ hochwertig? Das BMFSFJ hat zusammen mit dem Deutschen Bundesjugendring vor zwei Jahren eine Broschüre mit Qualitätsstandards zur Kinder- und Jugendbeteiligung neu aufgelegt. Hier sehen Sie die handlungsfeldübergreifenden Qualitätsstandards, das heißt für alle Handlungsfelder, in denen Kinder und Jugendliche in irgendeiner Weise adressiert werden. Da heißt es, es braucht förderliche und institutionelle Rahmenbedingungen. Partizipation ist inklusiv, schließt alle jungen Menschen ein, braucht Qualifikation. Gemeint sind nicht die Kinder und Jugendlichen, sondern diejenigen, die Partizipationsprozesse anleiten. Sie ist transparent und wird evaluiert oder überprüft. All diese Punkte werden Sie jetzt gleich auch in den Evaluationen wiederfinden, die ich Ihnen vorstelle.

In dieser Broschüre finden Sie für alle Handlungsfelder spezifische Qualitätsstandards, unter anderem für die Jugendverbandsarbeit, über die ich jetzt sprechen werde, und auch für die kommunale Jugendbeteiligung.

Zunächst einmal zur Jugendverbandsarbeit. Die Jugendverbandsarbeit ist durch das SGB VIII als Ort der Partizipation hervorgehoben, in dem junge Menschen mitbestimmen und mitgestalten

können, und zwar mit dem Ziel, gesellschaftliche Mitverantwortung übernehmen zu können. In § 12 finden Sie die Jugendverbände noch einmal explizit als Selbstorganisation junger Menschen herausgehoben. Daraus resultiert auch das selbst formulierte Selbstverständnis der Jugendverbände, das der Bundesjugendring seit einigen Jahrzehnten nun als Werkstätten der Demokratie überschreibt. Jugendverbände sind Orte gelebter Demokratie, sind Teil der Zivilgesellschaft, und sie vermitteln dadurch Demokratie durch die praktische Aneignung.

Grundlage dafür sind die Vereinsprinzipien. Dort findet eine freiwillige Mitgliedschaft statt. Meistens sind Vereine lokal angebunden, haben alle sozialräumliche Orientierung. Es werden Ehrenämter von Mitgliedern für Mitglieder übernommen. Entscheidungsprozesse laufen öffentlich ab, und Kinder und Jugendliche sind immer auch schon mündige Mitbürgerinnen sozusagen im Verein. Das ist zumindest die Theorie, nicht zu verwechseln mit der Realität in Vereinen. Darauf hat unter anderem der 16. Kinder- und Jugendbericht hingewiesen, der Demokratiebildung in die drei Säulen aufgeschlüsselt: Demokratie als Bildungsgegenstand, also wie wird Demokratie vermittelt, Demokratie als Bildungsstruktur, welche Möglichkeiten der Partizipation gibt es wirklich, und die Erfahrung, das heißt, wie nehmen Kinder und Jugendliche das konkret wahr.

Vor allem das Letzte hat uns interessiert. Wir haben ein kleines Forschungsprojekt mit drei Jugendverbänden in Baden-Württemberg durchgeführt, 35 Teilnehmer, 16 bis 36 Jahre, alle engagiert in Jugendverbänden, also ehrenamtlich tätig. Interessiert hat uns, wie sie Partizipation erleben, wo sie sich mehr Beteiligung wünschen und ob diese Beteiligung im Jugendverband dann auch für gesellschaftliche Beteiligung, politische Ämter usw. motiviert. Auf die Methodik gehe ich nicht näher ein, die habe ich nur der Vollständigkeit halber mit in die Folien aufgenommen.

Ich nehme sechs ausgewählte Ergebnisse, von denen ich denke, dass sie hier für Sie interessant sein könnten. Zum einen: Demokratiebildung findet als Erfahrungslernen statt. Ich habe Ihnen das immer illustriert, noch einmal mit Zitaten aus der Studie. Das, was das Selbstverständnis als Werkstatt der Demokratie meint, haben wir auch so wiedergefunden. Das heißt im Umkehrschluss aber, dass die Bildungsseminare aus der Einschätzung der Jugendlichen weniger relevant sind.

Die Jugendverbände vermitteln Selbstwirksamkeit. Das heißt, durch die Erfahrung, meine Stimme wird wirksam, wenn ich mich mit anderen verbinde, um zum Beispiel Koalitionen zu bilden und Entscheidungen in einer Versammlung durchzuführen, erfahre ich Wirksamkeit und Gewicht.

Uns hat auch interessiert, wie eigentlich junge Menschen dazu kommen, Ehrenämter zu übernehmen. Da war ein ganz wichtiger Punkt, dass die Anleitung, die Ansprache durch haupt- und ehrenamtliche ältere Mitarbeiter dazu führt, dass man sich traut, ins kalte Wasser zu springen – so haben das viele ausgeführt –, weil dieses Ehrenamt als ein Schutzraum begriffen wird, in dem ich mich ausprobieren kann.

Ein häufig genannter Vorwurf an Jugendverbände ist, dass sich dort vor allem homogene Milieus treffen. Das ist weitgehend so bestätigt worden, nicht von allen, aber weitgehend. Wir haben daraus geschlossen, dann wird es wohl keine Debatten geben. Das wurde allerdings vehement zurückgewiesen. Sie kennen das vielleicht aus Ihren eigenen Fraktionen auch. Da treffen sich

Menschen mit ähnlichen politischen Ansichten, und man kann trotzdem intensiv diskutieren. So hat uns das aus den Jugendverbänden auch erreicht. Also ja, es gibt trotz dieser Homogenität der Milieus eine intensive Debattenkultur, die Erfahrung von Auseinandersetzung, Argumentieren.

Was uns überrascht hat, ist, dass Teilnehmende nicht in allen Jugendverbänden Mitverantwortung oder Mitentscheidungsmöglichkeiten haben. Es wird also zwischen Teilnehmenden und ehrenamtlich Mitarbeitenden, also Engagierten, differenziert, die schon länger dabei sind. Das ist sicherlich etwas, auf das man genauer schauen muss, vor allem unter dem Aspekt der Inklusion.

Bestätigt hat sich, dass Jugendverbandsarbeit junge Menschen zu politischem Engagement motiviert. Es wurde vielfach als Sprungbrett bezeichnet, um in politische Parteien, in den AStA, in andere politische Gremien, in Initiativen usw. einzusteigen.

Fazit könnte sein: Grundsätzlich bestätigt sich die Selbstwahrnehmung als Werkstätten der Demokratie, allerdings mit Abstrichen. Deswegen haben wir auch da Handlungs- und Reflexionsempfehlungen formuliert, und zwar entlang der Kategorien des 16. Kinder- und Jugendberichts. Man könnte es so zusammenfassen – das stand auch schon im 16. Kinder- und Jugendbericht –: Die Reflexion der Partizipation und der demokratischen Prozesse, also das Nachdenken über Demokratie, muss konzeptionell stärker verankert werden. Es passiert en passant, mehr zufällig. Daraus wirklich ein Bildungsprojekt zu machen, wäre eine Herausforderung.

Die Homogenität ist, glaube ich, nach wie vor kritisch zu reflektieren. Es gibt viele Öffnungsprozesse, und trotzdem ist das sicherlich ein Punkt. Teilnehmende inkludieren, die Gremien attraktiver gestalten – das haben viele Jugendliche beschrieben –, vor allem die Vereinsgremien. Beispielsweise eine Mitgliederversammlung von einem Sportverein ist nicht wahnsinnig jugendgemäß. Mehr Öffentlichkeit wagen und stärker auch den Diskurs mit der Öffentlichkeit führen, also mutiger hinausgehen. – So viel zur Jugendverbandsarbeit.

Ich komme zum zweiten Forschungsprojekt, das ich Ihnen vorstellen möchte. Es ging dabei um Partizipation auf Landkreisebene. In Baden-Württemberg war das ein Pilotprojekt in acht Landkreisen. Das Ziel war, den Landkreis, der auf den ersten Blick für Kinder und Jugendliche als nicht so wahnsinnig attraktiv erscheint – manche wissen auch gar nicht genau, in welchem Landkreis sie eigentlich leben –, in den Fokus zu rücken; denn viele Entscheidungen, die Jugendliche betreffen, beispielsweise Mobilität, aber auch Schule, werden genau auf dieser Landkreisebene entschieden. Aber die Kommune, die Gemeinde, der Stadtteil usw., liegt natürlich viel näher.

Ziel war, diese Ebenen der kommunalen Beteiligung zu verbinden, also von der Kommune, vom Stadtteil über die Stadtgremien bis in den Landkreis, und zu erfahren, was gut gelingt, wo Hemmnisse sind. Die Landkreise sollten sehr vielfältige Formate ausprobieren. Das haben sie auch getan. Wir haben versucht, diese ein bisschen zu sortieren, und zwar punktuell nach den Achsen. Das sind solche Formate, die einmalig zeitlich befristet stattfinden – das wäre beispielsweise eine Jugendkonferenz, auch Jugendpolitiktage, so etwas – oder kontinuierlich, das heißt auf längere Dauer angelegt. Da gab es in einem Landkreis Workshops, die mit einer bestimmten Gruppe Kinder und Jugendlicher ein Konzept für Jugendbeteiligung erarbeitet haben.

Offen – das sind Konzepte, die für alle grundsätzlich offen sind, also offen eingeladen.

Dann gab es teiloffene Sachen, wo vor allem Schulen Delegierte entsandt haben, aber selbst entscheiden konnten, wie sie das tun.

Dann gab es eher geschlossene, das heißt wirklich gewählte Gremien. Es gab beispielsweise so etwas wie einen Jugend-8er-Rat oder Klausurtagungen von Kreisjugendvorständen.

Auch hier will ich nicht auf die Methodik eingehen. Es war ein bisschen umfassender. Es gab eine qualitative und eine quantitative Befragung. Ich will Ihnen drei Ergebnisse präsentieren.

Zum einen ist interessant, warum Jugendliche überhaupt an so etwas wie einer Jugendbeteiligung teilnehmen. Da ist sehr stark der Wunsch nach Teilhabe interessant. Das kennen wir auch aus anderen Studien. Der Ausdruck „Jugendlichen eine Stimme zu geben“ wird häufig genannt, weil sie sonst beispielsweise in der Politik zu wenig gehört werden.

Aber es gab auch thematische Interessen. Das war beispielsweise Klimaschutz, aber auch Mobilität, die Schulentwicklung im Landkreis, solche Fragen. Ein sehr großer Anreiz – für Sie sicher interessant – ist, Politikerinnen und Politiker live zu treffen und mit ihnen in den Austausch zu kommen. Das hat viele Jugendliche motiviert, aber auch, sich mit anderen Jugendlichen zu vernetzen, die ebenfalls ein politisches Interesse mitbringen.

Aus den Motiven ergibt sich schon ein bisschen das Ziel. Die meisten sagen: Mein Ziel ist es, dass es zu einer Umsetzung eines Projektes in meinem Landkreis kommt. Also das, was ich einbringe, soll auch wirklich umgesetzt werden. – Sie wollen Veränderungen bewirken und ihren Lebensraum mitgestalten. Das ist ein ganz deutliches Ergebnis. Es gibt den Wunsch, den eigenen Lebensraum, die Lebenswelt mit zu gestalten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es eine Mischung aus eher gesellschaftlich geprägten Motiven gibt, also so etwas wie, für die Jugend sprechen oder den Landkreis mitgestalten, aber auch persönlichen Themen wie, sich Wissen über die Funktionsweise eines demokratischen Systems oder auch Fähigkeiten im Diskutieren anzueignen.

Drittes Ergebnis: Was macht denn eigentlich zufrieden, wenn ich mich an einem solchen Beteiligungsprojekt beteilige? Da ist der wichtigste Aspekt, wirklich diese Umsetzung von Anliegen. Jetzt muss man sich klarmachen, dass Jugendliche einen anderen Zeithorizont als eine kommunale Stadtverwaltung haben. Das heißt, die Hoffnung ist, wenn ich eine Idee hineingebe, wird sie relativ zügig umgesetzt. Das trifft auf Hürden. Für viele ist dann ein Problem, wenn sie nicht weiter informiert werden, also wenn sie nicht erfahren, was eigentlich mit ihren Ideen passiert. In gewisser Weise ist vor dem Hintergrund erschreckend, dass 33 % der Befragten sagen, sie haben eigentlich keine Ahnung, was aus ihren Anliegen geworden ist. Das ist ein Drittel.

Diese Zahl wird aber deutlich geringer, wenn es kontinuierliche Partizipationsmodelle sind, also nicht einmalige, weil ich da natürlich eine verlässlichere Verbindung zu den jungen Menschen habe und eher noch einmal Informationen geben kann, dass ein Prozess auf dem Weg ist oder aus bestimmten Gründen in bestimmten Ausschüssen diskutiert wird oder Ähnliches. Das ist

schwieriger bei so etwas wie Jugendpolitiktagen oder Jugendkonferenzen, wo ich einmalig mit jungen Menschen zusammentreffe.

Die Landkreise sagen dann zwar, wir haben doch die Ergebnisse alle auf der Homepage, aber die Jugendlichen schauen nicht auf die Homepage des Landkreises. Das heißt, diese Holschuld der Informationen wird von Jugendlichen nicht als solche wahrgenommen, sondern es braucht da direkte Kommunikationswege.

Zusammenfassend zu dieser Evaluation: Man muss sagen, es ist es wirklich vieles gelungen. Es ist insgesamt eine sehr positive Rückmeldung, die die Jugendlichen geben. Es gibt aber auch Herausforderungen. Zu denen, die ich hier noch einmal verstärken will – Sie können das alles auf den Folien nachlesen –, gehört, schnell und zeitnah Rückmeldungen zu geben. Das heißt nicht, dass alles umgesetzt wird, was ich vorschlage. Die Idee ist eher, zu wissen, warum etwas nicht umgesetzt wird, also der Landkreis ist beispielsweise gar nicht zuständig, oder wir haben gerade die finanziellen Möglichkeiten aus den und den Gründen nicht. Aber eine Rückmeldung zu geben, heißt auch: ernst nehmen. Ernstnehmen heißt dann auch, aus bestimmten Gründen konnte eine Idee nicht weiterverfolgt werden.

Auch da gibt es Handlungsempfehlungen. Es ist sehr deutlich geworden, dass es ein Gesamtkonzept braucht. Jugendbeteiligung ist nichts Isoliertes, sondern braucht die Anbindung an Schule, an Jugendverband, an offene Kinder- und Jugendarbeit, an mobile Jugendarbeit, um die Jugendlichen zu erreichen und auch in Verbindung zu bleiben. Ansonsten bleibt es sehr einmalig. Es braucht dafür Ressourcen. Vielfach wurde auch ein Budget angemahnt, also ein kleines Budget, aber irgendetwas, worüber Jugendliche tatsächlich selbst entscheiden können. Da sind wir wieder bei dem Thema demokratische Partizipation. Ich brauche eine wirklich verlässliche Größe, über die ich entscheiden kann, aber auch personelle Kapazitäten, die diese Verbindung zu jungen Menschen halten.

Vielleicht braucht es auch gesetzliche Normen, eine Verbindlichkeit für diese unterschiedlichen kommunalen Ebenen, Qualitätsstandards für die Verbindung dieser kommunalen Ebenen, dieser Beteiligungsebenen, und es braucht – das haben wir noch einmal deutlich gemerkt – eine zeitnahe Evaluation. Viele haben wir nicht mehr erreicht, vor allem aus diesen einmaligen Projekten.

Ich komme zum Fazit, das ich ganz kurz mache. Noch einmal verstärkt: Partizipation ist ein Recht von Kindern und Jugendlichen. Aber dieses Recht hat positive Nebenwirkungen. Das ist die Erfahrung von Anerkennung als mündiges Mitglied eines Gemeinwesens, positive Erfahrungen damit, gehört zu werden, Selbstwirksamkeit in Verein und in Kommune. Dazu braucht es aber Kommunikation. Das ist im Verein natürlich leichter, in der Kommune muss ich mir darüber Gedanken machen. Diese Anerkennung des Engagements führt dann auch zu weiterer politischer Mitgestaltung auf anderer Ebene.

Zum Abschluss lasse ich die Jugendlichen selbst sprechen:

„Und was für mich früher Politik bedeutet hat, war so mehr oder weniger, dass es ganz viele Leute gibt, die alles so einfach für uns entscheiden, ohne dass wir da so richtig mitmachen können. Und jetzt ist es für mich tatsächlich das Gegenteil.

Ich habe durch die Jugendbeteiligung die Möglichkeit bekommen, mich politisch zu engagieren. Und das auch in einem sehr einfachen Rahmen. Also es ist nicht schwer, sich jetzt mittlerweile zu engagieren.“

15 Jahre, aus einem Landkreis.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzende:

Vielen Dank für den Vortrag. Wir kommen zum nächsten Vortragenden. Das ist Dr. Hans-Joachim Maaz, der uns digital zugeschaltet ist. Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Joachim Maaz:

Ich bin Psychiater, ärztlicher Psychotherapeut und Psychoanalytiker. Ich habe knapp 30 Jahre eine Klinik in Halle für Psychotherapie geleitet und bin seit der Wende auch in der Publizistik tätig, weil meine Erfahrungen in der Psychotherapie dazu geführt haben, dass ich mir Gedanken gemacht habe, wie eine Gesellschaft durch das Verhalten der Menschen beeinflusst wird und wie Menschen herangebildet werden.

Ich spreche heute vor dem Hintergrund der psychoanalytischen Erkenntnisse, der Bindungsforschung, der Entwicklungspsychologie und der Forschung über Kleinkinder und Säuglinge und meiner eigenen Forschung in der klinischen Arbeit an den sogenannten Frühstörungen.

Ich habe den theoretischen Hintergrund in meiner eingereichten Präsentation als erweitertes Manuskript dargestellt, damit ich die 20 Minuten einhalten kann. Jetzt trage ich im Grunde genommen diesen theoretischen Hintergrund und das Ergebnis meiner Arbeit und meiner Forschung in einigen Punkten statementartig zusammen.

Erstens. Wir halten die frühkindliche Betreuung als Erziehung grundsätzlich für ein Problem und setzen dagegen Beziehung zwischen Mutter, Kind und Vater als die notwendige Grundlage für die Entwicklung.

Zweitens. Die elterlichen Beziehungsqualitäten – diese habe ich in der Präsentation ausführlicher dargestellt – als auch alle Formen der Fremdbetreuung können für die Entwicklung des Kindes entweder förderlich oder hinderlich bis sogar schädlich und traumatisierend sein.

Drittens. Die Persönlichkeit eines Menschen wird im Wesentlichen in den ersten drei Jahren durch Beziehung geprägt.

Viertens. Dabei sind es die positiven Beziehungsqualitäten, also Empathie, Liebe, Förderung, die eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung sichern.

Fünftens. Negative frühe Beziehungserfahrung dagegen, also erlebte Ablehnung, Abwertung, Kränkung, seelische Verletzung, Vernachlässigung sind die Quellen für alle späteren möglichen psychosozialen, psychodynamischen Erkrankungen und führen, wie wir das nennen, zu einer Selbstentfremdung der Persönlichkeit.

Sechstens. Eine solche frühe Selbstentfremdung, also durch Frühverletzungen, ist immer mit einem Gefühlsstau verbunden, weil die Gefühle, die damit verursacht werden, in aller Regel nicht vollumfänglich erlaubt sind oder ausgedrückt werden können.

Siebtens. Ein Gefühlsstau macht im Laufe des Lebens als chronischer Stress krank, psychosomatisch krank, aber auch bei vielen somatischen Erkrankungen spielt es eine Rolle, oder ein Gefühlsstau will immer abregiert werden und fördert somit eine projektive Feindseligkeit.

Achtens. Eine solche Frühentfremdung muss, um halbwegs leben zu können, später kompensiert, abgelenkt, betäubt werden. Das ist praktisch eine Situation, die wir in der Gesellschaft haben, gerade was Gebrauch von Handys, von PC bedeutet und was man eben als Betäubung an Alkohol, Drogen usw. nimmt.

Neuntens. Die Partizipation an demokratischen Prozessen braucht im Grunde genommen eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung. Dagegen sind selbstentfremdete Persönlichkeiten immer in der Tendenz, eine Notpartizipation zu suchen, die dann entsprechend lebensfeindlich, menschenfeindlich, demokratiefeindlich sein kann.

Nach diesem kurzen zusammengefassten Vorspann will ich nun die Fragen der Parteien beantworten. Ich habe ich mir welche herausgesucht, auf die ich näher eingehen möchte.

Zunächst die Fragen 1 und 3 der CDU nach dem kognitiven Fähigkeitsniveau und kognitiven Verzerrungen bezogen auf die Partizipation. Wir müssen wissen, dass die Kognition immer ein Gesamtkomplex unserer Hirnleistung ist und damit abhängig von Übung – wie wird unser Gehirn geübt – und abhängig von der Beziehungsqualität – das ist ganz wesentlich und wird oft vergessen –, in der das Gehirn geübt wird. Die Beziehungsqualität beeinflusst also entscheidend die kognitiven Fähigkeiten.

Die negativen Beziehungserfahrungen aus der frühen Entwicklungsgeschichte, die als Bedrohung, als Angst, als Abwertung, als Hemmung verinnerlicht sind, werden die Chancen einer sozialen Partizipation insgesamt einschränken. Man hört, sieht, denkt und tut dann nur noch das, was ehemals autoritär oder manipulativ dem Kind beigebracht worden ist.

Schlimmer noch, eine lebensbejahende Gemeinschaft, die man später im Unterschied zu einer frühen kränkenden Gemeinschaft erleben könnte, wird dann aber leider eher gemieden, weil man sie nicht kennt. Das verunsichert, ist aber immer auch mit der Gefahr besetzt, dass durch bessere soziale Verhältnisse an die erlittenen Defizite und Traumatisierungen, die man in sich trägt, aber unterdrückt hat, erinnert wird. Auf diese Weise bin ich mal zu dem Satz gekommen, manche

Menschen haben vor nichts mehr Angst als vor Liebe und vor Frieden, weil sie genau das in ihrem Leben nie kennengelernt haben.

Dagegen wird aber dann eine Partizipation an Gemeinschaften gesucht, die eine abhängige Gefolgschaft ermöglichen, die ein einseitiges Denken wünschen und auch dann das Mitläufertum loben. Die damit verbundenen kognitiven Verzerrungen sollen eben vor der Einsicht in die eigene Fehlentwicklung schützen und den vorhandenen Gefühlsstau dann mit Hass, Hetze und Diffamierung gegen Andersdenkende abreagieren.

Die Partizipation an und für demokratische Prozesse braucht also autonome Persönlichkeiten. Wird das nicht beachtet, wird nicht nur die Effektivität der Partizipation eingeschränkt, sondern es droht dann auch eine Umwandlung demokratischer Partizipation in psychosoziale Abwehr- und Spaltungsprozesse mit dann ideologischen, moralischen und irrationalen Inhalten.

In dieser Hinsicht meine ich auch, wäre die psychodynamische Quelle einer politischen Brandmauer zu diskutieren.

Die SPD, die AfD und auch die GRÜNEN fragen, ob eine Partizipation als Grundbedürfnis des Menschen mit den Effekten dann entweder gelingender oder fehlender Partizipation verstanden werden kann. Dazu habe ich eine eindeutige bejahende Antwort. Ja, Partizipation ist ein menschliches, psychosoziales Grundbedürfnis. Partizipation ist Teilhabe, ist Mitsprache, ist Einbeziehung in psychosoziale Beziehungen. Das bedeutet immer ein seelisches Erleben, wichtig zu sein, wenn man beteiligt ist. Damit wird der Selbstwert im Sinne eines gesunden Narzissmus gestärkt, dass man also gut weiß, ich bin hier auch gewollt, gefragt, und ich bin wichtig.

Gelingende Partizipation mindert also Angst und Unsicherheit, vermindert Stress und stärkt damit auch das Immunsystem. Fehlende Partizipation dagegen macht unsicher, erzeugt Angst, Gefühle der Einsamkeit und Verlassenheit. Der damit verbundene Stress fördert dann eine Erkrankungsanfälligkeit und verstärkt eine psychosoziale Abhängigkeit und sogar Verführbarkeit von äußeren Einflüssen.

Aber es geht bei diesen Überlegungen nicht nur um gelingende oder fehlende Partizipation, sondern es geht im Wesentlichen um die Inhalte und Ziele einer Partizipation; denn eine Selbstentfremdung des Menschen macht natürlich anfällig für jede Form der Gemeinschaft. Das heißt, auch lebensfeindliche, destruktive, gewalttätige Gemeinschaften sind besonders für früh frustrierte Menschen mit Gefühlsstau anziehend, weil sie einerseits doch Zugehörigkeit vermitteln, andererseits aber durch Feindbildprojektionen die Abfuhr des vorhandenen Gefühlsstaus ermöglichen oder sogar fordern. Je größer diese sogenannten Frühstörungen sind, desto größer ist die Gefahr und die Tendenz der Partizipation mit destruktiven sozialen Zielen.

Die Psychodynamik des Extremismus ist in etwa gleich, also egal ob links oder rechts, religiös, fundamentalistisch, extrem kapitalistisch oder extrem sozialistisch, immer geht es dabei um Kompensationen von psychosozialen Frühstörungen mit der Chance, jetzt die jeweils anderen als Feinde anzusehen und sich selbst als die Besseren zu dünken.

Frühstörung der Persönlichkeit braucht zur Abwehr der eigenen Selbstentfremdung dann eine Ideologie für den eigenen Lebensirrtum und eine enge Moral zur Einengung von Wahrheit und Realität, um nicht an die eigene Entfremdung erinnert zu werden. Im Falle von Macht über andere wird dann das Schüren von Angst unterstützt, um Abhängigkeit zu fördern.

Dagegen ist eine frühe Selbstwertstabilisierung durch entwickelte psychosoziale Autonomie und ein freies Denken nahezu ein Bollwerk gegen menschenfeindliche Einstellungen und fördert die sozialen Fähigkeiten für eine Partizipation an friedfertigen, kreativen und demokratischen Aufgaben sowohl für sich selbst als auch für andere eben auch durch das soziale Vorleben.

Ich komme zu der Frage der AfD nach dem Demokratiebegriff und muss dabei aus meiner Sicht unterscheiden, dass es eine nur äußere Demokratie geben kann und eben auch die Notwendigkeit einer innerseelischen Demokratie.

Eine nur äußere Demokratie ist als eine politische Verordnung durchaus möglich. Man kann es einfach anordnen, und zwar ganz unabhängig von den Persönlichkeitsstrukturen. So konnten zum Beispiel selbst ehemalige Nazis, SS- und SA-Leute nach 1945 oder strenge Kommunisten, Bonzen, Stasi-Leute nach 1990 von heute auf morgen einfach Demokraten sein. Sie haben sich als Demokraten erklärt, ohne dass eine innerseelische Entwicklung dabei eine wichtige Rolle gespielt hätte.

Eine politische Demokratie, die nur auf äußeren Werten basiert, kann auf Dauer nur dadurch gesichert werden, dass die Mehrheit einer Bevölkerung, die keine innerseelische Demokratie hat, soziale Sicherheit und konsumtive Möglichkeiten hat. Man kann also Demokratie geloben und behaupten oder sie leben. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen äußerer und innerer Demokratie.

Eine innerseelische Demokratie ist nur durch positive Persönlichkeitsstrukturen erreichbar, vor allem durch einen gesicherten Selbstwert und eine vorhandene Autonomie, damit der Mensch, jeder Einzelne, auch mit sich selbst demokratisch umgehen kann. Das heißt, dass er alle seine inneren Konflikte und Ambivalenzen, auch die eigenen Schwächen und Fehleinschätzungen, im eigenen inneren Disput verstehen und möglichst zu klären in der Lage ist.

Dagegen werden alle negativen Persönlichkeitsstrukturen nur so lange Demokratie mitspielen können, solange, wie schon gesagt, ihre materielle und soziale Sicherheit auch politisch gesichert wird. Also eine äußere Lebensqualität soll dann die inneren Verunsicherungen und eine vorhandene psychische Labilität kompensieren. Wenn das nicht mehr gesichert ist, dann weckt und triggert dies wieder die vorhandene innerseelische Verletzung.

Einen solchen entscheidenden Unterschied zwischen äußeren Verhältnissen und innerseelischen Prozessen kann man ebenso für eine äußere und innere Zufriedenheit oder für einen äußeren und inneren Frieden oder für eine äußere und innere Freiheit machen. Einige Beispiele.

Man kann äußerlich alles erreicht haben, erfolgreich sein, Karriere gemacht haben, reich geworden sein und innerlich doch unglücklich geblieben sein. Oder man kann Liebe zu einem Menschen beteuern, aber dann den Geliebten/die Geliebte mit Erwartungen ersticken, sodass die



Liebe stirbt. Oder man kann nach außen für den Frieden kämpfen und sich doch im „Krieg“ mit Partnern, Kindern, Nachbarn befinden. Oder man kann sich äußere Freiheiten wünschen und fordern und doch aufgrund von eigenen Ängsten, Hemmungen, Zwängen und Abhängigkeiten gar nicht frei zu leben in der Lage sein. Oder, wie gesagt, man kann Demokratie fordern und vertreten und doch den Kontakt und den Disput mit Kritikern verweigern.

Jugendliche mit Persönlichkeitsstörungen als Folge von Frühtraumatisierung haben im Grunde genommen keine guten Fähigkeiten zur demokratischen Partizipation entwickeln können. Aber sie können Interesse entwickeln, an Gemeinschaften zu partizipieren, die Vorurteile, Projektionen, Feindbilder pflegen, und in der Verfolgung von Andersdenkenden dann auch Gewalt ermöglichen, um sich dabei selbst immer groß, richtig und stark zu fühlen, um die eigene tiefe Selbstwertstörung damit abzuwehren und den Gefühlsstau an angeblichen Gegnern oder realen Gegnern auch abzureagieren.

Ich komme noch zu der Frage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach den Barrieren von Beteiligung. Es geht aus meiner Sicht vor allen Dingen um die möglichen inneren Barrieren, die von der Persönlichkeitsstruktur abhängen. Von der entwickelten Persönlichkeit hängt es also ab, ob eine Einschränkung oder eine Lust an der Partizipation möglich ist, und auch, ob eine Beteiligung an extremistischen oder demokratischen Zielen gesucht wird.

Bei dominierender Abhängigkeit wird die Frage der Partizipation erheblich durch Werbung, Propaganda bis hin zu einer Verführung beeinflusst. Psychosoziale Abhängigkeit fragt nicht nach links oder rechts, nach guten oder schlechten Zielen, sondern es geht dann bei nicht gut entwickelter Autonomie um eine Art Notbeteiligung, eben als bloße Gefolgschaft, die Ich-Schwäche mit einem bloßen Gemeinschaftsgefühl zu kompensieren bemüht ist. Hauptsache, man gehört dazu, egal, um welche Inhalte es sich handelt.

Dagegen wird bei gesunder Persönlichkeitsentwicklung, also bei erlebter Lebensberechtigung, bei gesicherter Identität, bestätigtem Selbstwert und erreichter Autonomie Partizipation auch als ein gesundes, soziales Grundbedürfnis gelebt werden wollen. Das fördert dann wiederum und stärkt weiterhin auch den vorhandenen Selbstwert, die Kreativität, den Gemeinschaftssinn, das Demokratieerleben und den Lebenssinn.

Durch eine Partizipation mit Zielen und Absichten, die sich gegen etwas richten oder in Form einer Brandmauer die soziale Verständigung verhindern, werden negative Persönlichkeitszüge durch die Einseitigkeit und die Projektion verstärkt und Spaltung und Feindseligkeit gefördert werden.

Die FDP interessiert sich für die Anfälligkeit Jugendlicher für extremistische Positionen. Das ist sehr gut erforscht. Ich habe das in der beiliegenden Präsentation und Literatur ausgewiesen.

Meine Antwort auf die Frage der FDP lautet, es gilt als gesichert, dass Frühstörungen mit den Folgen von narzisstischen Defiziten, von psychosozialer Abhängigkeit und sozialer Vernachlässigung autoritäre Führungswünsche entwickeln lassen, um dort dann Halt, Orientierung und Schutz zu finden, die man in der frühen Entwicklung nicht bekommen und nicht erfahren konnte.

Dabei fördern eine erfahrene Unterdrückung oder ein Gehorsamszwang eine starke Tendenz zu gewaltaffiner Führung und damit zu einer Gemeinschaft mit Feindbildern, die einen Kampf gegen etwas statt Verständigung favorisieren.

Die dann gewünschte bis geforderte Abreaktion eines Gefühlsstaus ist dann als projektive Rache an einem heutigen aktuellen Ersatzobjekt zu verstehen als Abreaktion für die früh erfahrenen Verletzungen und Kränkungen. Alle früheren und heutigen Studien belegen die Genese einer autoritären Störung durch eine gestörte frühe Persönlichkeitsprägung.

Dabei ist für die heutigen Verhältnisse zu verstehen, dass in demokratischen Strukturen, in denen keine autoritäre Führung vorliegt, damit das Extremismusproblem nicht einfach aufgelöst wäre, sondern wenn weiterhin die Folgen von Frühstörungen dominieren, dann wird das autoritäre Bedürfnis des Menschen nur auf vielfache andere Objekte verteilt. Das erklärt aus meiner Analyse zum Beispiel die autoritäre Abwertung innerhalb unserer Gesellschaft und die Ausgrenzung von Andersdenkenden, zum Beispiel gegen Ungeimpfte, gegen Querdenker, sogenannte Verschwörungstheoretiker oder gegen rechts und die AfD bis zum ubiquitären Machtmissbrauch der Nazi-keule: Du bist ein Nazi, wenn du halt irgendwie was anders denkst. – Dann werden eben statt eines Führers einseitige politische, ideologische und moralische Interessen zur autoritären Macht erhoben.

Je größer die ungelösten Probleme einer Gesellschaft werden, desto größer wird der Wunsch nach Rettung durch autoritäre Führung. Das kann dann leider auch demokratische Strukturen zunehmend zerstören, und eine Demokratie kann sich zur Normopathie entwickeln.

Was sind die Schlussfolgerungen? Will man zur Demokratie einladen? Will man Partizipation fördern und Demokratie lehren, muss man Demokratie leben, und zwar vorleben. Als Maßstab dafür gilt erstens, dass das individuelle Erleben von Selbstwirksamkeit in einer Mitwirkung gesichert ist, geboten wird, zweitens, dass die soziale Qualität der Gemeinschaft – also demokratisch oder autoritär, manipulativ – klar, erkennbar wird.

Eine Selbstwirksamkeit auch durch Partizipation wird dann individuell erfahren, wenn ich sagen kann, ich kann mich mitteilen, ohne dafür kritisiert zu werden, oder beziehungs-dynamisch, ich werde gehört und verstanden, ohne dabei bewertet zu werden. Eine sonst notwendige Kritik oder Bewertung wird dann nur durch Ich-Botschaften ersetzt: Nicht du bist falsch, oder was du sagst, ist dumm, ist blöd oder eben falsch, sondern ich kann das so beantworten: Mir geht es so, ich bin der Meinung, weil – – Also ohne den anderen abzuwerten, kann ich mich abgrenzen und meine Position klarmachen.

Sozial ist die Selbstwirksamkeit, eine Erfahrung von: Ich bin eine Stimme in der Gemeinschaft von jeweils Andersdenkenden, die gemeinsam um Gerechtigkeit, um Ausgleich, um Wahrheit und Realität ringen. Das ist ein nie endender Prozess. Es gibt kein Ergebnis, bei dem man sagen kann, jetzt ist alles objektiv geklärt.

Die Grenzen der Akzeptanz individueller Meinungen setzen in einem demokratischen System ein demokratisches Strafrecht und eine demokratische Psychiatrie.

Das Mehrheitsprinzip ist dabei auf niedriger Ebene hilfreich. Für reifer halte ich ein Konsensprinzip, das auch in den Koalitionen formal erreicht werden will. Aber psychodynamisch müssten dabei alle individuellen Interessen und Bedürfnisse einfließen können.

Ich fasse zusammen: Ich halte für undemokratisch die Einteilung entweder–oder, richtig oder falsch, gut oder böse: Häufig ist es dann sogar: Ich bin richtig und du falsch. Dabei halte ich für demokratisch sowohl als auch, jeder ist gut und böse, richtig und falsch, und im Konfliktfall sind immer beide schuld mit je einseitigem Fehlverhalten. Nur durch einen beziehungskulturellen Austausch kann Verständigung gelingen.

Damit ist als politisches Ziel aus meiner Sicht die Optimierung der Frühbetreuung von Kindern, um eine innerseelische Demokratie erreichen zu können. Gefühlskunde als Schulfach, um auch mit einem Gefühlsstau hilfreich umgehen zu können, und Demokratie vorleben, nicht nur fordern, also das heißt, aktives Zuhören, das heißt, gewaltfreie Kommunikation lehren und das Verstehenwollen von Andersdenkenden.

Dafür habe ich eine Stiftung der Beziehungskultur, damit eine solche Möglichkeit der Kommunikation geübt werden kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und dass ich reden durfte.

(Beifall)

Vorsitzende:

Vielen Dank. – Wir machen weiter mit Frau Prof. Dr. Karina Weichold, die uns ebenfalls digital zugeschaltet ist.

Prof. Dr. Karina Weichold:

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und die Möglichkeit, heute hier zu diesem wichtigen Thema zu sprechen, Demokratie und Teilhabe leben. Ich kann der Enquetekommission nur gratulieren, dass sie so diverse Sachverständige eingeladen hat und zu Wort kommen lässt. Ich glaube, es ist ganz interessant, die verschiedenen Perspektiven auf das Thema mit einzufangen.

Mein Forschungshintergrund ist Entwicklungspsychologie, Lebensspannenpsychologie mit einem Fokus auf Jugendentwicklung. Ich komme von der Universität Jena, leite dort die Abteilung für Jugendforschung und möchte gerne heute zu diesem Thema mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Prinzipiell zeigt sich aufgrund meines Forschungsrahmens, in dem ich mich bewege, ganz klar, dass junge Menschen beteiligt werden sollten. Es ist auch klar, dass jungen Menschen in einer immer älter werdenden Gesellschaft mehr Gehör geschenkt werden sollte; denn sie sind die Experten und Expertinnen für ihre eigene Lebenssituation und sollten deswegen auch insbesondere in die Entscheidungen, die ihre unmittelbaren Entwicklungskontexte mit betreffen, also auch Familie, Bildungseinrichtungen, Kommunen, mit einbezogen werden.

Auch im größeren Rahmen der Gesellschaft, aber auch Wirtschaft und Politik ist es wichtig, junge Menschen mit beitragen zu lassen und ihre Stimmen mit ernst zu nehmen, um so – die Frage kam vorhin bei meinen Vorrednerinnen auf – im Prinzip auch bürgerschaftliches, politisches Engagement langfristig in einer sogenannten aktive Bürgerschaft zu fördern, die dann wiederum auch der Gesellschaft, nicht nur dem einzelnen Menschen zugutekommt, Inklusion stärkt und gute Entscheidungen und Demokratie mit vorantreibt.

Das ist nichts, was ein Geheimnis ist, denn es wird, wie das auch schon ein Vorredner gezeigt hat, in vielen Organisationen, auch bei UNICEF Deutschland, als ganz wichtig angesehen, dass man junge Menschen beteiligt.

Prinzipiell sollte man sich erst einmal mit beschäftigen, was überhaupt die jungen Menschen der heutigen Gesellschaft vorantreibt und beschäftigt. Aussagekräftig dafür ist zum Beispiel die Shell-Jugendstudie, die in regelmäßigen Abständen junge Menschen befragt. Da kann man in der neuesten Erhebung sehen, dass das politische Interesse bei jungen Menschen in Deutschland ansteigt, dass die europawirtschaftliche Lage tatsächlich im Fokus der jungen Menschen steht. Klimaschutz ist wichtig. Insgesamt überwiegt eine positive Identifikation mit dem Staat, mit der Gesellschaft. Die Jugendlichen positionieren sich heute politisch deutlicher und wollen sich auch subjektiv engagieren.

Mit der Demokratie sind viele sehr zufrieden, haben ein relativ hohes Staatsvertrauen, während das gerade im Osten nach einem längeren Anstieg die Zustimmung etwas zurückgegangen ist, aber trotzdem noch bei 60 % liegt.

Rund 90 % vertrauen darauf, dass eine bessere Welt möglich ist. 70 % sind sich sicher, dass die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse durch eigenes Engagement beeinflussbar sind. Das heißt, viele junge Leute haben prinzipiell den Antrieb, den Willen und die Hoffnung, dass ihr Agieren auch etwas bringt. Aber oft mangelt es vielleicht an der Einsicht der Mitmenschen, des Umfeldes, der Eltern, anderer Erwachsener, dass das, was sie für richtig halten, dann von anderen auch geteilt wird.

Deswegen beklagt rund die Hälfte der Jugendlichen, die befragt wurden, dass sie unter Kontrollverlust leidet oder dass sie sich als junge Menschen – und das finde ich ein sehr starkes Statement – benachteiligt fühlen. Das ist der subjektive Blick junger Menschen. Es gibt trotzdem einen relativ großen Anteil der Jugendlichen, die für die Gesellschaft aktiv sind, nicht nur sein wollen, sondern auch sind. Das ist seit vielen Jahren relativ stabil gewesen und liegt ungefähr bei 40 %.

Prinzipiell wollen sich junge Menschen engagieren. Prinzipiell haben sie zwar Zweifel, ob es ernst genommen wird. Aber wenn man auf die letzten Jahre blickt, sank die Zahl etwas, wie sie sich für sozial benachteiligt und gesellschaftliche Randgruppen engagieren. Das ist ein Wert, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Noch relevant für die heutige Jugend ist, dass die digitale Informationssuche und die Positionierung insgesamt immer wichtiger werden. Das ist durch die wachsende Digitalisierung als einem

globalen Megatrend mit vorangetrieben. Wenn Jugendliche gefragt werden, ist ungefähr ein Drittel dabei, diese Informationen zu gesellschaftlichen und politischen Themen auch tatsächlich online zu suchen.

Jetzt haben wir gesehen, Kinder und Jugendliche sollen und wollen sich beteiligen. Aber können sie es überhaupt? Das war auch ein großes Thema bei meinen Vorrednern und Vorrednerinnen. Ich möchte das gerne noch einmal kurz beleuchten und ansprechen, welche Rolle dabei gesellschaftliche Rahmenbedingungen spielen können, altersbezogene, kontextuelle und auch persönliche Faktoren.

In den Fragen, die von den Fraktionen aufgeworfen wurden, ging es unter anderem auch um Hürden. In einer neuen Ausgabe des Teilhabeatlas für Kinder und Jugendliche sind die Teilhabehürden sehr gut aufgezeigt. Man sieht, dass nicht jeder junge Mensch in Deutschland tatsächlich auch die Möglichkeit hat teilzuhaben. Da spielen wirtschaftliche Voraussetzungen eine Rolle, aber auch Bildungsaspekte, Armut, die demografische Struktur, in der junge Menschen aufwachsen, Infrastruktur und auch der Zugang zu digitaler Teilhabe. Entsprechend des Teilhabeatlas kann man verschiedene Regionen nach diesen verschiedenen Merkmalen auch aufteilen.

In der Präsentation ist es in verschiedenen Farben dargestellt. Wir müssen es nicht ganz im Detail durchgehen. Ich will Ihnen aber zeigen, dass die Teilhabehürden sehr unterschiedlich in Abhängigkeit davon sind, aus welcher Region ein junger Mensch stammt.

Sehr positiv – zum Beispiel in grün gekennzeichnet – sind es Landkreise im Süden Deutschlands, die besonders hervorstechen. Auch nicht weit um Wiesbaden herum, sind viele grüne Landkreise. Diese grünen Landkreise sind zum Beispiel charakterisiert durch niedrige Kinderarmut, viele Ausbildungsplätze, niedrige Jugendarbeitslosigkeit, einen hohen Anteil an jungen Menschen, eine sehr hohe Lebenserwartung, sehr gute Bildungschancen mit niedrigem Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss, eine mittlere Betreuungsquote auch von Vorschulkindern und eine recht gute Infrastruktur bezogen auf Breitbandversorgung und infrastrukturelle Erreichbarkeit.

Das heißt, im Vergleich zum Beispiel zu städtischen Regionen mit sehr hohen Teilhabehürden wie Berlin, Dortmund, Halle oder Saarbrücken – diese stechen besonders heraus bezogen auf die geringen Optionen, die junge Menschen überhaupt haben, teilzunehmen – sieht man, dass eine sehr große Ungleichheit besteht, auch innerhalb von Deutschland. Ich denke, das ist eine wichtige Hintergrundinformation.

Die Frage war: Ist die Beteiligung von Kindern möglich? Wir haben gesehen, es gibt makrokontextuelle Hürden. Wie sieht es denn eigentlich mit den Kompetenzen aus, die Kinder mitbringen können und sollen, um sich überhaupt aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen? Sie haben in den Vorträgen, die vor mir kamen, schon einiges dazu gehört. Deswegen möchte ich nur ergänzend eine Perspektive hereinbringen, die auch ganz gut passt, insbesondere zur ersten Referentin, die Sie gehört haben.

Es wurde gesagt, dass die Kinder relativ zeitig in der Lage sind, basale Entscheidungsprozesse zu treffen. Das passt recht gut zu einer Theorie, die davon ausgeht, dass es moralrelevante

Handlungsbereitschaften gibt, die quasi angeboren sind, weil sie evolutionär adaptiv sind. Das heißt, relativ früh können Menschen in ihrem Lebenslauf schon in bestimmten Situationen sehr ähnlich reagieren, wenn zum Beispiel andere Kinder gefährdet werden. Das heißt, wenn es zum Beispiel um Schutz, um Sorge um die Nachkommen geht, wenn es zum Beispiel um Loyalität innerhalb der eigenen Gruppe geht oder auch darum, mit lebensgefährlichen Situationen klarzukommen, reagieren Menschen sehr schnell in einer ähnlichen Art und Weise, dass so richtig oder falsch schon relativ klar zu sehen ist.

Diese Grundtendenz ist relativ früh da. Für die weitere Ausbildung von moralischen und auch politischen Werten sind die Erfahrungen gerade in der Familie und im Freundeskreis natürlich mit ausschlaggebend.

Werden Kinder älter und zu Jugendlichen haben sie auch mehr kognitive Kompetenzen, um komplexer Perspektiven zu übernehmen und die Meinung, die sie von anderen vielleicht übernommen haben, stärker zu hinterfragen. Dann verpflichten sie sich zügig gegenüber allgemeingültigen, aber auch selbst gewählten ethischen Prinzipien – das wird auch vorangetrieben –, dass sie stärker in ihre eigene Zukunft planen können und dadurch vorangetrieben Identitätsbildung in diesem Alter abläuft, Jugendliche also entscheiden, wohin es später mit ihnen gehen soll und welche Haltung sie entsprechend einnehmen.

Prinzipiell kann man die Partizipation von jungen Menschen als ein Kernthema des Konzepts der positiven Jugendentwicklung sehen. Das ist ein sehr positiv gewandtes, sehr ressourcenorientiertes Konzept, wie man auf junge Menschen blickt, denn man glaubt, dass jeder Jugendliche eigentlich die Voraussetzungen hat, sich zu einem integrierten und positiv angepassten Erwachsenen zu entwickeln und somit ein Potenzial für unsere Gesellschaft darstellt. Dafür muss man, glaube ich, noch einmal einen anderen Schritt oder einen anderen Blick auf junge Menschen werfen. Entsprechend dieses Konzepts glaubt man, dass es besonders wichtig ist, junge Menschen als Ressourcen zu sehen und zu entwickeln. Im Gegensatz dazu steht die öffentliche Meinung über junge Menschen – das sieht man auch durch die Ergebnisse der Shell-Studie, wo sich junge Menschen nicht ernst genommen fühlen oder vielleicht sogar problematisiert werden, gerade im Medienbereich – dem entgegen.

Ein sehr schönes, wichtiges Zitat ist, dass die positive Jugendentwicklung nur als ein Ansatz gesehen werden sollte, in dem Jugendliche als Ressourcen, die man entwickelt – im Vergleich dazu als Probleme, die man irgendwie in den Griff bekommen sollte – sieht. Vor diesem Hintergrund – das habe ich gerade gesagt, – ist Beitragen, Partizipation ein ganz großes Thema, eingebettet in dieses Modell.

Das Modell beantwortet auch die Fragen, was man denn braucht, um als junger Mensch partizipieren zu können, um einen sinnvollen Beitrag in Familie, für sich selbst, für die Kommune und für die Zivilgesellschaft leisten zu können. Dafür braucht man nämlich einerseits starke Jugendliche, die in der Lage sind, soziale Fähigkeiten zu zeigen, sich in der Schule zu engagieren, sich selbst regulieren zu können, und die hoffnungsvolle Zukunftserwartungen haben.

Zeitgleich braucht man aber auch im Umfeld von Jugendlichen Institutionen, die den Zugang ermöglichen, überhaupt partizipieren zu können, oder soziale Netzwerke oder Personen, die einen stärken und unterstützen. Wenn das beides zusammenkommt – einerseits die inter- und intrapersonalen Kompetenzen von Jugendlichen stärken, andererseits Entwicklungsressourcen im Umfeld –, dann können sich junge Menschen auch so entwickeln, dass sie kompetent werden, Vertrauen in sich und ihre Umwelt ausbilden, einen starken Charakter haben, dass sie an andere gut gebunden sind und für andere Fürsorge zeigen können und sich dann schlussendlich ein effektiver Beitrag in der Gesellschaft ausbilden kann.

Das ist ein Prozess, der sich ständig und ständig wiederholt. In dem Punkt möchte ich gerne Bezug auf einen meiner Vorredner nehmen. Ich denke schon, da ich auch eine Verfechterin des lebenslangen Lernens bin, dass jede Partizipation dann für die Persönlichkeitsentwicklung und gerade für die Stärkenentwicklung von Jugendlichen einen ganz großen Beitrag leisten kann, und das nicht nur sehr früh im Leben eines Menschen, sondern bis zum Lebensende: lebenslanges Lernen. Wir können also ständig von diesen Prozessen profitieren.

Man weiß recht gut, welche Strategien zur Beteiligungsförderung die richtigen sind. Abgesehen davon, dass man einerseits Stärken von Jugendlichen generell stärken sollte – das über die gesamte frühkindliche Bildung, aber auch über die Schulbildung –, sollte man Möglichkeiten bieten, sich aktiv in Kommune, Freizeit, Schulen zu beteiligen. Man kann auch strukturierte Freizeitangebote für junge Menschen anbieten, auf die ich gleich noch einmal zurückkomme, die optimalerweise eine Interaktion mit Erwachsenen, auch älteren Menschen bieten, die die jungen Menschen anerkennen, die ihre Meinung wertschätzen, die sie unterstützen und ihnen das Gefühl geben, dazuzugehören und tatsächlich einen Beitrag leisten zu können.

Das sind keine Wunderpillen, die man damit ausstreut, bloß weil ein junger Mensch mal bei einer Schülerfreizeit teilgenommen oder in einem Jugendforum mitgearbeitet hat, wo es zum Beispiel um die Entscheidung einer Platzgestaltung ging, sondern es sollte mindestens ein Jahr dauern, dass junge Menschen langfristig in solchen Projekten gebunden werden, die sie optimalerweise auch intrinsisch motiviert, das heißt durch den eigenen Antrieb, den eigenen Willen zur Mitarbeit einbezieht.

Prinzipiell kann man sagen, dass junge Menschen am meisten von solchen Maßnahmen zur Beteiligungsförderung profitieren, wenn sie mit ihrem Tun das Gefühl haben, einen wichtigen Beitrag zu leisten, auch eigene Ziele verfolgen können und auf breiter Ebene ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen im Austausch mit anderen Generationen gefördert werden.

Wenn man Jugendliche selbst fragt – hier gehe ich noch einmal auf den Teilhabeatlas ein, der 6- bis 22-Jährige im Rahmen von Interviews befragt hat –, dann sagen Kinder und Jugendliche. Wir wollen eine attraktive Freizeit haben. Wir wollen selbstbestimmt sein, und wir wollen echte Beteiligungsmöglichkeiten haben. Wir wollen mitsprechen, wir wollen mitbestimmen. – Dafür braucht es natürlich mehr und inklusivere Möglichkeiten, die Ideen einzubringen und dann in die Tat umsetzen zu lassen.

In meiner eigenen Arbeit habe ich mich auch mit Freizeit und der Entwicklungsförderung von jungen Menschen intensiv beschäftigt. Man sieht sehr schön – es ist jetzt in Englisch, aber trotzdem kann ich sie gern durchleiten –, wir haben Jugendliche, die eine hohe positive Entwicklung zeigen und damit insgesamt für die Gesellschaft einen hohen Beitrag leisten, und wir haben welche, die das nicht tun.

Ich habe mir das Freizeitverhalten von diesen jungen Menschen näher angesehen. Interessanterweise ist es so, dass unsere Jugendlichen im Alter von 13 Jahren viel zu Hause sind und sich relativ viel mit Videospiele, Fernsehen, Musik hören oder eben online sein beschäftigen und auf verschiedenen sozialen Kanälen unterwegs sind. Damit verbringen sie viel ihrer Zeit. Das ist nicht sehr unterschiedlich zwischen den Jugendlichen, die eine positive oder eine nicht so positive Entwicklung zeigen.

Was aber ausschlaggebend ist und was Jugendliche heute mit einer positiven Entwicklung auszeichnet, ist, dass sie aktiver ihre Freizeit gestalten, dass sie in strukturierten Freizeitaktivitäten involviert sind, zum Beispiel kreativ sein oder outdoor viele Aktivitäten durchführen oder sich selbst weiterbilden, sei es im digitalen Bereich oder im analogen Bereich, aktiv im Sportverein zum Beispiel oder auch mit der Familie auf Exkursionen unterwegs sind. Das unterscheidet heute die Jugendlichen, die eine positive Entwicklung haben, die mehr Teilhabe innerhalb der Gesellschaft haben gegenüber denen, die das nicht haben.

Noch einmal bezogen auf die Hürden und Barrieren, denen Jugendliche und junge Menschen gegenüberstehen, wenn sie Teilhabe in der Gesellschaft zeigen wollen, wir können ganz klar sagen, dass auch die Freizeitgestaltung eine große Rolle spielt. Über das heutige normative, hochdigitalisierte Leben hinaus müssen junge Leute viel stärker in strukturierte Angebote involviert werden, Bereich Sport, Kunst, Outdoor-Aktivitäten und vieles mehr. Wir sollten sie zu bürgerschaftlichem und politischem Engagement einladen, anregen, sich selbst zu bilden, um eine positive Entwicklung und Teilhabe zu fördern.

Das ist nicht nur eine Aufgabe, die innerhalb der Kindheit und Jugend innerhalb der Gesellschaft, innerhalb der Familie zu absolvieren ist, sondern auch eine Aufgabe von Schulen, Vereinen, Kommunen und der Gesellschaft insgesamt.

Noch einmal bezogen auf den Teilhabeatlas, der, was ich besonders schön finde und Teil jedes meiner Forschungsprojekte ist, jungen Menschen tatsächlich eine Stimme zu geben, sind die Handlungsempfehlungen von dieser Studie zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen sehr ähnlich. Sie ruft die Gesellschaft auf, mehr und gezielter in Bildung zu investieren, auch das Fachkräftepotenzial gering qualifizierter junger Menschen zu erschließen, auf die Freizeit zu fokussieren, kostenlos vielfältige Freizeitangebote, die sinnvoll sind, zu schaffen, Selbstbestimmung zu fördern und die Beteiligung von jungen Menschen an Entscheidungen, die gerade ihre Lebenswelten betreffen, wachsen zu lassen und den Interessen von jungen Menschen nicht nur scheinbar, sondern auch explizit ein politisches Gewicht zu verleihen.

Ich habe viele Interviews durchgeführt, auch zum Thema politische Werte, politische Einstellungen und Entwicklungsdimensionen und habe als Abschluss ein Zitat von Lea mit 14:

„Ich finde es unfair, dass ältere Generationen für die Zukunft der Jungen entscheiden dürfen und die Gesellschaft bestimmen. Ich gehe auf CSD-Demos und zeige so meine Meinung. Es gibt zwar heute schon viele Rechte für queere Leute, aber das heißt nicht, dass man dafür nicht auf die Straße gehen sollte. Es gibt immer noch so viele Menschen, die diskriminierend sind, etwas dagegen haben, wenn man ist, wie man ist. Auch ist es für mich immer eine schöne Zeit dort, viele nette Menschen, die man kennenlernt, auch wenn man nicht zur Community gehört, sondern nur unterstützt.“

Sie sehen, wenn man tatsächlich mit jungen Menschen spricht, zeigt sich noch einmal ein anderes Bild. Insofern wollte ich gern für diese Enquetekommission meinen Beitrag so aufbereiten, dass Sie im Blick behalten, um wen es geht: um Kinder, um Jugendliche. Ich möchte Sie gerne auffordern, deren Stimme ernst zu nehmen und sie auf breiter Ebene zu beteiligen. Das ist profitel, nicht nur für deren persönliches Leben, sondern auch für die Gesellschaft.

Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und bin auf Ihre Fragen gespannt. – Danke schön.

Vorsitzende:

Vielen Dank für die Punktlandung. Zu guter Letzt kommt jetzt Frau Prof. Sigrid Roßteutscher.

Prof. Sigrid Roßteutscher:

Es ist ein logischer Schlusspunkt, den ich jetzt setze, weil ich sehr konkretistisch werde und mich auf eine Sache fokussiere, nämlich Befunde zur Absenkung des Wahlalters.

Lassen Sie mich mit dem Hintergrund 1 beginnen. Das ist das Argument der Generationengerechtigkeit. Diese wird gerne von Lobbyorganisationen, NGOs, Nichtregierungsorganisationen, zu Recht sehr stark gemacht, weil junge Menschen das Bedürfnis haben, politisch Gehör zu finden. Das ist gerade in dieser alternden Gesellschaft immer wichtiger. Sie sind leider numerisch, elektoral so wenig signifikant, sind aber so massiv betroffen von all den Entscheidungen, die heute und in Zukunft getroffen werden.

Ich habe Ihnen die Alterspyramide, die Sie sicher kennen, mitgebracht. Die Boomers – das wissen Sie – sind die Riesenjahrgänge. Die oben drüber werden allmählich peu à peu verschwinden. Sie steigen dann in die Rente in dieser Masse ein. Viele von denen sind im Wohlstand aufgewachsen, haben hohe Bildung. Sie werden alt werden.

Als Kontrapunkt – ich habe keine Grafik gefunden, die mir die 16- bis 17-Jährigen ausweist – sehen Sie diese kleine Klammer für die 15- bis 19-Jährigen. Dort müssen Sie noch einmal die Hälfte abziehen. Das ist das, was nachkommt. Diese dürfen nicht mitbestimmen. Aus diesem Grund ist es ein Riesenproblem, wenn diese massiv wachsende Gruppe nicht von einem nachwachsenden Potenzial der Mitbestimmung korrigiert werden kann.

Die Hoffnung ist natürlich, dass sich die Parteien, wenn diese Leute mitbestimmen, auch deren Anliegen stärker zuwenden und wir vielleicht etwas weniger von Renten und mehr von maroden Schulen und Investitionen in Bildung hören könnten.

Ich lasse meine Studierenden immer wieder Parlamentsdebatten auswerten. Da kommt immer wieder relativ klar heraus, dass die linken Parteien von rechten und konservativen Parteien angegriffen werden, dass sie die Absenkung des Wahlalters nur wollen, weil das ihrer Wählerschaft zugutekommt.

Die Bundestagswahl 2021 hat gezeigt, dass die FDP auf einmal super von dieser Gruppe profitieren kann. Die jüngsten Ergebnisse zeigen, dass die AfD da jetzt relativ stark ist. Das ist alles nicht in Stein gemeißelt. Aber wenn Sie sich das anschauen, sehen Sie, die werden kein Wahlergebnis verändern, aber sie werden wenigstens Gehör finden. Das war die NGO-Seite, wenn Sie so wollen.

Was uns in der Wissenschaft deutlich mehr bewegt, ist die steigende politische Ungleichheit, die wir seit einiger Zeit massiv erleben, nicht nur in Deutschland. Junge Menschen gehen seltener wählen als Ältere. Aber das gilt nicht für alle. Das gilt insbesondere für Jungwähler mit niedriger Bildung, die aus ärmeren Elternhäusern stammen. Seit den 1990er-Jahren können wir diesen Trend der über die Zeit kumuliert steigenden politischen Ungleichheit beobachten. Hochgebildete wählen so viel wie eh und je. Die niedrig gebildeten, ärmeren Menschen verlieren wir. Das ist für die Legitimation der Demokratie ein Problem.

In der nächsten Grafik sehen Sie – abgetragen aus der eigenen Forschung – erst einmal Zehnerjahre. Der dünne Strich zeigt die Erstwähler, die Jungwähler, und der schwarze Strich alle Älteren, dann noch einmal unterteilt für jede Periode niedrig, mittel und hoch.

Jetzt fokussieren Sie sich mal auf die 80er-Jahre, als die Welt noch heil war. Was wir da sehen, ist, es gibt zwischen den jungen und den älteren Wählern fast keinen Unterschied in der Wahlwahrscheinlichkeit und fast keinen Unterschied zwischen dem ersten Punkt und dem letzten, also den Niedrig- und den Hochgebildeten.

In den 90er-Jahren passiert etwas. Für die älteren Wähler sehen wir fast keine Veränderungen im Vergleich zu den 80ern, aber bei den jungen Wählern, den Erstwählern. Die Niedriggebildeten kippen ab, und diese Schere klafft immer weiter auseinander, wenn Sie abtragen. In den 80ern haben die niedrig gebildeten Jungwähler noch eine fast 80-prozentige Wahlwahrscheinlichkeit. Das sinkt auf 55 % in den 90ern, geht weiter zurück und ist im letzten Jahrzehnt bei knapp 40 % gelandet. Das ist massiv.

Die jungen Wähler, die aus benachteiligten Hintergründen kommen, selbst niedrige Bildung haben, gehen der Demokratie sukzessive verloren. Es bleibt eine Demokratie – Sie sehen, bei den Hochgebildeten ändert sich fast gar nichts –, die aber, wenn man so will, vom Publikum her zur Elitendemokratie wird.

Warum ist das so? Eine ganz große Erklärungskraft ist sozialer Wandel. Seit Jahren erleben wir abnehmende Parteibindungen. Ich gehe nicht mehr wählen, weil ich mich einer Partei so unglaublich eng verbunden fühle. – Wir sehen aber auch die Erosion sozialer Milieus.

Unglaublich wichtig in früheren Zeiten waren Gewerkschaften und Kirchen, die mobilisiert haben, gerade die, die eben selbst wenig Ressourcen mitgebracht haben. Aber auch die Vereine klagen über Mitgliederschwund. Wir sehen also einen massiven Verlust kollektiver Ressourcen insgesamt. Das heißt, der Einzelne ist viel mehr auf seine eigenen Ressourcen angewiesen. Deswegen wird Bildung, wird das Elternhaus so viel wichtiger im Vergleich zu früher, weil früher andere kollektive Akteure diese Hürde für mich übersprungen haben, mich mitgenommen haben. Das war der Wandel.

Dann gibt es aber ein ganz grundsätzliches Argument von Mark Franklin, mit dem wir uns spätestens seit 2004 rumschlagen. Super Buch, nur zu empfehlen. Er sagt: Die Absenkung des Wahlalters von 21 auf 18 in den 70er-Jahren war ein ganz großer Fehler. Eigentlich sollten wir es zurückdrehen. – Dann sagt er aber auch: Geht nicht, man kann den Leuten nicht wieder Rechte wegnehmen. Also müssen wir radikal in die andere Richtung gehen.

Die Grundidee seiner These ist, dass die insgesamt allgemein abnehmende Wahlbeteiligung darauf zurückzuführen ist, dass seit den 70er-Jahren 18- bis 21-Jährige wählen und das eine Periode im Lebenszyklus ist, in der die Leute ganz andere Sorgen haben. Beruf, Familiengründung, private Dinge, die dafür sorgen, dass die Politik nicht wirklich wichtig ist und die deswegen weniger häufig wählen gehen. Ich habe Ihnen aber eben gezeigt, das betrifft nicht alle, das betrifft vor allem die niedrig Gebildeten.

Also Absenkung, in einer Zeit, in der die Leute noch in geordneten Verhältnissen sind, nicht in dieser Unruhephase, in Schule und Elternhaus, wobei ich gleich sagen muss, alle Studien, die ich kenne, zeigen immer, es ist nicht der Unterricht in der Schule, es ist, ob die Schule dazu führt, dass die Schülerinnen und Schüler miteinander über Politik reden. Das hat einen massiven Effekt, nicht der Unterricht an sich.

Was wir gerne vergessen – Franklin hat uns das in Erinnerung gerufen –, wenn wir Wählen ab 18 haben, haben wir bei einer vierjährigen Legislaturperiode den Fakt, dass der Durchschnittswähler 20 ist und bis zu fast 22 Jahre alt sein kann. Wenn wir Wählen ab 16 haben, dann ist der Erstwähler im Durchschnitt 18 Jahre alt, manche aber immer noch fast 20. Man muss sich ein bisschen in Erinnerung bringen, dass uns Wählen ab 16 dem Ideal Wählen ab 18 näherbringt, als dass es das Wählen ab 18 tut.

Ich fände Wählen ab 14 noch besser, weil dann der Durchschnitt bei 16 wäre, und wir könnten wirklich auch die niedrig gebildeten noch in institutionellen Kontexten finden, die zur Mobilisierung beitragen.

Warum ist die Erstwahl so wichtig? Weil da die Hürde am größten ist. Wie wähle ich? Wo wähle ich? Und vor allen Dingen: Wen wähle ich? Also diese Informationsbeschaffung. Wenn diese



Hürde einmal überwunden ist, wird jede weitere Wahl einfach. Wenn diese Hürde nicht überwunden wird, bleibt die Hürde, und auch bei der zweiten Wahl stehe ich noch vor diesen ganzen Problemen, weil ich sie bei der ersten Wahl nicht gelöst habe.

Wir kennen seit den 60er-Jahren die Idee des „Habitual-Votings“, Gewohnheitswählen. Die Wahrscheinlichkeit ist ziemlich groß, wenn ich dreimal gewählt habe, bleibe ich ein Wähler. Das ist dann das, was ich am Wahltag tue. Es wird Teil meiner Gewohnheit. Bei dreimal nicht gewählt, ist dagegen die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, immer Nichtwähler zu sein.

Noch einmal ein letzter Befund, um zu zeigen, wie wichtig es ist, diese Hürde übersprungen zu haben. Auf der Grafik sehen Sie wieder nach den Bildungsgruppen unterteilt diejenigen, die bei der Wahl vorher nicht gewählt haben. Diese haben eine sehr viel geringere Wahrscheinlichkeit, bei der nächsten Wahl wählen zu gehen. Dagegen sind diejenigen, die gewählt haben, mit ganz hoher Wahrscheinlichkeit auch bei der nächsten Wahl, nämlich mit über 80 %. Das gilt auch für die niedrig Gebildeten. Diese Erstwahl ist also mega entscheidend für die weitere Entwicklung.

Wir machen in Deutschland leider mal wieder alles falsch. In Österreich gibt es seit 2007 das Wahlalter 16 auf allen Ebenen. Hier haben wir einen Flickenteppich. Viele Kommunen und manche Länder haben es, manche Länder nicht. Das Resultat ist nicht gut.

Erstens ist es ein Signal an die Lokal- und Landespolitiker: Eure Politik ist offensichtlich nicht so wichtig. Da dürfen auch die Kleinen ran. Ich finde, das ist als Signal schon mal sehr schräg und – das haben uns eigene Studien gezeigt – es schadet den Erstwählern.

In Schleswig-Holstein wurde 2017 das Wahlalter auf Landesebene gesenkt. Vier Monate später war die Bundestagswahl mit Wahlalter 18. Wir haben die wieder befragt. Selbstwirksamkeit ist schon mal gefallen. Diese Menschen waren nicht nur unglaublich verärgert, sie haben auch wirklich Vertrauen in den Staat und Institutionen verloren, und das langfristig. Wir haben sie zwei Jahre später noch einmal gefragt. Das ist nicht gesund, was wir hier in Deutschland machen, weder für die Politik selbst noch für die Betroffenen, die einmal wählen dürfen, das nächste Mal nicht.

Wir brauchen also ein Wahlalter, welches die Beteiligung bei der Erstwahl maximiert und bei dem die politische Ungleichheit so gering wie möglich ist. Ich habe schon gesagt, für mich wäre 14 das Ideale. Second Best ist 16. Aus den ganzen Gründen, die ich bisher genannt habe, ist 18 wirklich das ganz, ganz Falsche.

Warum ist das so schwierig? Abhängig von politischer Farbe der Landesregierung, das wissen Sie alle selbst, und die Zweidrittelmehrheit, die im Bundestag stehen muss. Zwei gewichtige Argumente sind Reife und Volljährigkeit.

Ganz kurz würde ich zusammenfassen, was unsere Befunde hergeben. Zu politischer Reife: Zum einen – das hatten wir schon gehört – ist das etwas extrem Individuelles. Sie werden sicher 14-Jährige finden, die reifer sind als 18-Jährige. Sie werden auch 15-Jährige finden, die politisch gesehen reifer als 90-Jährige sind. Wenn man diesen Reifegedanken durchdenkt, ist man bei einer Art von politischem Führerschein, einer Reifeprüfung, und das ist natürlich abstrus.

Befunde sind – das sind wahrscheinlich vor allem Befunde aus Österreich, aber eben auch aus unseren Studien zu Schleswig-Holstein –, die 16-, 17-Jährigen haben sogar ein höheres politisches Interesse als die über 18-Jährigen. Sie sind signifikant häufiger zur Wahl gegangen als die über 18-Jährigen, also die früheren Erstwähler.

Sie haben etwas geringeres Wissen. Sie sind volatiler, in dem Sinne experimentierfreudiger. Das gilt allerdings auch für die 18- bis 21-Jährigen.

Die Frage ist: Was ist demokratisch besser? Wenn die Leute manchmal Parteien wechseln oder wenn jemand sein ganzes Leben lang immer die gleiche Partei wählt, egal was sie macht und tut? Wichtig ist, diese Befunde gelten alle unter Bedingungen eines gesenkten Wahlalters.

Wenn Sie Studien anschauen und einfach so 16-, 17- und 18-, 19-, 20-Jährige vergleichen, finden Sie das oft nicht. Die Rechte verändern Menschen, weil in Kontexten, in denen 16-, 17-Jährige wählen dürfen, verhalten sie sich anders als in Kontexten, in denen sie das nicht dürfen. Da fangen sie an, Informationen zu beschaffen, sich politisch kundig zu machen etc.

Volljährigkeit, Flickenteppich ab 16. Wie gesagt, das ist schon unlogisch, dass wir das in anderen Ländern, auf anderen Ebenen – Europa inklusive – haben. Gaststättenbesuche, Führerschein unter Bedingungen, gewisse Vertragsrechte. Am absurdesten finde ich Steuerpflicht. Wenn sie mit 16, 17 arbeiten, sind sie steuerpflichtig. Sie geben der Regierung das Geld, die dann ihre Politik machen darf, aber die Regierung selbst dürfen sie nicht bestimmen. Eigentlich müssten dann unter dem Gesichtspunkt der Volljährigkeit 16-, 17-Jährige von der Steuerpflicht entlastet sein.

Es gibt zum Adoptionsrecht und zum Jugendstrafrecht Regeln ab 21. Dann gibt es noch insgesamt das Adoptionsrecht ab 25, Führerschein für Schwertransporte, Richter, Staatsanwalt usw. kann man erst um die 30 werden. Also diese Volljährigkeit ist für mich auch kein überzeugendes Argument.

Die Absenkung ist leider abhängig von der politischen Färbung von kommunalen Landesparlamenten. Wir brauchen im Bundestag diese lagerübergreifenden Mehrheiten. Ich wiederhole: Die Wahl ab 18 ist nicht gut für die Demokratie, da es eine sinkende Wahlbeteiligung befördert, weil die Erstwahl in dieser Phase liegt, in der andere Dinge wichtiger sind und somit der Einstieg in die Gewohnheits-Nichtwahl erfolgen kann.

Es ist auch nicht gut, weil es eine ungleiche Wahlbeteiligung befördert, da gerade soziale Gruppen, die die kollektiven Ressourcen besonders benötigen, durch die Institutionen wie Schule nicht mehr erreicht werden und es natürlich ganz generell der Generationengerechtigkeit in der alternenden Gesellschaft entgegensteht. Absenkung am besten auf 14, auf alle Ebenen. Arbeiten Sie daran, wer immer Kontakte zum Bund hat. Da muss es passieren. Das ist wirklich, wirklich wichtig.

Ich freue mich auf Ihre Fragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende:

Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön.

Ein herzliches Dankeschön an alle Sachverständigen für die informationsreichen und interessanten Vorträge. Bevor wir in die Fragerunden einsteigen, machen wir eine kurze Pause.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:02 bis 12:12 Uhr)

Wir kommen nun zur ersten Fragerunde und beginnen mit der CDU-Fraktion. – Frau Ziegler, bitte schön.

Abgeordnete **Christin Ziegler (Schwalm-Eder)**

Ich habe eine Frage Prof. Dr. Ahlrichs. Sie haben die Homogenität in den Jugendverbänden angesprochen, auch die Härte der Diskussionen innerhalb dieser Jugendverbände. Da stellt sich mir die Frage, ob es eventuell zu anderen Ergebnissen oder gegebenenfalls zu einer anderen Diskussionskultur käme, wenn Jugendliche von außerhalb, ich sage mal von der Straße, mit anderem Background beteiligt werden würden.

Prof. **Dr. Matthias Friehe:**

Vielen Dank an die Sachverständigen für die Ausführungen.

Meine Frage geht an die Sachverständige Lindow. Sie hatten sich sehr eingehend mit den Entscheidungskompetenzen befasst und betont, dass Sie methodisch auch experimentell vorgehen.

Mich würde interessieren, ob Sie uns das ein bisschen näher erklären könnten, was die Vorteile dieser experimentellen Methodik sind, auch gegenüber anderen Panelbefragungen, die hier angesprochen worden sind, und ob Sie auch präzisieren könnten – Sie hatten jetzt schon viele Erkenntnisse zu Kindern im Alter neun bis zehn Jahren, auch ein bisschen jünger präsentiert –, wie gut diese Frage der Entscheidungsreife in den Alterskipppunkten auch experimentell erforscht ist, die hier sonst diskutiert wurden, also im Bereich vor und nach 14 Jahren, 16 Jahren, 18 Jahren, oder ob da gegebenenfalls eine noch nicht so gute Studienlage vorliegt. Das wäre auch eine Erkenntnis. – Vielen Dank.

Abgeordneter **Max Schad:**

Ich habe auch eine Frage an die Frau Dr. Lindow. Sie haben in Ihrem Vortrag Wahrscheinlichkeitsurteile als Elemente einer rationalen Entscheidungsfindung angesprochen. Muster in sozialen Medien, also Verfügbarkeitsfehler, Iterationseffekte, all das, was uns da begegnet, können solche Wahrscheinlichkeitsurteile verzerren. Meine Frage ist, ob Sie hier Gefahren für die Entscheidungskompetenz von Kindern und Jugendlichen sehen, die soziale Medien in besonderem Maße nutzen.

Abgeordneter **Gerhard Bärsch:**

Auch ich möchte mich ganz herzlich bei allen Anzuhörenden für ihre Vorträge bedanken.

Meine erste Frage geht an Frau Prof. Roßteutscher. Die Forderung nach einem Wahlrecht ab 14 Jahren soll mehr politische Teilhabe ermöglichen. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass junge Menschen tatsächlich eigenständig urteilen können und nicht primär durch das soziale Umfeld oder durch Erwachsene, Schule, Familie oder Verbände beeinflusst werden.

Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang das Risiko einer Instrumentalisierung oder Manipulation ein? Welche Schutzmechanismen oder Rahmenbedingungen wären aus Ihrer Sicht notwendig, damit ein Wahlrecht ab 14 nicht nur formal besteht, sondern echte und vor allem selbstbestimmte Partizipation gewährleistet?

Abgeordneter **Pascal Schleich:**

Auch von meiner Seite vielen Dank an die Sachverständigen für ihre Präsentationen und Ausführungen.

Meine Frage geht an Herrn Dr. Maaz. Sie haben betont, dass die Entwicklung von Autonomie und freiem Denken ein entscheidendes Bollwerk gegen menschenfeindliche Einstellungen darstellt und zentrale Voraussetzung für demokratische Partizipation ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich nachfragen: Welche Rolle messen Sie insbesondere der schulischen Praxis des Beutelsbacher Konsens zu, also dem Prinzip, Schüler nicht zu indoktrinieren, kontroverse Themen als solche darzustellen und sie zur eigenständigen Urteilsbildung zu befähigen? – Danke.

Abgeordneter **Jochen K. Roos:**

Ich möchte mich ebenso bei allen Sachverständigen für ihre Präsentationen bedanken.

Ich habe ebenfalls eine Frage an Herrn Dr. Maaz. In Ihrem letzten Punkt „Optimierung der Frühbetreuung und Förderung von Demokratie durch beziehungs-dynamisches Lernen“ habe ich unter Punkt 3 gelesen, dass Sie sagen, „Demokratie lehren sollte nicht pädagogisch als Haltung gefordert werden, sondern vor allem beziehungs-dynamisch durch Vorleben vermittelt werden.“

Meine Nachfrage diesbezüglich an Sie: Wie bewerten Sie den in der jüngsten Vergangenheit immer öfter verwendeten Begriff von „unserer Demokratie“, wie er immer öfter auch im öffentlichen und vor allem politischen Diskurs verwendet wird? Bedeutet das für Sie nicht auch auf lange Sicht eine Exklusion, auch wenn die Exkludierten nicht gezielt benannt werden? Welchen Effekt erzeugt man damit langfristig bei Kindern und Jugendlichen? – Vielen Dank.

Abgeordnete **Nadine Gersberg:**

Auch ich bedanke mich sehr herzlich für alle Vorträge. Es war wirklich sehr spannend.

Meine Frage geht an Dr. Lindow. Sie haben gesagt, dass Kinder und Jugendliche schon sehr schnell mitentscheiden wollen. Da ist meine Frage: Ab welchem Alter wollen Kinder partizipieren und beteiligt werden, und bis zu welchem Alter brauchen sie dabei Hilfe? Da hatten wir über die Gewichtung gesprochen und darüber, wie ich an Informationen komme. Wie viel Informationen müssen es sein? Bis wann brauchen Kinder und Jugendliche in dem Punkt Hilfe durch erwachsene Menschen? Ab wann können sie das schon selbst ganz gut?

Reiner Jäkel:

Ich schließe mich erst einmal sehr gerne dem Dank an die Vortragenden an. Das war wirklich eine sehr spannende Runde.

Ich hätte eine Frage an Herrn Prof. Dr. Ahlrichs. Sie haben an einer Stelle Ihres Vortrags deutlich gemacht, dass die Motivation von jungen Menschen abgefragt wurde, sich an Beteiligungsformaten zu beteiligen und dass bei 90% der Befragten deutlich wurde, dass gerade die Sichtweise, dass Politik die Interessen junger Menschen zu wenig berücksichtigt, für die Motivation, sich zu beteiligen, einen enormen Wert hat. Die Frage wäre: Kann man mal genauer spezifizieren, was diese Motivation bedeutet, was der Hintergrund ist? Wie kann sie aus Ihrer Sicht bearbeitet werden? Welche Rolle spielen gerade dabei auch gelungene Formate der Partizipation und Beteiligung?

Abgeordnete **Kerstin Geis:**

Auch von mir vielen Dank für die Vorträge. Auch ich fand sie alle überaus spannend.

Meine Frage geht an Dr. Lindow und Frau Prof. Dr. Weichold. Teilen Sie die Einschätzung, dass die frühkindliche Beziehung an Mutter oder eventuell auch Vater zwingend und alternativlos ist, oder besteht nicht auch die Option, dass im frühkindlichen Alter eine Beziehung zu dritten Personen aufgebaut werden kann, die dann hilfreich ist? Das ist die Frage zum Beispiel der Resilienz von Kindern suchterkrankter Eltern, die da eine Rolle spielen könnte. – Vielen Dank.

Abgeordneter **Felix Martin:**

Ich habe eine Frage an Prof. Dr. Ahlrichs. Sie haben von Scheinpartizipation gesprochen. Ich würde von Ihnen und von Prof. Dr. Weichold gerne wissen, was aus Ihrer Sicht diese Enquete-kommission leisten müsste, damit keine Scheinpartizipation daraus wird.

Dann hätte ich noch eine Frage an Prof. Roßteutscher. Sie haben ein Idealbild gezeichnet, wonach die Schule dafür sorgen sollte, dass Schülerinnen und Schüler Lust haben, untereinander über Politik zu sprechen. Meine Frage wäre: Wie schaffen wir das denn, dass die Schule diesem Anspruch gerecht wird?



Abgeordnete Lara Klaes:

Vielen Dank für die tollen, interessanten Vorträge.

Ich habe eine spezielle Frage an Dr. Hans-Joachim Maaz. Sie hatten das jetzt in Ihrem mündlichen Vortrag nicht so erwähnt, aber in Ihren schriftlichen Ausführungen geht es ganz viel um die sogenannte mütterliche und väterliche Bindung – was ist eine gute mütterliche und was ist eine schlechte mütterliche Bindung, das Gleiche bei dem Vater – und dass es dann zu einer sogenannten Frühstörung kommen kann, je nachdem, wie es ist, was in der Jugend und im Erwachsenenalter dann zu Konflikten führt.

In dem schriftlichen Vortrag fehlen mir ehrlicherweise zu genau diesem Begründen wissenschaftliche Grundlagen. Da würde ich gerne wissen, woher Sie denn diese wissenschaftlichen Erkenntnisse haben.

Letztendlich – das hat meine Kollegin Frau Geis jetzt auch gefragt – gibt es mehrere Beziehungspersonen bei Kindern und Jugendlichen, die eventuell auch eine wichtige Rolle einnehmen können. Deswegen vielleicht die speziellere Frage, wo die wissenschaftlichen Belege dafür sind. – Danke.

Abgeordnete Wiebke Knell:

Ich habe eine Frage an Frau Dr. Lindow. Sie hatten davon gesprochen hatten, dass sich gerade Grundschüler sehr schlecht entscheiden können oder Schwierigkeiten haben. Wenn man sie trotzdem beteiligen möchte, wenn man ganz junge Kinder oder jüngere Kinder auch mitbestimmen lassen möchte, welche Formen von Beteiligung wären da besonders geeignet, um auch diesen jüngeren Kindern echte Mitbestimmung zu ermöglichen und jetzt nicht nur symbolische Teilhabe, sondern dann tatsächlich echte Möglichkeiten?

Dann an Herrn Prof. Dr. Ahlrichs eine Frage. Sie hatten erwähnt, dass gerade Vereinssitzungen – ich denke, dazu zählen auch Parteiveranstaltungen und Ähnliches mit dazu – vielleicht für junge Menschen nicht sonderlich interessant sind. Was Sie nicht gesagt haben, ist, was interessant wäre. Gibt es also Wünsche von Jugendlichen, wie sie sich Teilhabe auch in Vereinen oder Verbänden oder in Parteien und Jugendorganisationen vorstellen? Dann würde mich das interessieren. – Danke.

Nicolas Schmelzer:

Vielen Dank. Ich schließe mich dem Dank meinen Vorrednern und Vorrednerinnen an.

Ich habe eine Frage an Prof. Roßteutscher. Sie hatten erwähnt, dass zum Beispiel der Schritt, das Wahlalter auf 14 abzusenken, besonders denen zugutekommen könnte, die bildungsferner und in sozial schwächeren Haushalten aufwachsen. Jetzt wäre meine Frage, da ich es nicht für mehrheitsfähig halte, das politisch durchzusetzen: Was machen wir im politischen Bildungssegment in der Schule aktuell falsch, dass wir diese Personen verlieren, die wir offensichtlich als besonders bedürftig in der Richtung ausgemacht haben? – Danke schön.

Vorsitzende:

Damit gehen wir in die Antwortrunde.

Ich würde Ihnen, Herr Prof. Dr. Ahlrichs, das Wort geben. Sie können alle an Sie gestellten Fragen auch gemeinsam beantworten. – Bitte schön.

Prof. Dr. Rolf Ahlrichs:

Wenn ich es richtig notiert habe, waren es vier Fragen, die an mich gegangen sind. Ich fange in der Reihenfolge bei der Frage der CDU an. Sie haben nach der Homogenität gefragt. Vielleicht habe ich das ein bisschen zu negativ dargestellt.

Der Sinn von Vereinen ist natürlich, dass sie eine bestimmte Art von Homogenität abbilden. Da treffen sich Menschen mit bestimmtem Interesse, die kicken wollen, die Tauben züchten wollen, Briefmarken sammeln oder was auch immer. Natürlich gibt es dann dadurch eine Homogenität, was uns zu der vielleicht Annahme verleitet hat, Menschen, die alle ähnlich ticken, werden nicht so wahnsinnig diskursive Prozesse durchlaufen, also da ist man sich schnell einig. Das haben die jungen Menschen, mit denen wir gesprochen haben, vehement abgelehnt. Das ist das, worauf ich bei diesem Punkt hinauswollte. Man kann also trotz relativ ähnlicher Interessen, zum Beispiel dem gleichen Hobby, argumentieren, Diskurse erleben, Streit erleben, auch Konsensbildung, Kompromissbildung erleben. Das ist der Punkt an der Stelle.

Wichtig ist mir – verbunden jetzt mit einem anderen Punkt, weil Sie gefragt haben, was eigentlich ist, wenn andere Jugendliche dazu kommen – die spannende Frage: Wie kommen eigentlich diese unterschiedlichen Bedürfnisse junger Menschen dann zusammen, also die, die Tauben züchten, und die, die kicken wollen? Das passiert in unseren Strukturen normalerweise auf der nächsthöheren Ebene, also beispielsweise in so etwas wie einem Kreisjugendring.

Diese Orte werden nach unserer Forschung und auch nach anderen, vom Deutschen Jugendinstitut beispielsweise, noch nicht gut genug als Austauschmöglichkeit dieser unterschiedlichen Interessen der jeweils einigermaßen homogenen Gruppen genutzt. Da steckt unglaubliches Potenzial für unsere plurale Gesellschaft, wo wir in homogenen Gruppen Meinungsbildung betreiben, aber dann wieder auf andere treffen, die andere Interessen und andere Positionen haben.

Diese Orte, die wir schon haben, die man gar nicht erst schaffen muss, könnten noch befähigt werden, diesen Diskurs intensiver zu führen. Das ist die Frage: Was passiert, wenn andere Meinungen dazukommen? Das passiert in dem Moment, wo Vereine auf Vereine treffen oder Vereine auf offene Jugendarbeit oder auf mobile Jugendarbeit im Stadtteil usw. Diese Orte gibt es, und ich glaube, sie müssten stärker zu Diskursräumen werden, in denen Jugendliche auch untereinander ihre Position streitbar austragen können.

Zur Frage der SPD nach der Motivation für Beteiligung. Jugendliche werden zu wenig gehört, das steht, glaube ich, eigentlich in nahezu jeder Studie. Wir konnten das bei den Corona-Studien nachlesen: Da wurde über unsere Köpfe hinweg entschieden. – Wir konnten es jetzt wieder hören, als sich die Bundesschülerkammer zu der Wehrpflichtdebatte geäußert hat und sich ganz

stark eingebracht hat, auch der Deutsche Bundesjugendring: Was ist eigentlich mit der Stimme der Jugendlichen in dieser Debatte, wo es um unsere persönlichen Lebenssituationen geht?

Ich finde es gar nicht so überraschend, dass das natürlich auch bei Jugendlichen dann als ein Motiv ankommt: Deswegen will ich mich gerade einbringen. Wenn es denn schon mal die Möglichkeit gibt, jetzt in dem Fall in meinem Landkreis, dann bringe ich mich auch ein und vertrete meine Altersgenossinnen und -genossen, von denen ich denke, wir werden insgesamt zu wenig gehört. Also ich nutze die Chance, die mir sozusagen dargeboten wird.

Welche Rolle spielen dann Positiverfahrungen? Ich glaube, es ist relativ belastbar, dass die Erfahrung positiver Partizipation, also ich werde ernsthaft angehört, Politiker und Politikerinnen in dem Fall oder auch Landrätinnen oder Landräte sprechen mit mir, nehmen mich ernst, finden das auch irgendwie interessant und setzen sich mit dem auseinander, was ich einbringe, dass diese Erfahrung dazu führt, dass ich mich auch wieder beteilige.

Damit komme ich zu dieser Scheinpartizipationsfrage der GRÜNEN. Es ist genau das Gegenteil, das passiert, wenn ich Jugendliche nur einlade, aber es hat letztlich keinen Effekt. Es ist Dekoration, es ist für das Foto. In welchem Gremium auch immer hat man ein paar Jugendliche da, die dürfen auch was sagen, aber letztlich hat das null Effekt auf die Entscheidung. Sie werden auch nichts davon erfahren, was aus ihren Ideen wurde. Das ist Scheinpartizipation. Das frustriert, im Übrigen nicht nur Jugendliche. Das frustriert auch bei Bürgerbeteiligungsprozessen, das wissen wir aus der Forschung mit Erwachsenen. Das ist jetzt gar nicht auf Kinder und Jugendliche bezogen.

Immer wenn wir das Gefühl haben, wir werden involviert, ohne wirklich ernst genommen zu werden, nur damit man es getan hat, dann ist das ein Frustrationserlebnis, was uns davon entfernt, uns wieder einzubringen. Vielleicht ist es so ähnlich wie mit dem Wählen.

Von daher: Was kann die Enquetekommission tun? Ihr Einfluss ist da wahrscheinlich auch nicht so weit, ich weiß es nicht. Aber ich glaube, es muss wirklich ein starkes Statement sein. Wenn wir Partizipation machen, dann ist es echte Partizipation, oder wir lassen es, was auch in Ordnung ist. Es gibt vielleicht Fragen, bei denen keine Partizipation möglich ist oder nicht gewollt ist. Dann muss man es aus meiner Sicht begründen.

Ich bin Erlebnispädagoge, ich mache ein Beispiel. Wenn ich mit Jugendlichen unterwegs bin und sage, wir tragen beim Klettern einen Helm, dann ist das keine Partizipationsfrage. Wir werden das nicht diskutieren und darüber abstimmen, sondern es ist eine Sicherheitsfrage. Wir haben das Thema Kinderschutz, das ist auch keine Partizipationsfrage. Es gibt bestimmte Themen, die einfach die Grenze bilden. Dann muss man aber erklären, dass das aus bestimmten Regeln keine Partizipationsthemen sein können, zum Beispiel gesetzlichen Gründen. Dann darf man eben auch keine Scheinpartizipation führen.

Ich glaube, das ist wichtig auseinanderzuhalten. Wenn Partizipation, dann auch echt und ernstnehmend oder dann gut begründet auch sagen: An diesen Stellen nicht.



Die Frage der FDP war: Wie könnte Teilhabe im Verein stattfinden? Was wünschen sich Jugendliche? Ich würde es mal auf zwei Ebenen beantworten. Wo man ganz viel machen kann, ist in der Jugendbeteiligung in den Jugendsparten der Vereine. Da wird sehr viel experimentiert, und es werden gute Erfahrungen gemacht. Ich nenne ein Beispiel aus diesem Forschungsprojekt, das ich auch vorgestellt habe.

Die Jugend des Deutschen Alpenvereins – einer der Boom-Vereine in Deutschland, durch die Begeisterung am Klettern wächst die Zahl der Mitglieder im Alpenverein – hat einen Kindergipfel eingeführt, weil sie gesagt haben, wir wollen ab sechs beteiligen. Wir haben aber noch keine so richtigen Formate. Dort wird sozusagen eine Mischung gemacht aus Bouldern, miteinander feiern usw. Dann gibt es auch noch einmal einen Bildungsaspekt: Worüber stimmen wir eigentlich ab, wenn wir jetzt über den Haushalt oder über das Personal beraten? Was ist eigentlich ein Haushalt? Wieso dürft ihr da eigentlich etwas mitbestimmen?

Es gibt sozusagen eine pädagogische Hinführung, und dann aber auch wirklich die Entscheidung durch die Kinder über den Haushalt. Das ist Ernstnehmen, begleitet, pädagogisch ein Stück weit angeleitet, auch mit Unterstützung natürlich, Sachen zu verstehen und nachvollziehen zu können.

Das wird jetzt nicht auf jeder Mitgliederversammlung des Sportvereins möglich sein. Aber ich glaube, es braucht eben diese schrittweise Hinführung, um dann auch irgendwann als Sportspartenvertreterin oder so in der Mitgliederversammlung des Sportvereins tätig zu sein.

Dr. Stefanie Lindow:

Die erste Frage, die an mich gerichtet war, bezog sich auf unsere Methoden, unsere experimentellen Methoden, welche Vorteile wir darin sehen und warum wir sie anwenden. Dazu vielleicht ganz kurz: Ich erkläre Ihnen, wie Sie sich vorstellen können, wie wir mit den Kindern arbeiten. Wir erfinden im weitesten Sinne Spiele, bei denen Kinder vor diese Herausforderungen gestellt werden, die ich in meinem Vortrag skizziert habe. Wir nehmen uns einzelne Herausforderungen vor – zum Beispiel die Gewichtung von Informationen – und setzen diesen Aspekt mit einem Spiel um. Die Kinder zeigen uns durch ihr Verhalten im Spiel beispielsweise, zu welchem Grad sie die Gewichtung von Informationen oder das Aufsuchen von Informationen beherrschen, sodass wir Verhaltensdaten haben, von denen wir auf die Fähigkeiten der Kinder schließen können.

Wir sehen diesen experimentellen Zugang als sehr gute Ergänzung zu Befragungsstudien von Kindern. Dieser experimentelle Zugang liefert uns Daten über Dinge, zu denen man Kinder nicht befragen kann. Viele kognitive Prozesse sind uns nicht bewusst zugänglich. Wir können keine Befragungen durchführen, bei denen wir fragen: Wie gut kannst du Informationen bewerten? Berücksichtigst du das beim Entscheiden? – Allein der Prozess, dass ich Ihnen diesen Entscheidungsprozess erklärt habe und aufgedeckt habe, was wir denken, aus welchen Teilprozessen er sich zusammensetzt, macht deutlich, dass wir im Prinzip gar nicht richtig wissen, was wir alles tun, wenn wir eine Entscheidung treffen. Deswegen sind bestimmte Dinge, die uns interessieren, nicht direkt bei Kindern zu erfragen.

Der nächste Aspekt. Wenn man zu viele Punkte gleichzeitig betrachten möchte, verwischen die Befunde zu einzelnen Sachen. Wenn ich in der echten Welt eine Entscheidungssituation von Kindern betrachte, dann kann es sein, dass ich dabei beobachte, dass dort womöglich zu viele Sachen zusammenkommen – dass den Kindern Vorwissen fehlt, ihnen die Fähigkeit fehlt, die Dinge zu bewerten, dass sie nicht suchen können. Wenn das alles zusammen auftritt, können wir darauf basierend nicht auf den Stand von Einzelfähigkeiten schließen. Daher hatte ich in meinem Vortrag angesprochen, dass wir standardmäßig bei unseren Spielen sicherstellen, dass wir für den Aspekt des geringeren Wissens von Kindern kontrollieren. Wir geben den Kindern das Wissen, das sie für diese Entscheidungssituationen brauchen, um untersuchen zu können, ob sie, wenn sie das Wissen haben, das können, wonach wir bei diesem Spiel schauen.

So viel zu unserer Methode. Ich denke, es ist eine gute Ergänzung zu Befragungsstudien, die uns Aufschluss über die Dinge geben, über die berichtet werden kann, und wie die Welt sozusagen beschaffen ist.

Die Studien, die wir durchführen, enden mit dem 12. Lebensjahr der Kinder. Danach folgt das Jugendalter. Das Jugendalter ist etwas ganz anderes als die Kindheit. Es gibt auch Entscheidungsforschung im Jugendalter. Die Hauptfragestellung, die die Forschenden dabei umtreibt, ist die Risikobereitschaft und das Risikoverhalten von Personen dieser Altersgruppe. Wohingegen wir bei der Entscheidungsforschung zur Kindheit andere Fragestellungen verfolgen. Dabei geht es häufig um die Frage, was Kinder können. Beim Jugendalter verschieben sich dann die Fragestellungen. Nach meiner Einschätzung wird mit Blick auf die Entscheidungsforschung zum Jugendalter abseits des Risikoverhaltens relativ wenig experimentell erforscht. Da ist die Befundlage dünner als bei Kindern.

Wir freuen uns, dass unsere Panel-Kinder immer älter werden. Die Ältesten sind schon elf Jahre alt. Sie wachsen, und wir sind neugierig, was mit ihnen passiert, wenn sie älter werden, und wir diese etablierten Experimental-Paradigmen, die wir mit Kindern und Erwachsenen durchspielen, dann auch in diesem Jugendalter abdecken können. Dazu kann ich aber momentan leider keine Auskunft geben.

Die zweite Frage, die sich an mich gerichtet hat, war auch sehr spannend. Sie betrifft die sozialen Medien. Ja, die Paradeanwendung unserer Befunde sind natürlich die sozialen Medien, weil es dabei ganz stark um Quellenbewertung geht. Das ist ein Anwendungsbeispiel für unsere Forschungsfrage nach dem Gewichten von Informationen. Was unsere Forschung mit den Kindern ganz deutlich zeigt, ist, dass sie Probleme damit haben, Quellen zu bewerten. Sie haben ein Gefühl dafür, dass Quellen und auch Ratgeber bei Entscheidungen unterschiedlich gut sind. Dieses Gefühl ist schon relativ früh vorhanden. Sie können das auch lernen, man kann es ihnen erklären. Die zweite Hürde, die ich versucht habe, darzustellen, ist aber, dass dieses reine Wissen darüber, dass ein Ratgeber gut ist, noch nicht unbedingt bewirkt, dass sie das auch berücksichtigen. In unseren wissenschaftlichen Publikationen führen wir häufig dieses Beispiel dafür an: Wenn ein Kind sein Lieblingskuscheltier in der Wohnung verloren hat und danach suchen möchte, könnte es die Eltern befragen, die immer ziemlich gut wissen, wo in der Wohnung es



sein könnte, es kann aber auch jüngere Geschwister fragen, die gar nichts wissen, oder Großeltern, die selten da sind und auch nichts wissen. Die Kinder wissen, dass die Eltern in diesem Fall die informativeren Ratgeber wären, gehen aber trotzdem auch super gerne zu anderen Ratgebern, fragen diese und hören zum Teil auch auf deren Ratschläge, obwohl sie ganz genau wissen, dass die Anderen bessere Ratschläge geben.

Dieses sehr explorierende Verhalten von Kindern ist natürlich in Verbindung mit sozialen Medien sehr, sehr gefährlich. Aus evolutionärer Sicht macht dieses Verhalten Sinn. Kinder wissen noch relativ wenig über die Welt und sich selbst, sodass es Sinn macht, dass sie alles Mögliche ausprobieren und auch auf Ratschläge hören, von denen sie denken, dass sie nicht gut sind, und sie diese Ratschläge auch aufsuchen und kennen möchten. Das macht vor dem Hintergrund eines Lernzuwachses Sinn, aber in Bezug auf soziale Medien kann das super gefährlich sein.

Auf Basis meiner Forschung kann ich nicht beantworten, inwieweit Kinder tatsächlich einschätzen können, ob soziale Medien gute Ratgeber sind. Aber selbst wenn sie das einschätzen können, zeigt unsere Forschung ganz deutlich, dass es nicht sein muss, dass sie das bei ihrer Entscheidung dann auch berücksichtigen. Nach der Befundlage, die wir haben, sind soziale Medien eine Gefahr, weil Kinder die Tendenz dazu haben, ungefiltert mit Informationen umzugehen.

Dann wurde die Frage an mich gestellt, wie lange Kinder Hilfe brauchen oder bis wann man sie begleiten sollte. Ich hatte schon gesagt, dass unsere Forschung mit Kindern endet, die 12 Jahre alt sind. Über diese Altersgruppe kann ich sagen: Sie können viele Dinge, von denen wir sagen, dass sie zum guten Entscheiden dazugehören. Das können sie schon ziemlich gut. Wir finden aber auch, dass tatsächlich gerade das Selektieren und Priorisieren von Informationen immer noch etwas ist, was in dieser Altersgruppe versucht wird, zu umgehen. Auch da greift dieser evolutionsbiologische Aspekt, dass man immer noch lernen will. Trotzdem ist die Frage, bis wann sie Hilfe brauchen, schwierig. In der Forschung mit Erwachsenen stellen wir zum Beispiel fest, dass nicht alle Erwachsenen diese Fähigkeiten, die es für gutes Entscheiden benötigt, wirklich beherrschen. Ich glaube, die Antwort steckt nicht in der Frage nach dem Alter, sondern der Fokus liegt auf dem Individuum. Man muss die Entscheidenden und ihren jeweiligen Entwicklungsstand ganz individuell betrachten.

Auch wenn aus unserem Panel derzeit noch nicht sehr viele Befunde vorliegen, sehen wir jetzt schon, dass diese Teilfähigkeiten, die für das Entscheiden erforderlich sind, nicht alle miteinander zusammenhängen. Nur weil ein Kind gut Informationen suchen und gute Ratgeber aufsuchen kann, bedeutet das nicht, dass es dies auch gut zur Anwendung bringen kann. Das gilt auch andersherum. Was Kinder können, ist ganz unterschiedlich ausgeprägt. Sie haben Stärken und Schwächen. Auf Basis unserer Befunde stellt es sich als schlau dar, sich am Kind zu orientieren, was dieses Kind kann und wobei dieses Kind Hilfe benötigt. Das ist natürlich eine große Herausforderung, weil es viel Wissen bei den Leuten voraussetzt, die diese Entscheidungsprozesse von Kindern begleiten wollen.

Auf die nächste Frage habe ich keine richtige Antwort, vielleicht geht auch das in diese Richtung. Ich wurde gebeten, zu der Annahme Stellung zu beziehen, dass die Beziehung zu den Eltern in der frühkindlichen Entwicklung alternativlos sei. Es tut mir leid, frühkindliche Entwicklung liegt außerhalb meiner Expertise. Eine wissenschaftliche Grundlage zu dieser These ist mir nicht bekannt – weder für, noch gegen diese Annahme. Für den Bereich der Kindheit, mit dem ich mich beschäftige, kann ich aber definitiv sagen: Kinder beim Entscheiden zu unterstützen, ist kompliziert. – Ich hatte das in meinem Vortrag so dargestellt, als wäre das nur für Kinder herausfordernd. Das stimmt so nicht. Das sind Herausforderungen, vor denen wir alle stehen, wenn wir Entscheidungen treffen wollen. Die Annahme, dass Eltern notwendigerweise, nur weil sie Eltern sind, die absoluten Experten seien, die ihre Kinder am besten begleiten könnten, ist schwer zu halten, denke ich.

Die letzte Frage, die mir gestellt worden ist, betraf, welche Formen der Partizipation am geeignetsten seien, wenn man Kinder beteiligen möchte, damit es nicht nur eine Scheinbeteiligung ist. Für diese Frage bin ich sehr dankbar, weil mir am Ende des Vortrags dafür ein wenig die Zeit ausgegangen ist. Ich bin froh, dazu jetzt noch etwas sagen zu können. Ich glaube, dass jede Form der echten Partizipation von Kindern ihren Wert hat. Man muss schauen, wo welche Form Sinn macht. Ich bin da ganz bei dem, was Prof. Ahlrichs schon angedeutet hat, als er sagte, dass es bestimmte Bereiche gibt, wo Partizipation gar nicht zur Debatte steht – ob man einen Helm bei Erlebnispädagogik aufzieht, ob man seine Zähne putzt oder ob man schaut, bevor man über die Straße geht. Das sind Situationen, in denen ein Partizipationsgedanken im Sinne von: „Ich treffe meine Entscheidungen alleine und schaue, was dabei rauskommt“ nicht gut funktioniert. Unsere Befunde über die Schwierigkeiten und Herausforderungen von Kindern sind dabei sehr wichtig, um uns aufzuzeigen, dass es Grenzen dabei gibt, was Kinder für sich gut entscheiden können. In anderen Bereichen kann dies ganz anders aussehen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Defizite von Kindern, die ich aufgezeigt habe, keine Defizite im herkömmlichen Sinn sind. Das ist ihr Entwicklungsstand. Mit Blick auf ihre lebenslange Entwicklung hat dieser durchaus seinen Sinn. Kinder sind verspielt und wollen ihre Welt explorieren. Das sollen sie auch. Sie müssen sich selbst und die Welt kennenlernen sowie Zusammenhänge verstehen können, spielen und Feedback erhalten. Dabei ist das Implementieren von Entscheidungen sehr wichtig. Auf der anderen Seite ist es sehr wichtig, dass Kinder beobachten können, wie andere Menschen Entscheidungen treffen. Das Beobachtungslernen ist ein ganz starker Lernmechanismus, über den Kinder sehr viel mitnehmen können. Das hat auch seinen Wert.

Man sollte diese unterschiedlichen Partizipationsformen auf die jeweilige Situation anpassen, wo sie für Kinder am meisten Sinn machen. Ich würde keiner dieser echten Partizipationsformen – die Scheinbeteiligung klammere ich hier definitiv aus – per se priorisieren. Entscheidungen gemeinsam mit jemanden durchzuführen, hat durchaus seinen Wert für das Lernen. Man darf auch nicht vergessen, dass die Kinder wirklich viel noch lernen müssen. Ein ganz großer Grundstein bei allen normativen Entscheidungstheorien ist, dass ich Präferenzstabilität habe, dass ich mich also so weit kenne, um zu wissen, was ich möchte, und das auch über einen gewissen Zeitpunkt stabil bleibt. Wenn sich ständig ändert, was ich möchte, kann ich auch keine

für mich guten Entscheidungen treffen. Das muss man lernen. Dazu muss man Erfahrungen sammeln können. Dafür ist Partizipation gut. Man sollte situationsspezifisch betrachten, welche Form dafür die geeignetste ist.

Das waren alle Fragen, die an mich gestellt wurden.

Prof. Sigrid Roßteutscher:

Ich glaube, die erste Frage kam von der AfD hinsichtlich eigenständigem Urteil und Instrumentalisierung. Grundsätzlich sind wir soziale Wesen – mit null und mit 90 Jahren. Wir werden ständig und den ganzen Tag beeinflusst. Warum machen Parteien extrem teure Wahlkampagnen, wenn nicht mit der Hoffnung, die Wählerinnen und Wähler beeinflussen zu können? Das ist das Eine. Wir führen übrigens immer wieder eine Debatte über die Abschaffung von Wahlprognosen vor Wahlen, weil das auch ein großer Beeinflussungsfaktor sei.

Das Zweite, Manipulation und Instrumentalisierung. Ich kann mir zwar vorstellen, dass das vorkommt, aber welche Lehrer oder welche Eltern – – Das ist dann wirklich die verquere und ausnutzende Art der Beeinflussung, von der ich eigentlich glaube – vielleicht bin ich zu optimistisch in meinem Weltbild –, dass ganz wenige Eltern oder Lehrer das mit den Kindern machen. Vor allen Dingen – wir haben eben von Scheinpartizipation gesprochen – sind die Jugendlichen auch nicht doof. Die merken doch, wenn sie manipuliert und instrumentalisiert werden.

Außerdem brauchen Sie sich nur die Wahlergebnisse anschauen. Wenn es da tatsächlich so viel Manipulation gäbe, warum sind dann die Europawahlergebnisse der 16- bis 17-Jährigen völlig anders als die der älteren Wähler? Da ist viel Eigenständigkeit gegeben. Ob sie in die richtige Richtung geht, ist eine andere Frage, aber eigenständig sind sie.

Wenn wir beim Thema Schule bleiben, leitet das ein wenig über zur Frage der GRÜNEN, wie die Schule Lust auf Politik machen und ihrem Anspruch gerecht werden kann. Wir stellen bei unseren Panelbefragungen fest, dass wir stets keinen Effekt im Zusammenhang mit der Häufigkeit von Politik und Wirtschaft im Unterricht, wie viel die Lehrer über Politik reden, vorfinden, es aber massive Effekte gibt, wenn die Schüler untereinander über Politik sprechen. Natürlich kann dieses miteinander über Politik sprechen irgendwie im Politik-und-Wirtschafts-Unterricht getriggert worden sein, aber der Unterricht an sich hat da irgendwie überraschenderweise keinen Effekt.

Wir haben Befunde – das ist jetzt wiederum auch wieder teilweise experimentell aus den USA –, dass ein sanktionierendes Schulklima über Jahre hinaus ganz schädigend ist – gerade wenn Schüler es als unfair empfinden, wenn sie sanktioniert werden. Ich spreche immer von Wahlbeteiligung und nicht von Parteiwahl. In den USA haben sie herausgefunden, dass Schüler, die von solchen unfairen Sanktionen betroffen waren, noch zehn Jahre später nicht wählen gehen. Denn die Schule – das darf man nie vergessen – ist für alle die erste staatliche Instanz, mit der sie etwas zu tun haben. Wenn sie in der Schule schlecht behandelt und nicht gefördert werden, dann überträgt sich das häufig auf politische Institutionen insgesamt.

Ein anderer Befund aus den USA hat gezeigt, dass wir Projekte brauchen. Dort gibt es Schulen, die Praktika verpflichtend machen. Die Schüler müssen irgendetwas sozialpolitisches außerhalb der Schule für mehrere Wochen machen. Das hat ebenfalls noch Jahre später einen Effekt auf die Politisierung der Jugendlichen, die diese Projekte gemacht haben. Ladet die Parteien an die Schulen ein, macht Podiumsdiskussionen, irgendwas, an dem aktivistische Kinder auch beteiligt sind.

Die Frage der FDP ging auch ein wenig in Richtung Schule, wie wir genau die verlieren, die die Politik am nötigsten hätten. Das ist genau das zentrale Problem, das Dilemma, die Tragik, dass sich die Menschen, die eigentlich am meisten von Politik profitieren würden, abwenden und nicht einbringen. Das Problem ist genau das Alter. Wenn sie 18 als Wahlalter haben, haben sie mit hundertprozentiger Garantie nur noch Gymnasiasten an der Schule. Viele der anderen sind schon ausgezogen. Auch das Elternhaus hat dann keinen Einfluss mehr. Ich spreche hier nicht von Manipulation und Instrumentalisierung. Es geht einfach darum, dass man über Wahlen spricht, dass die Eltern wählen gehen und Rollenmodelle sind. Das ist extrem wichtig. Die schlimmste Kategorie, die wir bei unseren Studien finden, sind die Berufsschüler. Da ist die ganze Struktur nicht mehr gegeben. Teils sind sie im Beruf, dann sind sie dort. Dann kommt es noch auf die Kollektive an, wie die Klasse so ist. Das kann dazu führen, dass sich die Kommunikation absenkt.

Dr. Hans-Joachim Maaz:

Mir sind drei Fragen gestellt worden. Die erste habe ich akustisch nicht verstanden und stelle sie somit zurück.

Die zweite Frage betraf den Unterschied zwischen pädagogisch und beziehungs-dynamisch und war auch bezogen auf den Begriff „unsere Demokratie“.

Ich möchte zunächst beispielhaft erklären, was ich in der Stiftung, der ich vorstehe, an Erfahrung zu dem Unterschied von pädagogisch und beziehungs-dynamisch gesammelt habe. Wir haben Elternschulungen, Elternworkshops gemacht. Da ist das Problem erkannt worden, dass sich viele Eltern bemühen, gute Eltern zu sein und das pädagogisch. Sie lesen also Ratgeber, beraten sich untereinander, um dann das zu tun, was für empfehlenswert gehalten wird. Dabei ist eine Problematik deutlich geworden, dass viele Eltern, die tatsächlich das Beste für ihre Kinder wollen und tun, was man eben tun soll, um Kinder gut zu begleiten, zu unterstützen und zu fördern, dennoch in Krisen und Konflikte mit den Kindern gekommen sind, weil das, was die Eltern angelernt haben und dem Kind vermitteln wollen, beim Kind nicht als Hilfe ankommt, sondern eben als etwas Anderes, etwas Falsches, etwas Manipulatives. Es gibt also einen großen Unterschied zwischen dem, was ich richtig finde, und dem, was ich auch innerlich tatsächlich vermitteln und auch leben kann. Deshalb haben wir unsere Workshops beziehungs-dynamisch organisiert. Das heißt, wir haben den Eltern oder werdenden Eltern Hilfe angeboten, wie sie sich selbst menschlich als Mutter oder Vater, mütterlich oder väterlich erleben, was ihre beziehungs-dynamischen Fähigkeiten sind. Wenn mehrere Kinder in einer Familie sind, gibt es immer Unterschiede. Man begleitet oder versteht kein Kind wie das andere. Es gibt also Unterschiede, die mitunter auch eine Rangfolge

bedeuten. Diese beziehungs-dynamischen Fähigkeiten, die eine Mutter oder ein Vater zur Verfügung stellen können, haben wir untersucht, begleitet oder gefördert, um sie verstehen zu lassen, woher ihre mütterlichen oder väterlichen Fähigkeiten kommen bzw. ihre mütterlichen oder väterlichen Behinderungen. Daraus ist die Bedeutung der Beziehungsdynamik deutlich geworden.

Wenn man das jetzt auf Demokratie anwendet, führt das auch zur Erkenntnis, was ich als Unterschied zwischen einer äußeren, einer verordneten, politisch geordneten Demokratie und einer innerseelischen Demokratie verstehe, wie ich selbst mit mir demokratisch sein kann, wie ich meine inneren Probleme, Schwierigkeiten und Konflikte verstehen lernen und in die innere Diskussion einbringen kann. Deshalb ist die Frage nach dem Begriff „unsere Demokratie“ für mich außerordentlich fragwürdig, weil sie einen Vergleich aufstellt. Wenn wir unsere Demokratie haben, gibt es also auch andere Demokratien und es stellt sich die Frage, worin der Unterschied besteht. Wer stellt die Kriterien dafür auf, was unsere Demokratie sein soll? Was sind die Unterschiede zu anderen Demokratien? Dies zu beantworten, wäre zumindest ein Erfordernis, um solche Begriffe verständlich zu machen.

Zu meiner Einteilung. Die äußere Demokratie kann man ganz allgemein politisch fassen. Das ist zum Beispiel im Grundgesetz geregelt. Dann geht es darum, wie das von den einzelnen Menschen gelebt wird. Wie sind ihre Fähigkeiten, das, was das Grundgesetz will, innerlich zu vertreten? Das ist im Grunde genommen die Erkenntnis der Entwicklungspsychologie, dass das eine Frage dessen ist, wie man sich als Kind entwickeln konnte oder musste, wie man diese inneren Qualitäten entwickeln konnte.

Damit komme ich zu der Frage nach der wissenschaftlichen Grundlage zu meiner Einteilung von guten und schlechten mütterlichen und väterlichen Qualitäten. Die allgemeinen wissenschaftlichen Grundlagen habe ich am Ende meiner schriftlichen Ausführungen aufgeführt. Das sind im Wesentlichen die Erkenntnisse von Melanie Klein, von Bowlby, von Dornes und von Stern, welche über die Säuglings- und Kleinkindforschung wesentliche Werke zusammengefasst haben. Aus meiner Sicht ist das die wichtigste psychiatrische Grundlage für Entwicklungspsychologie in der frühen Kindheit. Das halte ich für weitgehend gesichert.

Was ich in meiner Arbeit zugetan habe, was im Schema der mütterlichen und väterlichen guten wie hinderlichen Beziehungsqualitäten zusammengefasst ist, ist das Ergebnis meiner empirischen Arbeit aus über 50 Jahren Tätigkeit. Diese empirische Forschung bezieht sich auf ungefähr 15.000 Behandlungen an zwei Instituten, denen ich vorstand und noch vorstehe. Das betrifft die Ausbildungserfahrungen von Psychologen, Ärzten und auch Theologen sowie Sozialpädagogen, die eine bestimmte Selbsterfahrung, Selbstanalyse durchgeführt haben, wo es natürlich immer auch um ihre frühen Beziehungserfahrungen mit ihren Eltern geht.

Die Kollegin vorhin hat gesagt, dass man die Bedeutung von Eltern, nur weil sie die Eltern sind, nicht hervorheben müsse. Das sehe ich anders. Die Eltern sind unbedingt die wichtigsten Beziehungspersonen. Wir wissen, dass bereits die Schwangerschaft, die Geburt – also wie die Geburt zwischen Mutter und Kind vollzogen wird – einen prägenden Einfluss auf die spätere Persönlichkeitsentwicklung haben. Die Tatsache, dass das die Eltern sind, und ihre Bedeutung lassen sich gar nicht zu hoch einschätzen.



Vorsitzende:

Herr Dr. Maaz, diese Frage war nicht an Sie gerichtet.

An Sie hatte Herr Schleich noch die Frage gestellt, wie Sie die Rolle des Beutelsbacher Konsenses an der Schule einschätzen. Vielleicht können Sie sich noch einmal darauf besinnen.

Abgeordneter Pascal Schleich:

Ich wiederhole noch einmal meine Frage. Sie haben betont, dass die Entwicklung von freiem Denken ein entscheidendes Bollwerk gegen menschenfeindliche Einstellungen darstellt und zentrale Voraussetzung für demokratische Partizipation ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich nachfragen: Welche Rolle messen Sie insbesondere der schulischen Praxis des Beutelsbacher Konsenses zu, also dem Prinzip, Schüler nicht zu indoktrinieren, kontroverse Thesen oder Themen als solche darstellen und sie zu einer eigenständigen Urteilsbildung zu befähigen?

Dr. Hans-Joachim Maaz:

Ich kenne diese Praxis nicht, die Sie erwähnt haben. Ich kann nur aus meiner Erfahrung heraus antworten, auf Basis dessen, wie ich das eben verstanden habe. Ich bin sicher, dass es in der Schule für die Bildung demokratischer Verhältnisse unbedingt wichtig ist, kontroverse Positionen zu diskutieren. Ich habe in den vergangenen Jahren eine breite Praxis mit den Zwiegesprächen entwickelt. Ich habe Menschen zusammengebracht, die sich gegenüber feindselig waren, zum Beispiel Geimpfte mit Ungeimpften oder Menschen, die für oder gegen Waffenlieferungen sind. Sie sollten so sehen, dass es dabei nicht nur um Sachargumente geht – die natürlich immer eine wichtige Bedeutung haben –, sondern auch um innerseelische Prozesse. Weshalb bin ich denn gegen Impfungen oder dafür, gegen Waffenlieferungen oder dafür? Das war für uns eine ganz wesentliche Erfahrung, dass es möglich ist, sich besser zu verstehen und den Konflikt nicht zu zerstreiten und dabei feindselig zu werden oder zu bleiben, sondern zu verstehen: Aha, der Andere denkt so, weil er die und die Perspektive oder Interessen hat – die persönlichen, nicht die politischen.

In unserer Erfahrung ist das zu einer wesentlichen Basis geworden, dass dort, wo gegensätzliche Meinungen bestehen – was normal, natürlich und demokratisch ist –, diese nicht zur Feindseligkeit pervertieren, sondern begonnen wird, zu verstehen, dass es Andersdenkende und verschiedene Meinungen gibt, die ihre eigenen persönlichen und sozialen Hintergründe haben. Das halte ich für eine ganz wichtige Grundlage der Verständigung.

Dann gab es noch die Frage nach der Autonomie, dass man tatsächlich eine eigene Meinung hat und diese bilden kann. Wir wissen, dass Kinder am Anfang immer die Meinung übernehmen werden, die ihnen von den Eltern oder Erziehern beigebracht wurde, bevor sie anfangen, das infrage zu stellen. Das ist auch eine Frage des Mutes, sich von der Versorgung, vom Schutz, von der

Begleitung der Autoritäten – Eltern, Erzieher, Lehrer usw. – abzugrenzen, um zu eigenen Meinung zu finden. Für mich wäre eine Demokratie-Lehrfach in der Schule, wo solche kontroversen Positionen vorgenommen werden, sinnvoll.

Vorsitzende:

Herr Dr. Maaz, die Frage nach dem Beutelsbacher Konsens ist sehr konkret. Wenn Sie nicht wissen, worum es dabei geht, ist das in Ordnung, weil es nicht im Zusammenhang zu Ihrer Expertise steht. Wie Sie grundsätzlich zur Schule stehen, hat mit der gestellten Frage nichts zu tun.

Nun hatte sich Frau Geis, die die andere Frage gestellt hatte, noch einmal zu Wort gemeldet. Sie möchte ihre Frage vielleicht auch noch präzisieren.

Abgeordnete **Kerstin Geis:**

Nein, ich lege lediglich Wert auf die Klarstellung, dass eine Frage beantwortet wurde, die ich so nicht gestellt habe. Da war so ein Drive enthalten, den ich nicht in Ordnung finde. Ich hatte gefragt, ob Eltern zwingend alternativlos in der frühkindlichen Beziehung sind. Die Konnotation, die dann in der Beantwortung gegeben wurde, war schon eine andere. Das wollte ich klarstellen.

Vorsitzende:

Dann war das nur eine Klarstellung an der Stelle. Die Fragen an Herrn Dr. Maaz haben wir somit abgearbeitet.

Damit kommen wir zu Frau Prof. Dr. Karina Weichold.

Prof. **Dr. Karina Weichold:**

An mich ging auch eine Frage, die jetzt noch einmal dieses Thema aufgreift, ob die frühkindliche Beziehung zu Mutter und Vater alternativlos ist. Diese Frage wurde an uns beide gestellt, an meine Kollegin aus Erfurt und an mich. Dazu möchte ich sagen, dass es natürlich eine Art optimalen Default-Fall gibt. Eltern, Mütter, Väter sind die wichtigsten ersten Bezugspersonen. Insbesondere das frühe Bonding zur Mutter ist ausschlaggebend – das ist in der Entwicklungspsychologie durch sehr, sehr viele Studien bestätigt worden – für die weitere sozio-emotionale Entwicklung. Der Mensch als größter Nesthocker, den es gibt, ist darauf angewiesen, den Schutz, die Zuwendung und die prompte Reaktion insbesondere der Mutter zu haben.

Es gibt aber natürlich auch Fälle, bei denen eine Alternative vielleicht die bessere Lösung ist. Das kann zum Beispiel bei einer Adoption der Fall sein. Vielleicht kann auch eine andere Person eine sehr wichtige Rolle in der Bindungsentwicklung einnehmen. Solche Fälle gibt es.

Insofern würde ich nicht unterstreichen, dass es eine Alternativlosigkeit gäbe. Ich würde eher sagen, dass in bestimmten Situationen auch andere primäre Bindungspersonen sich um die sozio-emotionale Entwicklung auch des ganz kleinen Kindes kümmern können und somit auch

wichtige Weichen für die weitere Entwicklung über Kindheit, Jugendalter und darüber hinaus leisten können.

Des Weiteren passt hierzu noch ein Forschungsinsight zum Thema: Was passiert denn, wenn Mutter oder Vater nicht verfügbar sind und nicht diese essenzielle primäre, frühe und sichere Bindung antreiben können? – Dann kann es zu großen Problemen kommen. Wir wissen das zum Beispiel aus Adoptionsstudien zu sehr schlimmen Kinderheimen in Rumänien. Es gibt eine sehr bekannte Studie von Sir Michael Rutter, die zeigt, dass Kinder, die in den ersten Jahren ihres Lebens enorm emotional vernachlässigt worden sind, wenn sie aus dieser schrecklichen Situation in ein liebevolles Zuhause adoptiert werden, wo sich Erwachsene um sie kümmern, sehr viel aufholen können, was im Vorfeld nicht geleistet wurde. Durch Zuwendung einer Adoptivmutter oder eines Adoptivvaters können kognitive Defizite sehr gut ausgeglichen werden, sodass auch diese Personen ein glückliches Leben führen können. Sicherlich bleiben Narben durch diese frühe Vernachlässigung und auch die sozio-emotionale verläuft nicht so „optimal“, aber dennoch: Resilienz und Wiedergutmachung sind im späteren Entwicklungsverlauf möglich. Das wollte ich zu dieser ersten Frage, ob die frühkindliche Beziehung alternativlos ist und nur von Mutter und Vater entsprechend geleistet werden kann, darlegen. Ich hoffe, das beantwortet auch die Frage.

Weiterhin wurde ich gefragt, was die Enquetekommission eigentlich aus meiner Sicht leisten soll. Das ist ein mega wichtiges Thema. Vielleicht hätte ich mir daher gewünscht, dass in Ihrer Kommission auch Kinder und Jugendliche beteiligt sind und mitzuhören und mit Entscheidungen treffen können sowie ihre Meinung einbringen können. Wenn man tatsächlich Partizipation fördern möchte, geht es um drei wichtige Aspekte. Das wäre jetzt noch einmal eine Zusammenschau dessen, was wir heute gehört haben.

Einerseits geht es darum, dass wir das Treffen von Entscheidungen fördern möchten, wollen und sollen. Dabei spielen zum einen basale Kompetenzen eine Rolle. Denn das gute Treffen von Entscheidungen wird auch von der Weltgesundheitsorganisation als basale Lebenskompetenz von Kindern und Jugendlichen bezeichnet. Das ist also eine der vielen Kompetenzen – dazu gehört auch, einen starken Charakter auszubilden, einen guten Selbstwert zu haben oder mit anderen kommunikativ gut in einen Diskurs zu treten –, die es zu fördern gilt. Das kann nicht nur durch das, was in der Familie geleistet wird, vorangetrieben werden, sondern auch durch schulbasierte Programme. Ich habe sehr viel Forschung dazu betrieben. Wer sich dafür interessiert, kann das gerne nachlesen.

Eben wurde gesagt, es sollte dafür ein Schulfach geben. Es könnte auch ein Schulfach geben, welches Lebenskompetenzen in den Vordergrund stellt oder andere ähnliche Ansätze vereint, wo unter anderem auch die Vorbedingungen für das gute Treffen von Entscheidungen geschaffen werden, dass ich mir Wissen suche, entsprechend aufbereite, vorher Pro und Contra abwägen und mich nicht von anderen unter Druck setzen lasse, was gerade bei Jugendlichen besonders wichtig ist. Jugendliche können in der Regel in relativ neutralen Situationen sehr gut Entscheidungen treffen, aber sobald das Peer-Umfeld, andere Jugendliche – auch nur imaginierend, wenn sie sich das also auch nur vorstellen – sie sehen, beobachten oder sie im digitalen Raum für ihre

Entscheidung bewerten können, verhalten sie sich anders. Das Potenzial einerseits, gute Entscheidungen zu treffen, andererseits diese soziale Situation im Jugendalter in Betracht zu ziehen, werden bei solchen Trainings zur Lebenskompetenzförderung adressiert. Insofern halte ich das für eine gute Strategie, um in Zukunft damit umzugehen. Schule und die Gemeinschaft sollten Optionen bieten, zu partizipieren. Auch die Politik sollte das tun und die Rahmenbedingungen schaffen. Das ist nicht nur entwicklungspsychologisch so gewollt und gewünscht, wie man weiß, wenn man das Modell der positiven Jugendentwicklung kennt, sondern davon profitieren die Person und auch die Gesellschaft.

Ich glaube, Ihre Enquetekommission sollte solche Entscheidungen und die Bereitstellung von Ressourcen, die dafür erforderlich sind, vorantreiben. Das würde ich mir wünschen.

Vorsitzende:

Damit sind alle Fragen aus Runde 1 beantwortet worden.

Gibt es weitere Fragen? – Dann eröffne ich die zweite Fragerunde und blicke in Richtung CDU.

Prof. Dr. Matthias Friehe:

Frau Dr. Lindow hat aus meiner Sicht noch einmal ein wichtiges Stichwort geliefert, nämlich Präferenzstabilität. Dabei geht es auch um die Frage: Kann ich aus meinen Präferenzen ableiten, was die entsprechenden Handlungsoptionen sind, die zu meinen Präferenzen führen?

Mich würde interessieren: Gibt es in der empirischen Politikwissenschaft solide Studien zur Präferenzstabilität bei Wählern, insbesondere bei jüngeren Wählern und im Vergleich nach Altersgruppen? Welche Studienlage gibt es zur Stabilität, welche Präferenzen ich habe, insbesondere in den Altersgruppen, die Sie hervorgehoben haben? Gibt es auch Studien, die nicht nur Wissen abfragen, ob diese beispielsweise einen Politiker kenne oder Wissen zum politischen System haben, sondern die ermitteln, ob man in der Lage ist, aus den eigenen Präferenzen eine Wahlentscheidung abzuleiten? Wie könnte man so etwas überhaupt untersuchen?

Abgeordnete Sabine Bächle-Scholz:

Meine Frage geht an Frau Prof. Dr. Weichold. Sie haben verschiedene Faktoren beleuchtet, die für die Entscheidung von Jugendlichen, ob sie zur Wahl gehen, bedeutend sind. Ich gebe das Stichwort „Demokratiezufriedenheit und Sozialraum“ vor. Könnten Sie vielleicht erläutern, warum die Demokratiezufriedenheit bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern geringer ausgeprägt ist als bei Jugendlichen in den alten Bundesländern?

Abgeordnete Christin Ziegler (Schwalm-Eder):

Ich habe eine Frage an Frau Dr. Lindow. Sie erwähnen unter anderem interindividuelle Unterschiede. Bestehen empirische Anhaltspunkte, dass die individuelle Entscheidungsreife mit sozioökonomischen Faktoren zusammenhängt?

Abgeordneter Gerhard Bärsch:

Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Dr. Ahlrichs. Sie haben die Herausforderungen der Selbstwirksamkeitserfahrung angesprochen, dass Ergebnisse auch schnell an Jugendliche zurückgekoppelt werden müssen. In diesem Kontext möchte ich noch etwas fragen. In Kinder- und Jugendparlamenten werden häufig Anliegen und Anträge formuliert, die aus Sicht der jungen Menschen dringend und nachvollziehbar sind, in den kommunalen Gremien dann aber häufig an rechtlichen, finanziellen oder politischen Grenzen scheitern. Auch wenn die Anliegen prinzipiell anerkannt werden, bleibt für die Kinder und Jugendlichen oft das Gefühl, dass ihre Beteiligung symbolisch bleibt und in der politischen Praxis wenig bewirkt. Wie bewerten Sie dieses Spannungsfeld? Welche Strategien gibt es, um die Erwartungen der jungen Menschen realistisch zu begleiten, ohne sie zu demotivieren, und gleichzeitig sicherzustellen, dass politisches Engagement nicht zur Quelle von Frustration wird, sondern zu einer handlungsorientierten Demokratieerfahrung?

Lothar Mehlhose:

Ich habe zwei Fragen. Die erste richtet sich an Frau Dr. Lindow und Herr Prof. Dr. Ahlrichs. Gibt es Studien dazu, ob Kinder und Jugendliche Scheinpartizipation erkennen können, im Vorhinein und im Nachhinein?

Die zweite Frage geht an Frau Dr. Lindow, die stark mit dem Rational-Choice-Ansatz argumentiert hat. Dazu gehört auch die Nutzenmaximierung sozialer Anerkennung und sozialer Zugehörigkeit. Inwieweit gibt es Erkenntnisse darüber, ob bei Kindern dazu eine massive Gefahr der Manipulation besteht?

Abgeordnete Nadine Gersberg:

Ich habe noch eine Frage an Frau Prof. Dr. Weichold. Es geht um die Studie, die Sie zum Thema Freizeit durchgeführt haben. Wir haben, als wir zu Gast bei der Enquetekommission in Mecklenburg-Vorpommern waren, einen ähnlichen Vortrag gehört. Die Psychologin hat gesagt, dass diese strukturierten Freizeitangebote besonders wichtig für Depressionsbekämpfung sind, dass sie gegen das Auftreten von Depressionen bei Kindern und Jugendlichen wirken. Ihr war es wichtig, dass das außerhalb der Schule stattfindet. Nun steht der Ausbau der Ganztagschulen an. Viele berichten, dass außerschulische Aktivitäten schwieriger umzusetzen sind, weil Kinder und Jugendliche müde sind, wenn sie am Nachmittag nach Hause kommen. Wie wichtig ist es, dass das wirklich außerschulisch stattfindet? Ist es auch gut, wenn es diese Angebote innerhalb der Schule gibt?

Reiner Jäkel:

Ich habe auch eine Frage an Frau Prof. Dr. Weichold. Bei dem Vortrag von Herrn Dr. Maaz ist bei mir stark der Eindruck entstanden, es solle vermittelt werden, dass extremistische Einstellungen fast schon kausal auf frühkindliche Traumata und auf Frühfrustrationen zurückzuführen sind

und dann auch nicht mehr bearbeitet werden können. Jetzt ist es so, dass wir gerade in Partizipationsprojekten sehr oft jungen Menschen im Alter von 16 bis 18 Jahren begegnen, die schon ein sehr gefestigtes extremistisches Weltbild oder sehr gefestigte extremistische Einstellungen haben. Meine Frage an Sie, die Sie vielleicht eine andere Sichtweise auf die Thematik haben, ist: Wie kann das bearbeitet werden? Wie können gerade Partizipationsprojekte und Beteiligungsformate damit umgehen?

Abgeordnete Julia Herz:

Ich habe zwei Fragen. Die erste richtet sich sowohl an Herrn Prof. Dr. Ahlrichs als auch an Frau Prof. Dr. Weichold. Frau Prof. Dr. Weichold hat den Teilhabeatlas in ihrer Präsentation gezeigt. Auf der Karte war sehr deutlich zu sehen, dass gerade der Süden Deutschlands durch erheblich weniger Teilhabehürden gekennzeichnet ist als alles, was nördlich davon kommt. Was macht der Süden anders? Was gibt es für Beispiele aus anderen Bundesländern, von denen Sie sagen können, dass sie für Hessen auch geeignet wären – auch unabhängig von der Tatsache, dass Baden-Württemberg und Bayern über eine wirtschaftliche Stärke verfügen, die sich bei der Bevölkerung widerspiegelt? Vielleicht gibt es darüber hinaus noch Erkenntnisse, die uns helfen.

Die zweite Frage geht an Frau Prof. Roßteutscher. Sie haben viel über Wahlalter und Wahlaltersabsenkung gesagt. Das ist sicherlich ein wichtiger und richtiger Schritt. Was haben Sie darüber hinaus noch an Vorschlägen, was die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen anbelangt? Die Kinder und Jugendlichen von null bis 14 – auch wenn wir von dem ausgehen, was Sie gesagt haben – stellen auch eine Altersspanne dar, die beteiligt werden will und auch soll.

Abgeordnete Wiebke Knell:

Ich stelle nur eine Frage und das auch an Frau Prof. Roßteutscher. Wie können wir Beteiligungsformate konkret so ausgestalten, dass sie auch Jugendliche erreichen, die sich nicht bereits in einer Institution engagieren?

Vorsitzende:

Dann starten wir mit der Antwortrunde. Wir beginnen mit Frau Prof. Dr. Karina Weichold.

Prof. Dr. Karina Weichold:

Die erste Frage bezog sich auf eine meiner Folien zur Demokratiezufriedenheit und den Befunden der Shell-Studie. Grundsätzlich ist ein relativ hohes Staatsvertrauen bei den jungen Leuten in Deutschland gegeben, aber die Demokratiezufriedenheit ist bei den Jugendlichen, insbesondere im Osten, etwas abgeflacht. Aktuell stimmen im Westen 77 % zu, im Osten sind es 60 %, also 17 Prozentpunkte weniger. Das ist kein sehr großer Unterschied, aber es ist ein Trend, den wir beobachten. Diesen Trend erkennen wir nicht nur anhand der Shell-Studie, sondern auch anhand anderer Panel-Erhebungen, die sich mit politischen Einstellungen und politischer Bildung beschäftigen. Wir beobachten das dort gleichermaßen.



Als Erklärung: Dieses Ergebnis, dieser Trend ist natürlich multifaktoriell zu begründen. Dazu werden verschiedene Diskussionen geführt. Beispielsweise bezieht man sich darauf, dass im Osten der Effekt des eigenen Handelns als geringer eingeschätzt wird und auch der eigene Handlungsspielraum als geringer eingeschätzt wird. Man vermutet, dass das mit für diesen Effekt verantwortlich ist. Aber, wie gesagt, das ist multifaktoriell, und das würde zu viel Zeit einnehmen, um das an dieser Stelle näher zu ergründen. Dazu gibt es eine Reihe an Publikationen, die man dazu einsehen kann.

Die zweite Frage, die Sie mir gestellt haben, bezog sich auf die Freizeit. Sie haben berichtet, dass solche Programme auch im Rahmen der Prävention von Depressionen diskutiert wurden. In der Tat ist es so – vielleicht haben Sie noch meine Folien im Hinterkopf –, dieses Modell der positiven Jugendentwicklung, was ich Ihnen vorgestellt habe, hat nicht nur einerseits als Ergebnis, dass sich junge Menschen in die Gesellschaft einbringen und partizipativ tätig werden, Verantwortung für sich, für ihre Freunde, Familie und andere übernehmen, sondern das geht zeitgleich mit geringerem Problemverhalten sowie einer besseren Gesundheit einher. Ich habe auch ausgeführt, dass gerade die Freizeitaktivitäten – dazu gibt es sehr viel Forschung – entwicklungsfördernd sind. Damit unterstreiche ich natürlich auch, dass sie auch bei psychosozialen Problemen einen guten Beitrag leisten können. Das belegen auch Studien.

In dem Kontext haben Sie gefragt, ob diese Angebote unbedingt außerhalb der Schule angeboten werden müssen oder ob sie auch bei der Schule angedockt sein können. Ich würde sagen, die Funktion kann auf beiden Wegen erfüllt werden. Dafür gibt es, wie ich in der Präsentation dargestellt habe, Kriterien, welche Art von Freizeitangeboten und entwicklungsfördernden Angeboten effektiv sind. Mir ist keine Studie bekannt, die besagt, dass diese Programme unbedingt außerhalb oder aber auch innerhalb der Schule erfolgen müssen. Ich denke, ein guter Mix ist vollkommen in Ordnung, solange die ausschlaggebenden Kriterien von solchen Angeboten gewährleistet sind, nämlich sollten sie strukturiert sein, die Teilnehmenden sollten intrinsisch dazu motiviert sein und es sollen neue Lernerfahrungen gemacht werden, die dann das gesamte Kompetenzportfolio der jungen Menschen anreichern. Das ist der Mechanismus, aufgrund dessen diese Freizeitangebote so umfassend eine positive Entwicklung vorantreiben.

Die dritte Frage bezog sich auf Extremismus, zum Beispiel in der politischen Haltung, ob Extremismus immer das Resultat frühkindlicher Verletzungen darstellt. Ich würde sagen, frühkindliche Verletzungen können ein wichtiger Einflussfaktor sein. Herr Dr. Maaz und ich kommen aus ganz unterschiedlichen psychologischen Schulen. Bestimmte Themen werden da anders gelabelt und es werden andere Begriffe verwendet. Prinzipiell würde ich sagen: Ja, die frühe Bindung und frühe Erlebnisse spielen eine Rolle. Vielleicht tun sie das auch für politische Bildung. Letztendlich entwickeln wir uns aber in einem dynamischen Wechselspiel mit unserer Umwelt. Es kommen immer neue Erfahrungen über die frühkindliche Phase hinaus noch dazu, die einen jungen Menschen formen und dann bedingen, welche politische Haltung und welches Engagement er oder sie am Ende des Tages zeigt. Das heißt: Im Zuge der lebenslangen Entwicklung machen wir immer wieder neue Erfahrungen, die unser Portfolio anreichern. Insofern sage ich: Ja, zum Teil spielen diese frühen Erfahrungen eine Rolle. Wir wissen auch aus der Entwicklungsforschung, dass frühes Bonding, eine sichere Bindung ein sehr großer Schutzfaktor gegen so vieles, was so

später im Leben noch kommen kann, ist. Aber das, was in den ersten Jahren angeregt wird, ist nicht in Stein gemeißelt, sondern wir können immer neue Erfahrungen machen, in neuen anderen sozialen Beziehungen, die uns dann auch selbst beeinflussen. Je älter wir werden, umso mehr suchen wir uns natürlich unsere Umwelten aus. Wenn ich in früher Jugend schon bestimmte Einstellungen habe, werde ich mir dann auch mit erhöhter Wahrscheinlichkeit zu diesen Einstellungen passend Personen suchen, mit denen ich Zeit verbringe und die mich dann im Wechselspiel wieder beeinflussen.

Das ist ein komplexes Zusammenspiel. Die Story ist komplizierter, als der Eindruck vielleicht entstanden ist. Meine Antwort dazu lautet: Extremismus ist nicht zwingend das Resultat von frühkindlichen Verletzungen, sondern da kommen viele andere Faktoren noch hinzu.

Schließlich bin ich nach dem Teilhabeatlas gefragt worden. Den Teilhabeatlas habe ich explizit in den Mittelpunkt gestellt, um Ihnen zu zeigen, dass nicht nur das, was die Schule leisten kann – oder was wir auch im Kleinen leisten können –, von Bedeutung ist, sondern dass auch makrokontextuelle Merkmale sehr stark regulieren, ob sich junge Menschen in die Gesellschaft einbringen. Das betrifft nicht nur Wahlen, sondern auch das Engagement für andere: alten Menschen helfen, sich freiwillig engagieren für eine Kommune, in einem Verein usw. – Da spielt natürlich eine Rolle, welche kontextuellen Gegebenheiten, welche Traditionen es zum Beispiel gibt, anderen Menschen zu helfen, und ob es überhaupt positiv von der Gesellschaft wertgeschätzt wird.

Eben sind die Besonderheiten des Südens zur Sprache gekommen, warum im Süden auf der Grafik so viel grün ist, warum die Landkreise im Teilhabeatlas also als so besonders teilhabefreundlich charakterisiert worden sind. Natürlich geht es dabei nicht nur um den Snapshot, wie wir Kinder und Jugendliche generell in diesen Landkreisen heute unterstützen, sondern das hat auch eine Geschichte. Genauso können Berlin, Dortmund, Halle und Saarbrücken einfach aus ihrer Position heraus vielleicht im Vergleich zu anderen Orten in Deutschland Jugendlichen weniger Möglichkeiten bieten, sie zu beteiligen. Das liegt zum einen an Unterschieden bei der Bildung, bei der Kinderarmut und den Aspirationen verschiedener Regionen. Sie können sich gerne selbst noch in den Teilhabeatlas einlesen. Diese Hürden, die strukturell gegeben sind, pflanzen sich über Generationen fort, wenn die Kommunen und Politik nicht direkt dort ansetzen und explizit versuchen, Jugendliche in den Mittelpunkt zu rücken. Andernfalls wird das eine längerfristige Färbung unseres Landes bleiben, wenn wir da nicht aktiv werden.

Ich hoffe, ich habe alle Fragen adressieren können, die Sie mir gestellt haben. Wenn nicht, können Sie mich gerne im Nachgang auch kontaktieren.

Vorsitzende:

Ich würde gerne mit Blick auf die Uhr einen Vorschlag machen. Wenn gleich noch Fragen offen sein werden, müssten wir diese über die Kommissionsgeschäftsführung sammeln, im Nachgang den Sachverständigen zuleiten und die Antworten wiederum über die Geschäftsführung an die Enquete zurückspielen lassen.

Dr. Stefanie Lindow:

Meine Antwort auf die Fragen, die Sie mir gestellt haben, fällt leider sehr kurz aus. Allesamt waren es Fragen nach weiteren empirischen Befunden, zum Einfluss sozioökonomischer Faktoren und zum Erkennen von Scheinpartizipation und Manipulation durch Kinder.

Zur Scheinpartizipation und Manipulation muss ich sagen: Aus der experimentellen Forschung sind mir keine Befunde bekannt, die diese Fähigkeiten von Kindern experimentell untersucht haben.

Zu den sozioökonomischen Faktoren ist es so, dass ich auf theoretischer Ebene einige Entscheidungsmodelle kenne, die davon ausgehen würden, dass hier ein Einfluss gegeben ist. Empirische Befunde liegen mir dazu nicht vor. Das ist auch ein Grund, warum wir unser aktuelles Forschungsprojekt, unser KEEP-Panel aufgebaut haben. Wir denken, genau da werden empirische Befunde benötigt. Wir hoffen, dass wir das in Zukunft liefern können. Aktuell weiß ich das nicht.

Prof. Sigrid Roßteutscher:

Zur Frage der Präferenzstabilität seitens der CDU. Ich habe gesagt, die jungen Menschen sind volatil. Da wird häufiger gewechselt. Das ist auch ganz normal. Im Erwachsenwerden ändern sich Präferenzen. Ich glaube, Stabilität haben wir frühestens so mit 30. Das gilt nicht nur für die 16-Jährigen. Sie kennen den Spruch von Karl Valentin: Wer mit 20 nicht links ist, hat kein Herz. Wer mit 40 noch links ist, hat kein Hirn. – Sie haben dann einen ökonomischen Druck und andere Ansichten. Daher ist es völlig normal und wichtig, dass Menschen ihre Präferenzen ändern, wenn sie mit der Realität in Berührung kommen.

Korrektes Wählen. Die Frage, ob die Leute, wenn sie Präferenzen haben, dann auch die richtige Partei wählen. Beschäftigen Sie sich doch einmal mit der Literatur zu „correct voting“. Das ist so ein Forschungszweig, den ich merkwürdig finde, weil es so super normativ ist. Ein plakatives Beispiel: Ein Arbeiter, der eigentlich für Sozialstaat und die Rente ist, wählt AfD. – Aus Ihrer Sicht ist das komplett falsches Wählen. Das ist so eine marxistische Idee des falschen Bewusstseins. Wie genau wollen Sie definieren, was korrekt ist? Menschen haben so viele Präferenzen, zum Teil auch widersprüchliche. Dann gibt es Klimaprobleme und auf einmal ist das Klima super wichtig, dann gibt es die Migrationsdebatte. Was ist korrekt und was ist falsch? Die Debatte empfinde ich als schwierig.

Dann habe ich noch Fragen von GRÜNEN und FDP bekommen, die eine ziemlich ähnliche Stoßrichtung haben, nämlich was man noch machen kann. Da möchte ich noch einmal betonen: Natürlich gibt es noch andere Dinge, die man machen kann, aber das Wahlrecht ist die Mutter aller Partizipationsformen. Sie können ganz viel machen, aber warum setzen Sie nicht gleich dort an, wo es wirklich richtig, wichtig und zentral ist?

Dann zur Frage der FDP, wie wir die Leute, die weg sind, wieder einbinden. Alles, was auf Freiwilligkeit beruht, ist Quatsch. Wir brauchen Losverfahren, Mini-Publics. Bezahlt die Leute, damit sie einen Anreiz haben. Ich kenne das aus den Bürgerhaushalten in Mannheim: Wenn Sie auf Freiwilligkeit setzen, kommen immer die gleichen Leute. Bei Freiwilligkeit bekommen Sie die

hochgebildete Stadelite und den Rest bekommen Sie nicht. Man muss über Rekrutierung nachdenken. Das ist das Stichwort.

Ich bin lange immer einmal wieder bei der SPD gewesen, weil die hart getroffen sind von diesen Aspekten, die ich vorgestellt habe; denn die ehemaligen SPD-Hochburgen sind heute Nichtwähler-Hochburgen. Die SPD versteht das nicht. Natürlich versteht ihr das nicht, weil ihr selbst alle hoch gebildet seid, nicht in diesen Stadtteilen wohnt und keine Leute mehr habt, die dort reinkommen und adäquat kommunizieren können. Entweder ihr bringt euch wieder sichtbar in diese Stadtteile ein oder es ist weg und verloren.

Prof. Dr. Rolf Ahlrichs:

Die erste Frage ging in Richtung Selbstwirksamkeitserfahrung in Jugendparlamenten beziehungsweise wie wir damit umgehen, wenn die Entscheidungen dann nicht im jeweiligen Gremium weiterverfolgt werden können oder es einfach dauert. Wir wissen aus der Jugendparlamentsforschung, aber auch aus Jugenndialogen, Jugendkonferenzen und ähnlichen Veranstaltungen, dass das Personal ein Schlüssel ist. Bei den Jugendparlamenten funktioniert das ganz gut. Bei den offenen Formaten ist das anders. Wir haben auf Landkreisebene relativ viele Jugendreferentinnen und Jugendreferenten, die das zusätzlich zu ihrem eigentlichen Job durchgeführt haben. Zum Teil geschah das auch durch Landes- beziehungsweise Kreisjugendringe. Dieses „on-top“ birgt natürlich die Gefahr in sich, dass die personelle Stabilität nicht gegeben ist. Personal, das in den Kommunen, Landkreisen usw. die Jugendbeteiligung und die Jugendlichen begleitet und dafür auch Kapazität hat, ist ganz entscheidend, um solche Prozessen erklären, zurückspiegeln und diskutieren zu können, damit das keine Ohnmachtserfahrung wird, sondern damit es eingeordnet und als Bildungsprozess reflektiert wird. Das ist letztlich das, was ich zu den Jugendverbänden genannt habe. Die Reflektion der Partizipationserfahrung ist ein ganz wichtiges Element. Das hat der Kinder- und Jugendbericht betont. Ich glaube, das muss man sich bewusst machen; denn das hat etwas mit Personal und Kosten zu tun.

Zu Studien zur Erkennung von Scheinpartizipation hat Frau Dr. Lindow schon etwas gesagt. Mir ist auch keine bekannt. Ich glaube, die Fähigkeit, das vor der Partizipation zu erkennen, zu untersuchen, ist auch schwierig. Wir hatten es vorhin schon: Jugendliche sind nicht doof. Wenn sie erkennen, dass es Scheinpartizipation ist, werden sie nicht hingehen. Zum Nachhinein kommen viele Studien, die aber nicht explizit dieser Frage nachgegangen sind, zu der Erkenntnis, dass der Frust dann entsteht, wenn die Jugendlichen das Gefühl haben, überhaupt nicht darüber informiert zu sein, was danach aus ihren Ideen geworden ist.

Die Frage nach Baden-Württemberg als besonders Feld. Dazu hat Frau Prof. Dr. Weichold schon etwas gesagt. Als wir damals mit den Landkreisen angefangen haben, war ich nur so am Rande beteiligt, haben wir uns tatsächlich andere Modelle angesehen. Vorbilder waren beispielsweise Friesland und der Vogelsbergkreis. Sie lagen also gar nicht in Süddeutschland. Die hatten wirklich gut funktionierende Jugendparlamente mit einer starken Kontinuität und einer direkten Anbindung an Landrätinnen und Landräte beziehungsweise an den Landkreistag. Es gibt also gute Beispiele, Land auf, Land ab. Im Moment kann ich Ihnen aus dem Stegreif nicht konkret einige Landkreise

oder Kommunen nennen, aber neben dem Teilhabeatlas wäre hierzu auch der Engagementbericht hilfreich. Das sind hilfreiche Quellen.

Abschließend würde ich zu der Frage sagen: Was hilft, sind eine starke zivile Gesellschaft, eine breite Landschaft an Kinder- und Jugendinstitutionen, Jugendhäuser und mobile Jugendarbeit. Eine Angebotsbreite ist auf jeden Fall förderlich. Vielleicht ist das für Sie als Enquetekommission wichtig: Etwas für den Erhalt dieser Freiräume für Kinder und Jugendliche tun. Ich werde immer hellhörig, wenn wieder etwas in Richtung Schule delegiert werden soll. Für mich klingt das immer so, als würde man die Zeit, die Kinder und Jugendliche in der Schule verbringen, immer weiter erhöhen wollen. Das reduziert aber die Zeit, die in Jugendhäusern, Vereinen usw. verbracht werden kann. Also Vorsicht: Wir brauchen auch im Kindes- und Jugendalter eine starke Zivilgesellschaft, eine Breite und eine Vielfalt an Angebotsformen.

Vorsitzende:

Gibt es noch Fragen? – Ja. Ich hatte vorhin gesagt, dass wir die verbleibenden Fragen schriftlich einreichen wollen. Das wäre dann der Weg.

Damit sind wir am Ende dieser öffentlichen Anhörung. Ich bedanke mich bei allen für die rege Teilnahme an der Diskussion. Insbesondere bedanke ich mich natürlich bei unseren Anzuhörenden für all das, was Sie uns herein- und mitgegeben haben.

(Allgemeiner Beifall)

Alle Fraktionen haben mir signalisiert, dass wir keine Punkte unter Verschiedenes zu beraten haben. Dann bitte ich erneut, noch offene Fragen an die Kommissiongeschäftsführung zu übermitteln, damit diese dort gesammelt werden können. Die Sitzung ist geschlossen.

Wiesbaden, 10. September 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Maximilian Sadkowiak

Cirsten Kunz-Strueder

Anlagen

- Fragen der Fraktionen an die Sachverständigen
- Schriftliche Stellungnahme der Landesregierung
- Präsentationen der Sachverständigen

**Fragestellungen zum Thema
Sozialpsychologie des Beteiligungsbedürfnisses**

Fraktion der CDU

1. Welches kognitive Fähigkeitenniveau muss für eine effektive Partizipation vorhanden sein?
2. Welches kognitive Fähigkeitenniveau kann sich durch effektive Partizipation noch entwickeln?
3. Gibt es wiederkehrende Muster von kognitiven Verzerrungen, die im Entscheidungsverhalten von Kindern und Jugendlichen zu beobachten sind
4. Gibt es empirische Anhaltspunkte, ob Kinder und Jugendliche eine generationenspezifische Gruppenidentität ausprägen und in welchen Altersklassen sie wieder nachlässt?
5. Bestehen statistisch signifikante Differenzen der Partizipationseffekte zwischen verschiedenen Altersgruppen?

Fraktion der SPD

1. Können Teilhabe, Beteiligung, Mitgestaltung und Partizipation als Grundbedürfnisse von jungen Menschen beschrieben werden?
2. Welche Formen der Partizipation können unterschieden werden und welche unterschiedlichen Wirkungen oder Effekte können beschrieben werden?
3. Welche Effekte, einer gelungenen Partizipation junger Menschen können beschrieben werden? Welche Auswirkungen einer fehlenden, nicht ausreichenden oder nicht erfolgreichen Partizipation junger Menschen können beschrieben werden?
4. Welche Bedeutung hat Partizipation für junge Menschen heute?
5. In welchem Verhältnis steht das Erleben von Engagement, gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation junger Menschen und ihre (Bildungs-)Biografie und ihre gesellschaftliche Einstellung?

Fraktion der AfD

1. Welche psychologischen Grundbedürfnisse sind nach aktueller Forschung entscheidend dafür, dass junge Menschen intrinsisch motiviert sind, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen?
2. Inwiefern unterscheidet sich das Beteiligungsbedürfnis zwischen verschiedenen Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen, und welche entwicklungspsychologischen Faktoren sind dabei ausschlaggebend?
3. Welche sozialpsychologischen Barrieren führen dazu, dass sich bestimmte Gruppen von Jugendlichen weniger an demokratischen Prozessen beteiligen, und wie können diese überwunden werden?
4. Gibt es Anzeichen dafür, dass der Demokratiebegriff abseits seiner Definition in Schule, Ausbildung und Studium gegenüber Kindern und Jugendlichen als Mittel zur (partei)politischen Auseinandersetzung verwendet wird?
5. Wenn ja, welche Entwicklungen sind dabei in den vergangenen Jahren zu beobachten und wie reagieren Kinder und Jugendliche darauf?

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Kann man von einem (Grund-)Bedürfnis nach Beteiligung sprechen und wenn ja, wie lässt sich aus sozialpsychologischer Sicht erklären, dass der Wunsch nach Beteiligung bei verschiedenen Gruppen junger Menschen unterschiedlich ausgeprägt ist?
2. Welche Barrieren/Hindernisse halten Kinder und Jugendliche aus sozialpsychologischer Sicht davon ab, sich zu beteiligen und welche Rolle spielen dabei negative Vorerfahrungen, z.B. Scheinbeteiligung, sowie das Verhalten und Agieren von Erwachsenen und Institutionen?
3. Wie wirken sich unterschiedliche Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen (z.B. Geschlecht, Alter, Herkunft, sozioökonomische Situation, Bildungsgrad, Behinderungen etc.) auf deren Bedürfnis nach Beteiligung als auch auf die faktische Beteiligung aus?
4. Wie wirkt sich gelungene/wirksame Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf deren individuelle Entwicklung und deren weitere soziale Aktivitäten/Einbindung aus?
5. Wie müssen Beteiligungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen aus sozialpsychologischer Sicht ausgestaltet sein bzw. welche Bedingungen müssen verschiedene Formen der Beteiligung auf unterschiedlichen Ebenen (Land, Kommune, Schule, Kita, Kinder- und Jugendhilfe etc.) erfüllen, damit sie dem Beteiligungsbedürfnis von Kinder und Jugendlichen gerecht werden?

Fraktion der Freien Demokraten

1. Welche kognitiven und emotionalen Voraussetzungen zur politischen Urteilsbildung sind bei Jugendlichen im Alter von 14, 16 und 18 Jahren typischerweise gegeben – und wo sehen Sie Entwicklungsgrenzen?
2. Welche Bedeutung messen junge Menschen der politischen Repräsentation bei?
3. Inwiefern beeinflusst der soziale Hintergrund die Bereitschaft und Fähigkeit Jugendlicher zur politischen Teilhabe?
4. Was sagt die Forschung über die Anfälligkeit Jugendlicher für extremistische politische Positionen?
5. Welche wissenschaftliche Relevanz wird der Hufeisentheorie im Kontext politischer Einstellungen Jugendlicher zugeschrieben?



Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales
Postfach 31 40 · 65021 Wiesbaden

Hessischer Landtag
Bereich Ausschussgeschäftsführung
Herrn Sadkowiak
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Aktenzeichen

Bearbeiter/in: Frau Jana Jeuck
Durchwahl: (06 11) 3219-3121
Fax: (06 11) 32719-

E-Mail: parlament@hsm.hessen.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:

Datum: August 2025

Fragen an die Landesregierung bzgl. EKJ-Anhörung am 03.09.2025

Sehr geehrter Herr Sadkowiak,

bezugnehmend auf Ihre Mail vom 14. August 2025 erhalten Sie nachstehend die Antworten auf die Fragen der Fraktion der SPD.

1. Inwieweit ermöglicht das Kinder- und Jugendrechte-Monitoring in Hessen Erkenntnisse über die Bedürfnisse von jungen Menschen, an Entscheidungen in verschiedenen Lebensbereichen beteiligt zu werden?

Das Monitoring der Kinderrechte ist ein indikatorengestütztes Verfahren, das die staatlichen Bemühungen zur Umsetzung der Kinderrechte misst. In einem ersten Zwischenbericht zum Startpunkt „Beteiligung“ ist ein Indikator, Rückmeldungen junger Menschen einzuholen auf der sog. „Ergebnisebene“. Dabei wurden Selbst- und Interessenvertretungen als Konsultationsgruppen befragt und junge Menschen über 14 Jahren landesweit zu einer „Kinderrechte-Werkstatt“ eingeladen, bei der an zwei Tagen zu dieser Frage gearbeitet wurde. Diese Rückmeldungen sind in die Gesamtauswertungen eingeflossen.



Das Verfahren „Monitoring“ selbst ermöglicht also Beteiligung. Es ist vor allem ein Instrument, das von staatlichen Institutionen und der Politik berücksichtigt werden sollte, um die Befunde und Empfehlungen daraus umzusetzen.

2. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung aktuell und in welchen thematischen Bereichen, um das Bedürfnis junger Menschen nach Partizipation zu unterschützen? Wie schätzt die Landesregierung in dem Zusammenhang dieses Bedürfnis ein?

Das Bedürfnis von jungen Menschen nach Partizipation wird seitens der Landesregierung als hoch eingeschätzt und entspricht dem Bildungsleitbild, junge Menschen dazu zu befähigen auf Grundlage von Kompetenzen ihre Lebenswirklichkeit mitgestalten zu können. Auch aus diesem Grund wurde das Thema Jugendbeteiligung auch als Förderschwerpunktthema aufgenommen und findet ihren Ausdruck in einer Vielzahl von Maßnahmen, die auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit zum Ausdruck kommen.

Mit dem Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen (BEP) verfügt Hessen über eine bildungstheoretische und -philosophische Grundlage mit praktischen Umsetzungsformaten, die das Kind mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt. Kinder stark und resilient zu machen, ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung zu bringen, ist oberstes Ziel ihrer Bildung. Teilhabe- und Chancengerechtigkeit sind die Grundpfeiler. Dem BEP liegt die Überzeugung zu Grunde, dass Kinder ein Recht auf umfassende Mitsprache und Mitgestaltung bei ihrer Bildung und allen weiteren Entscheidungen, die sie betreffen, haben.

Die Landesregierung verfolgt dieses Ziel mit verschiedenen Aktivitäten, Maßnahmen und Projekten, die aufeinander aufbauen und ineinandergreifen, um Kinder stark und resilient zu machen und dafür zu sorgen, dass sie gesund aufwachsen – und das schon in der frühen Bildung

In Hessen besteht daher eine Vielzahl an Förderungen und Unterstützungen, die Beteiligung oder die Förderung von Beteiligung als Grundlage haben und sich an den

Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung „Mitwirkung mit Wirkung“ vom Bund orientiert. Diese Förderungen erfolgen teils bereits durchgehend seit vielen Jahren, ordnen sich in die Ziele des Nationalen Aktionsplans Kinder- und Jugendbeteiligung der Bundesregierung (NAP) für Kinder- und Jugendbeteiligung ein und werden sukzessive fortentwickelt. Konkrete Förderung von Partizipationsprojekten

Landesaktionsprogramm Partizipation

Regelmäßige Ausschreibung von sogenannten Landesaktionsprogrammen Partizipation zur Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Arbeitsformen der außerschulischen Jugendbildung. Das gerade abgeschlossene Aktionsprogramm hatte das Thema „Zwischen Einbringen und Ausprobieren – Beteiligung und (Frei-)räume für Partizipation und Demokratie“ und ein Fördervolumen von 1,6 Millionen Euro über drei Jahre (2022-2024) mit 19 Projekten und wissenschaftlicher Begleitung inklusive eines Fachtages, Abschlussbericht und Empfehlungen zur Weiterentwicklung. Aktuell ist das neue Aktionsprogramm mit dem Titel „Jugend macht Politik – Partizipation ermöglichen“ ausgeschrieben. Die Ausschreibung findet sich hier: https://soziales.hessen.de/sites/soziales.hessen.de/files/2025-07/foerderaufruf-jap_2026-2028_projekte.pdf. Antragsfrist ist der 31.01.2026.

Beratungsstelle Kommunale Jugendbeteiligung

Angesiedelt beim Hessischen Jugendring mit folgenden Aufgaben:

- Beratung von Jugendlichen in Selbstvertretungsorganisationen, Fachkräften, Verwaltung und politisch Entscheidenden
- Informationen und Methoden zu unterschiedlichen Formaten von Kinder- und Jugendbeteiligung (Homepage, Videos, Handouts)
- Fach- und Vernetzungsveranstaltungen
- Evaluation der Arbeit der Beratungsstelle.

HOP- Landesjugendkongress

Hat in Kooperation mit dem Hessischen Jugendring und dem Hessischen Landtag stattgefunden. 120 junge Menschen (zw. 14 – 25 Jahren) diskutierten 3 Tage (04.-06.11.2024) im Hessischen Landtag. Am 31.8./ 1.9.2025 findet die Follow-up-Veranstaltung statt, 2026 der nächste Landesjugendkongress.

Jährliche Förderung des Landesheimrates Hessen

Der Landesheimrat Hessen ist ein Selbstvertretungsgremium, das sich für die Umsetzung, Weiterentwicklung und Etablierung der Kinder- und Jugendrechte in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe in Hessen einsetzt. Geplant ist die Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsführung des Landesheimrats.

Beteiligungswerkstatt für Jugendliche aus stationären Einrichtungen

Jährliche Durchführung einer fünftägigen Beteiligungswerkstatt für Jugendliche aus stationären Einrichtungen.

Hessische Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen

Erstmals 2024 Projektförderung der Hessischen Union zur Stärkung von Kinder- und Jugendinteressen (HUSKJ). Ein „selbstorganisierter Zusammenschluss zur Selbstvertretung“ nach § 4a SGB VIII und Dachorganisation einiger hessischer Kinder- und Jugendparlamente.

Förderung der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte e.V., Frankfurt (gemäß § 9a SGB VIII)

Ländermonitorings zum Umsetzungsstand der Kinderrechte

Umsetzung des ersten Ländermonitorings zum Umsetzungsstand der Kinderrechte in Hessen. Dazu ein zweiter Zwischenbericht zur Frage der Umsetzung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Hessen.

Landesprogramm „Gelingendes Aufwachsen-Kinderrechte leben“

Das Landesprogramm „Gelingendes Aufwachsen-Kinderrechte leben“ hat das Ziel, auf der Basis der vier Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention integrierte Gesamtstrategien gegen Kinderarmut (s.g. Präventionsketten) zu entwickeln. Hierbei werden kommunal auch Kinder beteiligt.

Förderung der Jugendarbeit

Darüber hinaus finden zahlreiche weitere Förderungen von Jugendarbeit statt, deren Grundprinzip Partizipation ist.

Fachstelle Kinderrechte in der Kindertagesbetreuung in Hessen

Seit dem 1. März 2025 fördert das Land Hessen eine „Fachstelle Kinderrechte in der Kindertagesbetreuung in Hessen“ in Kooperation mit dem Deutschen Kinderschutzbund, Orts- und Kreisverband Gießen. Die Fachstelle fördert insbesondere die Bekanntheit von Kinderrechten bei Kindern und Erwachsenen und wird die Qualitätsentwicklung in Bezug auf Kinderrechte und Partizipation bei Trägern und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung unterstützen. Gleichzeitig soll die Vernetzung von Akteuren insbesondere auf lokaler Ebene gefördert und neue fachliche Impulse gesetzt werden. Dabei baut die Fachstelle auf verschiedene vorangegangene Modellprojekte zur kontinuierlichen Bekanntmachung und Umsetzung der Kinderrechte in Hessen auf.

Angebote zum Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen (BEP)

Begleitet wird die Praxis der Kindertagesbetreuung durch das vielfältige kostenfreie Angebot des Landes durch die verschiedenen BEP-Angebote, insbesondere mit dem eigens entwickelten Modul: „Jede Stimme zählt - Kinderrechte und Partizipation im pädagogischen Alltag“ die Praxis der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege unterstützt. Ein spezifisches Angebot für BEP- und Schwerpunktkita-Fachberatungen soll ebenfalls dazu beitragen, Einrichtungen gezielt bei der Auseinandersetzung mit den Kinderrechten und der Beteiligung von Kindern zu beraten und zu begleiten und deren Umsetzung zu sichern. Dieses unterstützende Netzwerk wird darüber hinaus auch durch weitere Modellprojekte unterstützt, die Angebote zu Schwerpunktthemen wie Partizipation und Demokratiebildung, Vielfalt und Diversität auch im Kontext der Fluchtzuwanderung und Antidiskriminierung in der frühen Bildung fokussieren. Hier ist beispielhaft die Koordinierungsstelle Vielfalt in der Kindertagesbetreuung, angesiedelt bei der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie, zu nennen, die mit Informations- und Beratungsangeboten sowie Vernetzung als eine wichtige Anlaufstelle in Hessen etabliert werden konnte.

Eine Übersicht über Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bundesländern ist unter folgendem Link verfügbar: [Kinder- und Jugendbeteiligung in den Bundesländern](#)

Manuela Strube
Staatssekretärin

A photograph of two young children walking away from the camera on a stone path. The child on the left is wearing a blue cap and a blue backpack with a logo that says 'Waldfu' s'. The child on the right is wearing a black cap and a blue and black backpack with the 'deuter' logo. They are holding hands. In the background, other children and adults are visible, some also wearing backpacks. The scene is outdoors with trees and a stone path.

**UNIVERSITÄT
ERFURT**

Kinderentscheidungen

Vortrag im Rahmen der Enquetekommission
„Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung junger
Menschen stärken“

Dr. Stefanie Lindow | Mitarbeiterin am Lehrstuhl für
Sozial-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie der
Universität Erfurt | Leiterin des KEEP-Panels

Wiesbaden, 03.09.2025

Kinderentscheidungen

- Psychologische Mechanismen der Partizipation
- **Der psychologische Prozess der Entscheidung**
- **Vor welchen Herausforderungen stehen Kinder beim Entscheiden?**
- **Was wissen wir aus der Forschung zum Entwicklungsstand von Kindern?**
- **Wie entwickelt sich Entscheidungskompetenz?**
- Partizipation und der Entscheidungsprozess

Partizipation: Welche psychologischen Mechanismen beim Kind sind involviert?

- Von Kindern initiiert und gemeinsam mit Erwachsenen durchgeführt
- Von Kindern initiiert und durchgeführt
- Von Erwachsenen initiiert und gemeinsam mit Kindern durchgeführt
- Konsultiert und informiert
- Zugewiesen aber umfassend informiert

- Alibiteilnahme
- Dekoration
- Manipulation

Partizipation

Nicht-Partizipation

Entscheidung gemeinsam durchführen

Entscheidung alleine durchführen

Entscheidung selbst initiieren

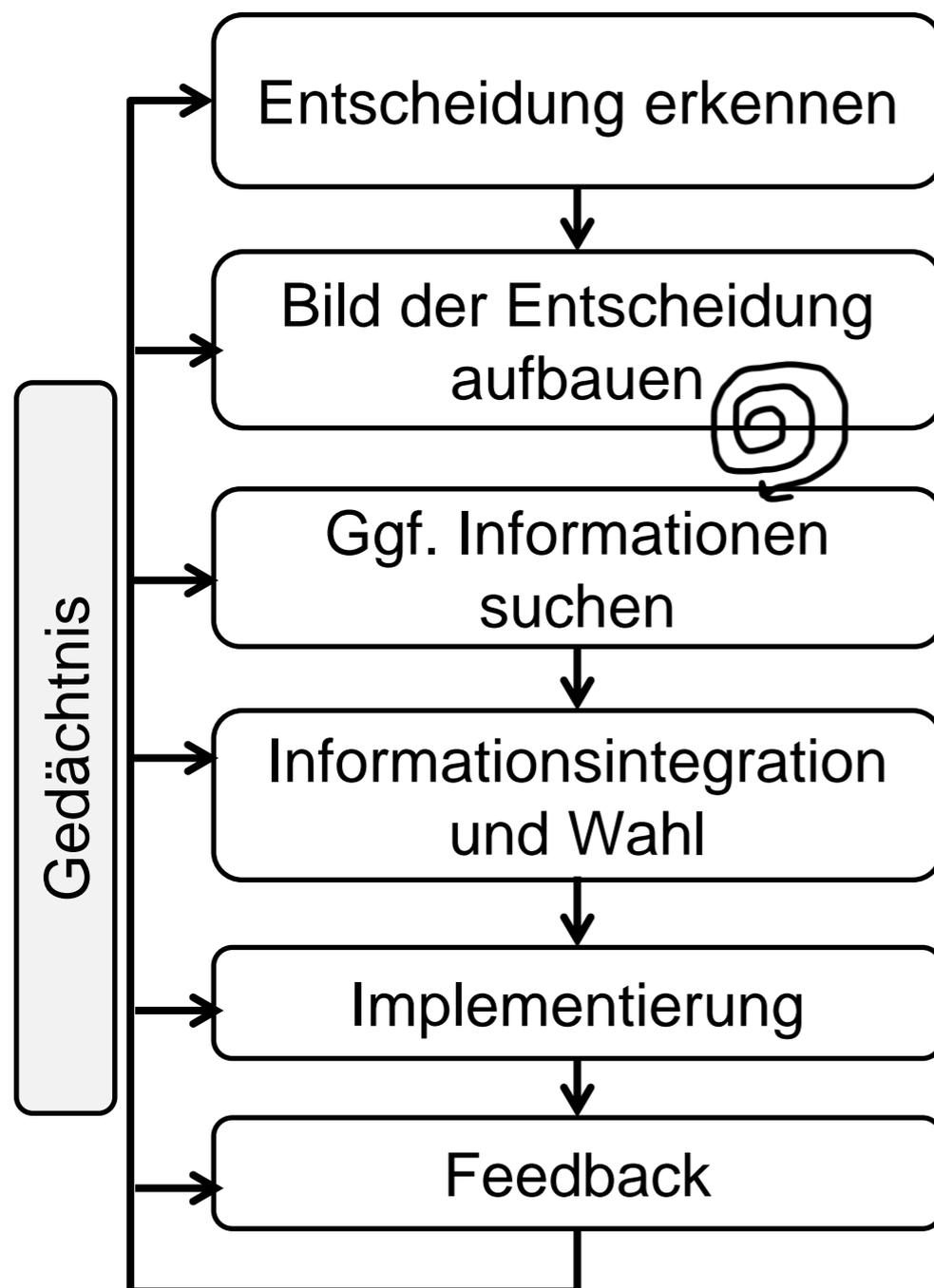
Meinungsäußerung

Informationserhalt über Entscheidungsprozess

Voraussetzungen und Wert von Partizipation muss differenziert betrachtet werden.

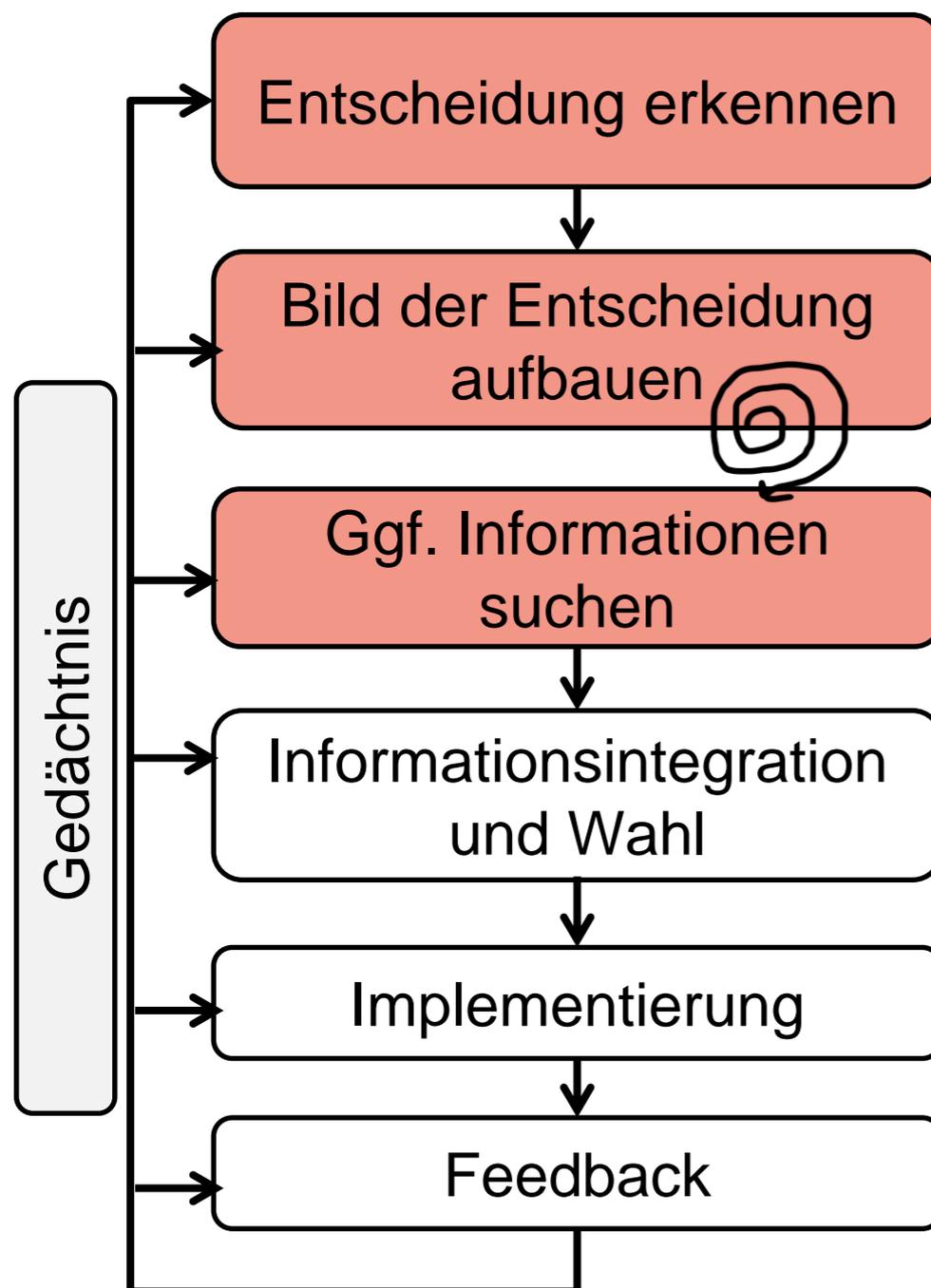
Der psychologische Prozess der Entscheidung

Entscheidung als Prozess des Wählens



Der psychologische Prozess der Entscheidung

Theorien rationalen Entscheidens (z.B. Edwards, 1954; Simon, 1993)



Welche Informationen braucht man zum Entscheiden?

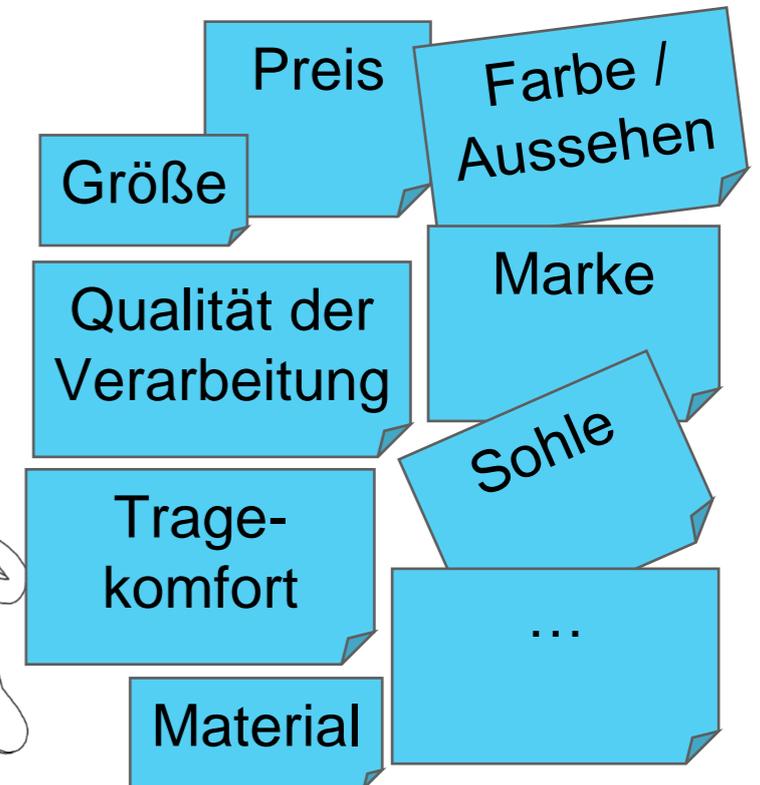
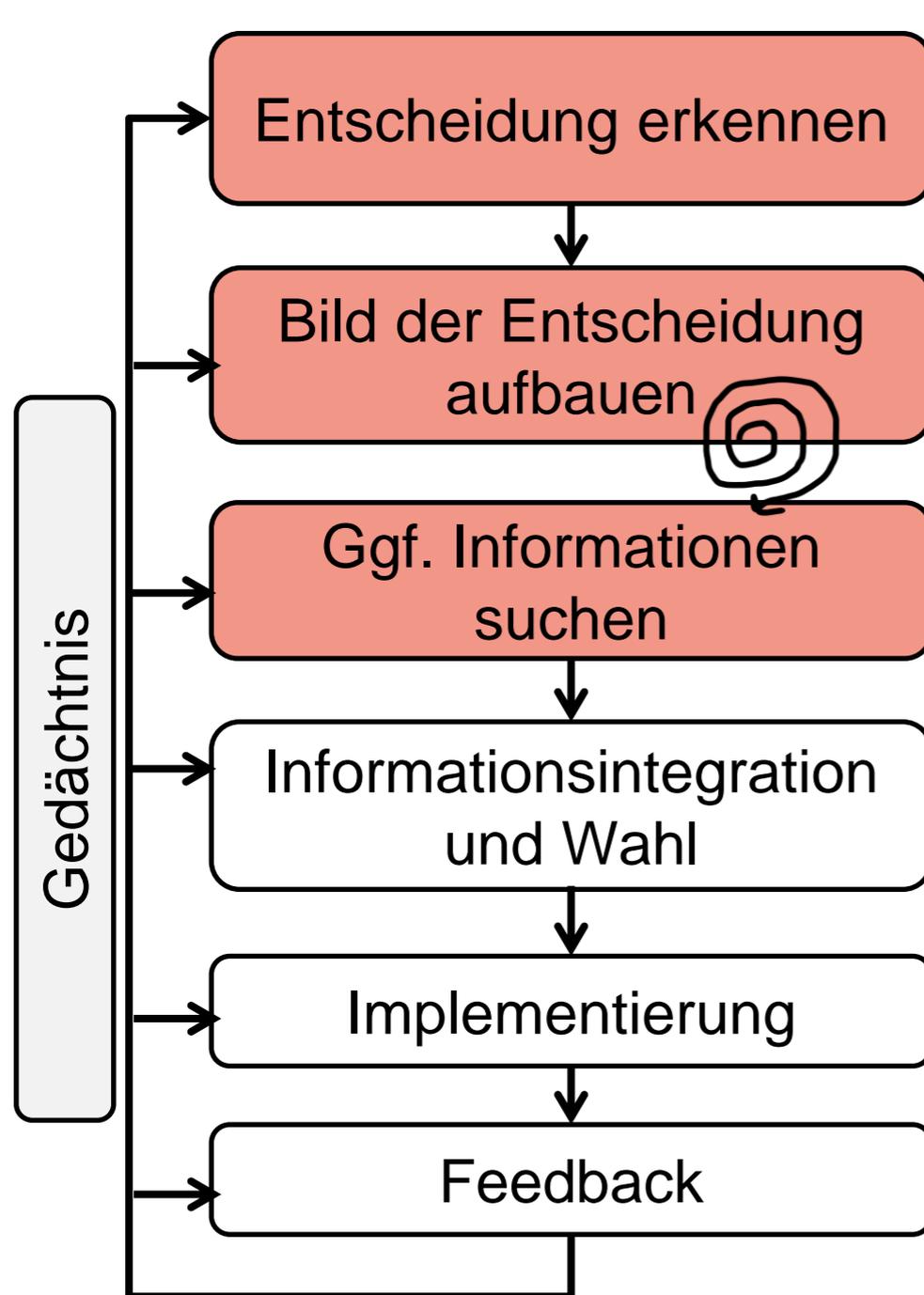
Entsprechend den Annahmen des Homo oeconomicus / rationalen Agenten sind gute Entscheider

Erwartungsnutzenmaximierer (z.B. Edwards, 1954; Von Neumann & Morgenstern, 1947).

Das heißt, sie berücksichtigen alle Konsequenzen bzw. Eigenschaften, die mit den zur Wahl stehenden Entscheidungsalternativen einhergehen. Daraus bilden sie ein umfassendes Gesamtbild über jede Entscheidungsalternative. Durch den Vergleich aller Alternativen können Sie die am besten zu ihnen passende Alternative auswählen.

Der psychologische Prozess der Entscheidung

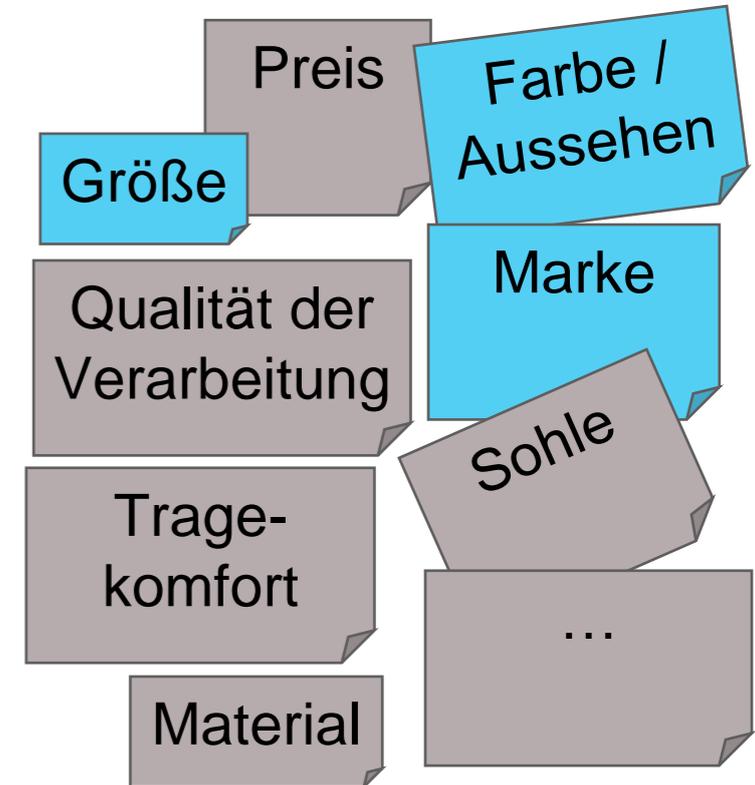
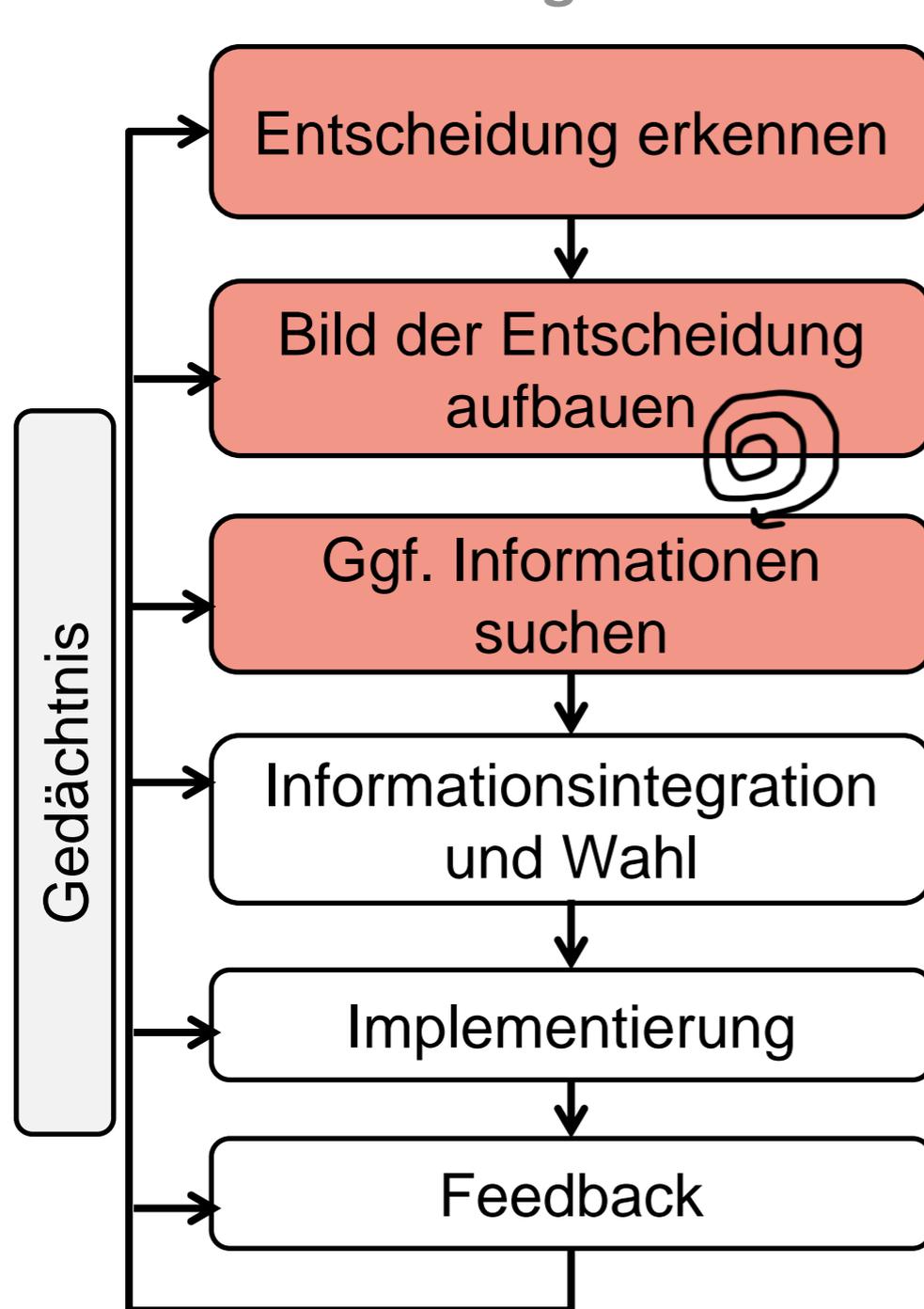
Vor welchen Herausforderungen stehen Kinder beim Entscheiden?
... als Erwartungsnutzenmaximierer



Herausforderung:
Man braucht (viel)
Wissen

Der psychologische Prozess der Entscheidung

Vor welchen Herausforderungen stehen Kinder beim Entscheiden?
... als Erwartungsnutzenmaximierer



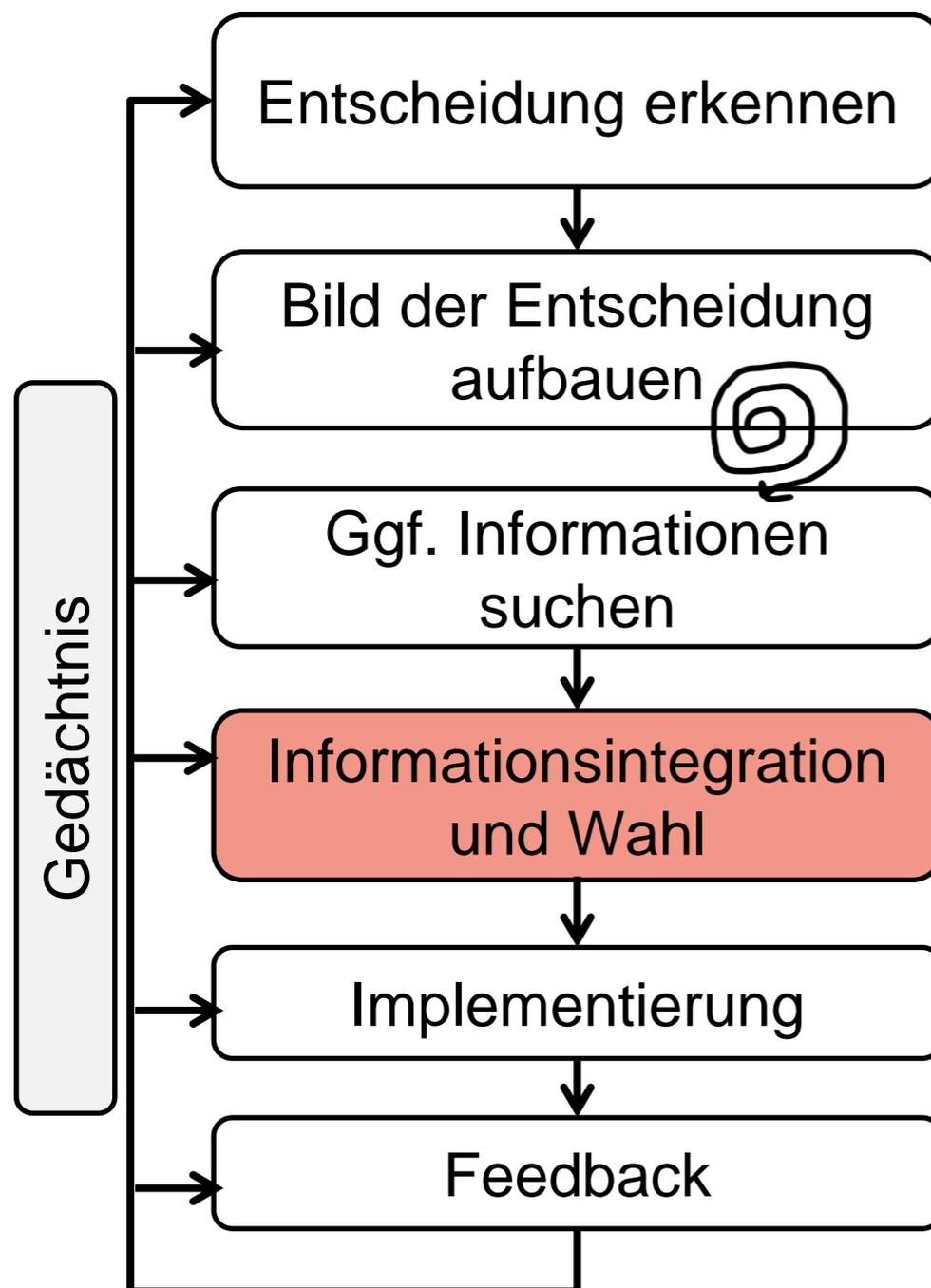
Herausforderung:
Man braucht (viel)
Wissen

Problem:

Wenn wichtige Informationen fehlen, ist das Bild über die Entscheidungssituation und damit die Grundlage der Entscheidung verzerrt.

Der psychologische Prozess der Entscheidung

Vor welchen Herausforderungen stehen Kinder beim Entscheiden?
... als Erwartungsnutzenmaximierer



Kann man also sagen, dass man nur möglichst viele Informationen berücksichtigen sollte und die Entscheidung wird gut?

Erwartungsnutzenmaximierer sollten Informationen gewichten (z.B. Edwards, 1954; Von Neumann & Morgenstern, 1947).

Das heißt, sie sollten Informationen, die eine geringe Wahrscheinlichkeit haben einzutreffen oder für sie gar nicht wichtig sind, gegenüber wichtigen Informationen abwerten und so das wichtige oder valide priorisieren.

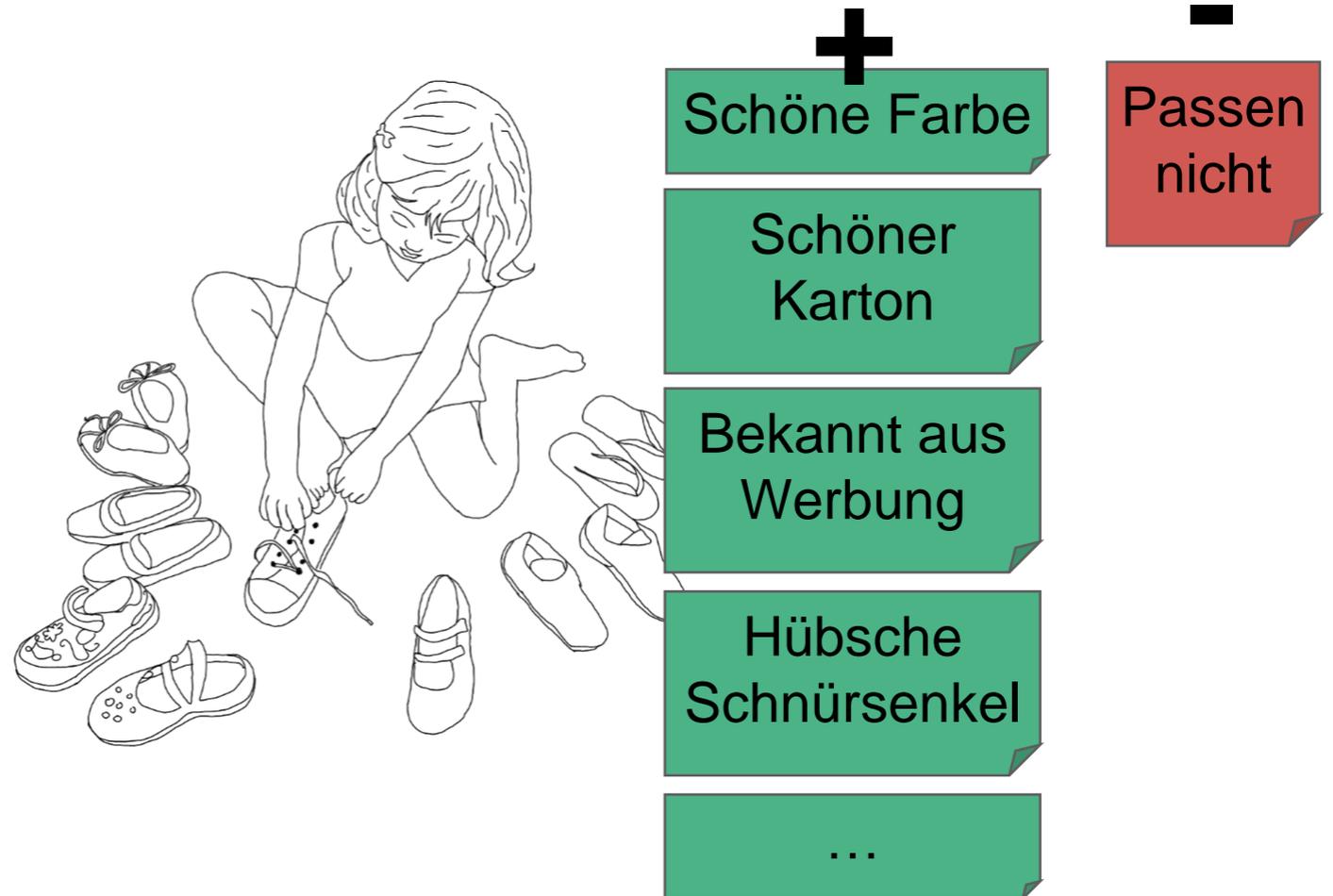
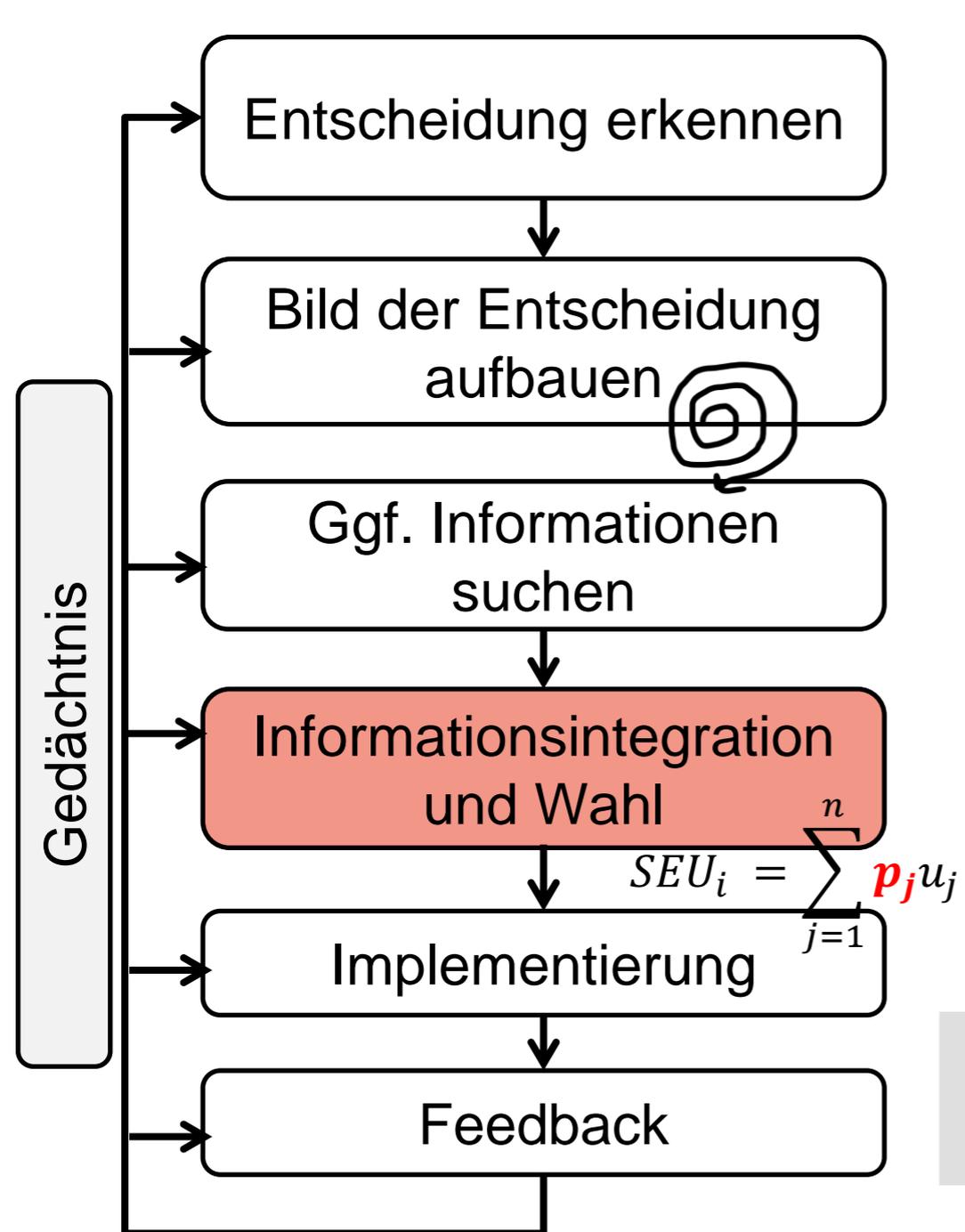
$$SEU_i = \sum_{j=1}^n p_j u_j$$

Herausforderung:
Gewichtung

Der subjektive Gesamtwert (SEU) einer Alternative (i) ergibt sich aus der Summe der Einzelwerte (u) von allen Konsequenzen (j), die mit der Alternative einhergehen, gewichtet mit deren Eintretenswahrscheinlichkeit oder Relevanz (p).

Der psychologische Prozess der Entscheidung

Vor welchen Herausforderungen stehen Kinder beim Entscheiden?
... als Erwartungsnutzenmaximierer



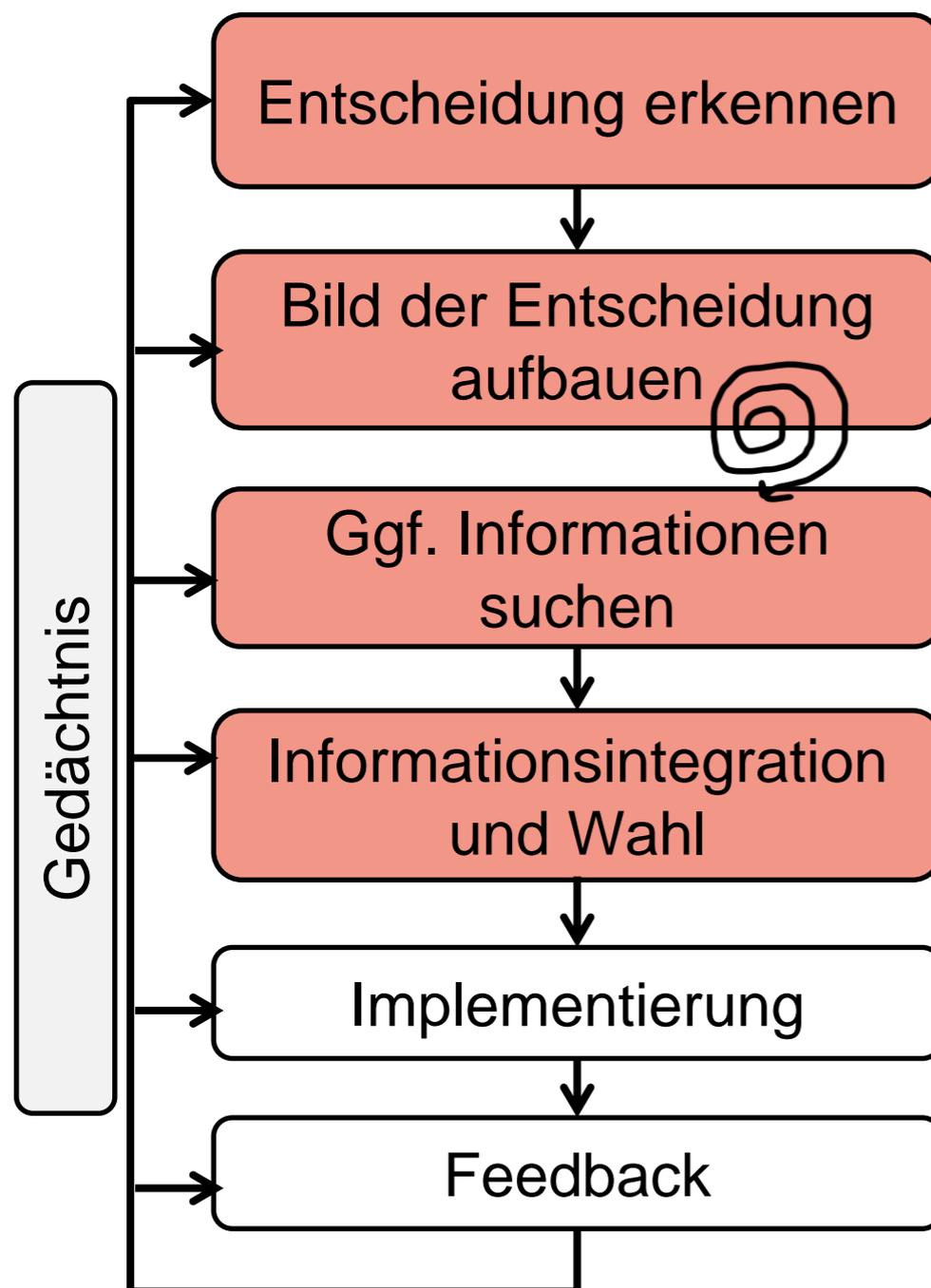
Herausforderung:
Gewichtung

Problem:

Wenn ich nicht weiß was wichtig oder valide ist, kann das Bild über die Entscheidungssituation und damit die Grundlage der Entscheidung verzerrt sein. Man muss wissen, was wichtig ist, um priorisieren zu können.

Der psychologische Prozess der Entscheidung

Modell der Adaptiven Werkzeugkiste (z.B., Gigerenzer & Selten, 2001)



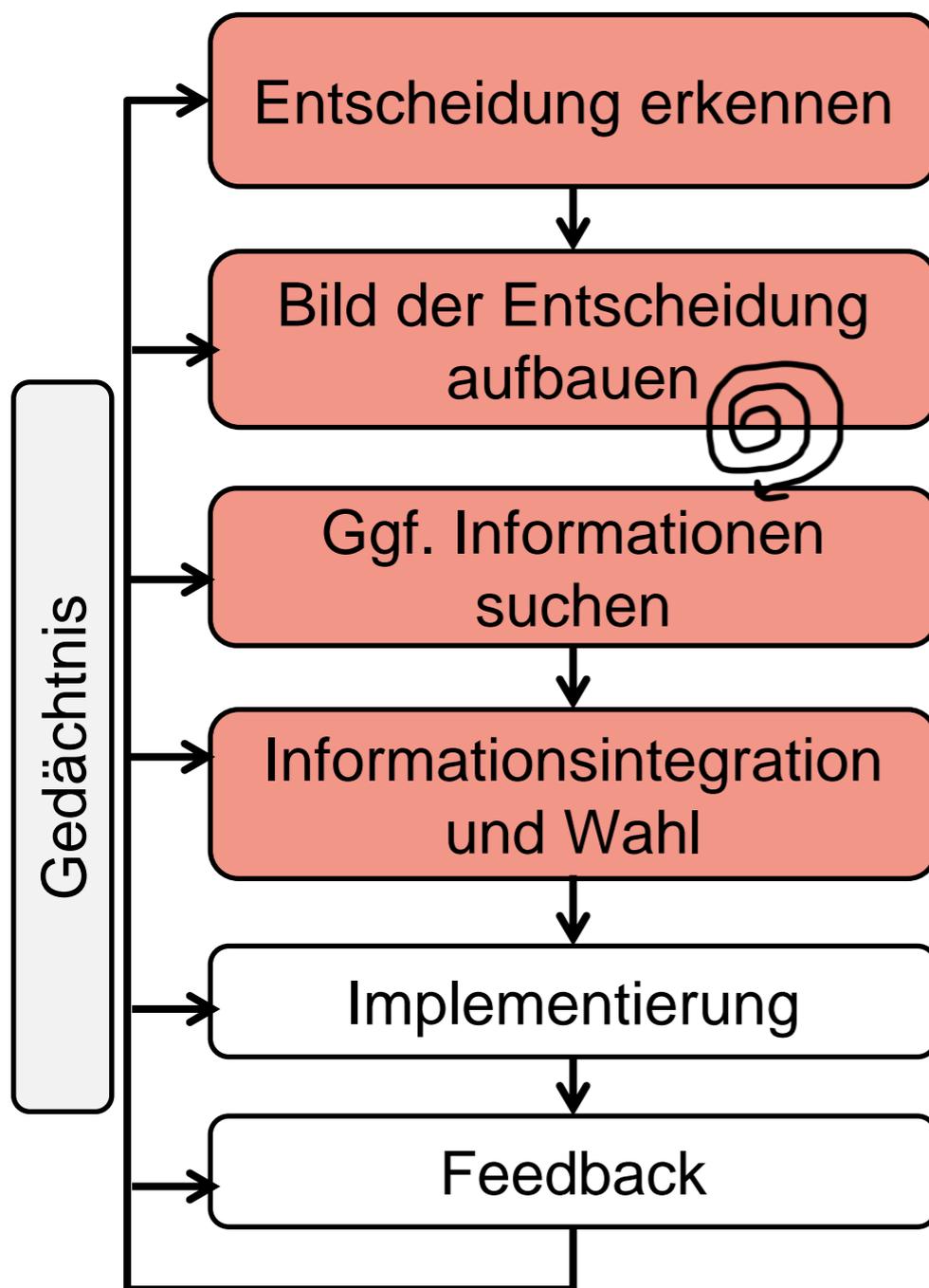
Muss man immer ein Erwartungsnutzenmaximierer sein, um gute Entscheidungen treffen zu können?

Auch für erwachsene Entscheider wird sogenannte begrenzte Rationalität angenommen (bounded rationality, z.B. Simon, 1955). Das heißt, dass aufgrund des Aufwandes nicht immer alle potentiell möglichen Informationen gewichtet berücksichtigt werden können oder müssen.

Es ist möglich, durch die Verwendung von Heuristiken (einfachen Entscheidungsstrategien) den Entscheidungsprozess abzukürzen. Wenn die **Heuristiken adaptiv** sind, das heißt perfekt auf die jeweilige Entscheidungssituation angepasst sind, können auch mit geringerem Aufwand gute Entscheidungen getroffen werden (heuristics, z.B. Gigerenzer & Gaissmaier, 2011; Payne et al., 1988).

Der psychologische Prozess der Entscheidung

Modell der Adaptiven Werkzeugkiste (z.B., Gigerenzer & Selten, 2001)

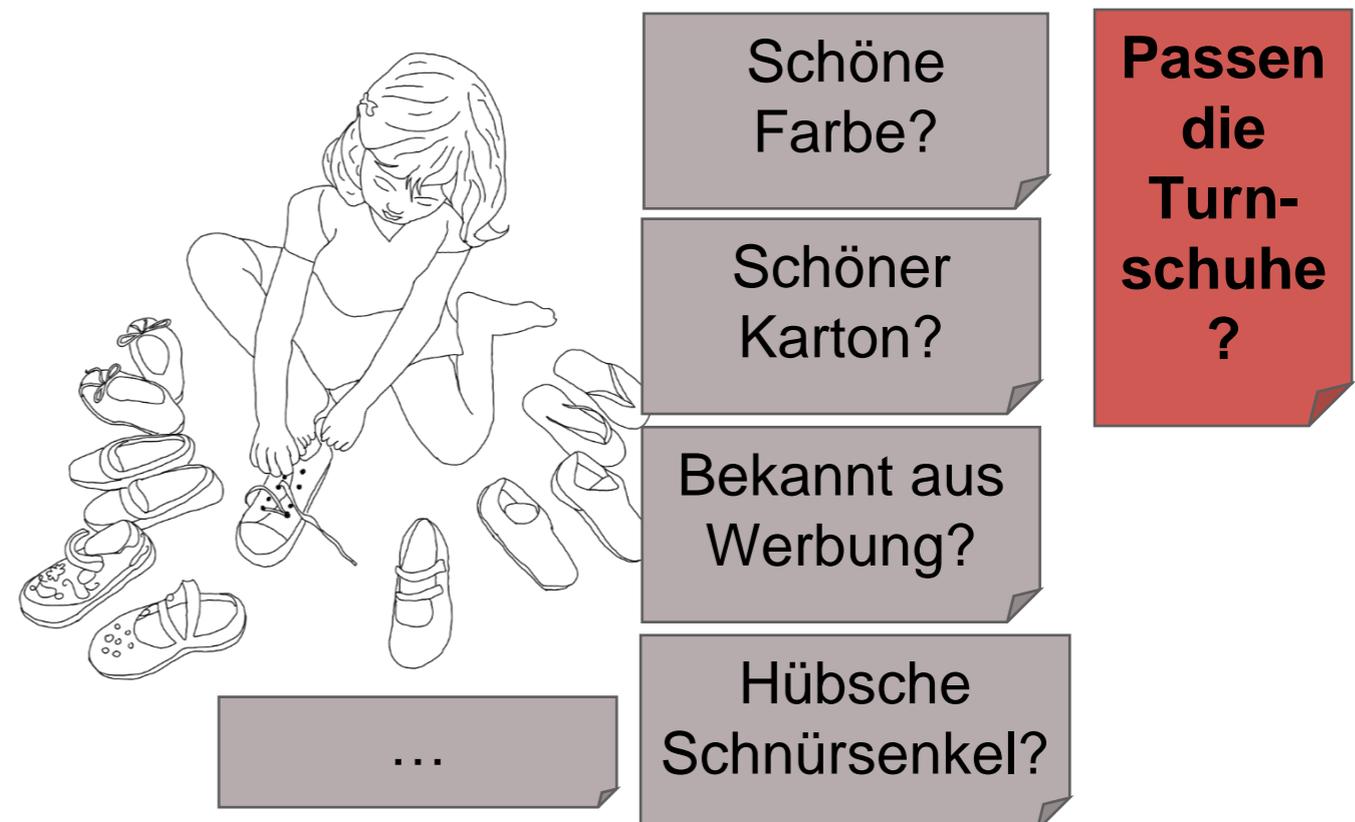


Beispiel: Take-the-best-Heuristik

(Gigerenzer & Gaissmaier, 2011)

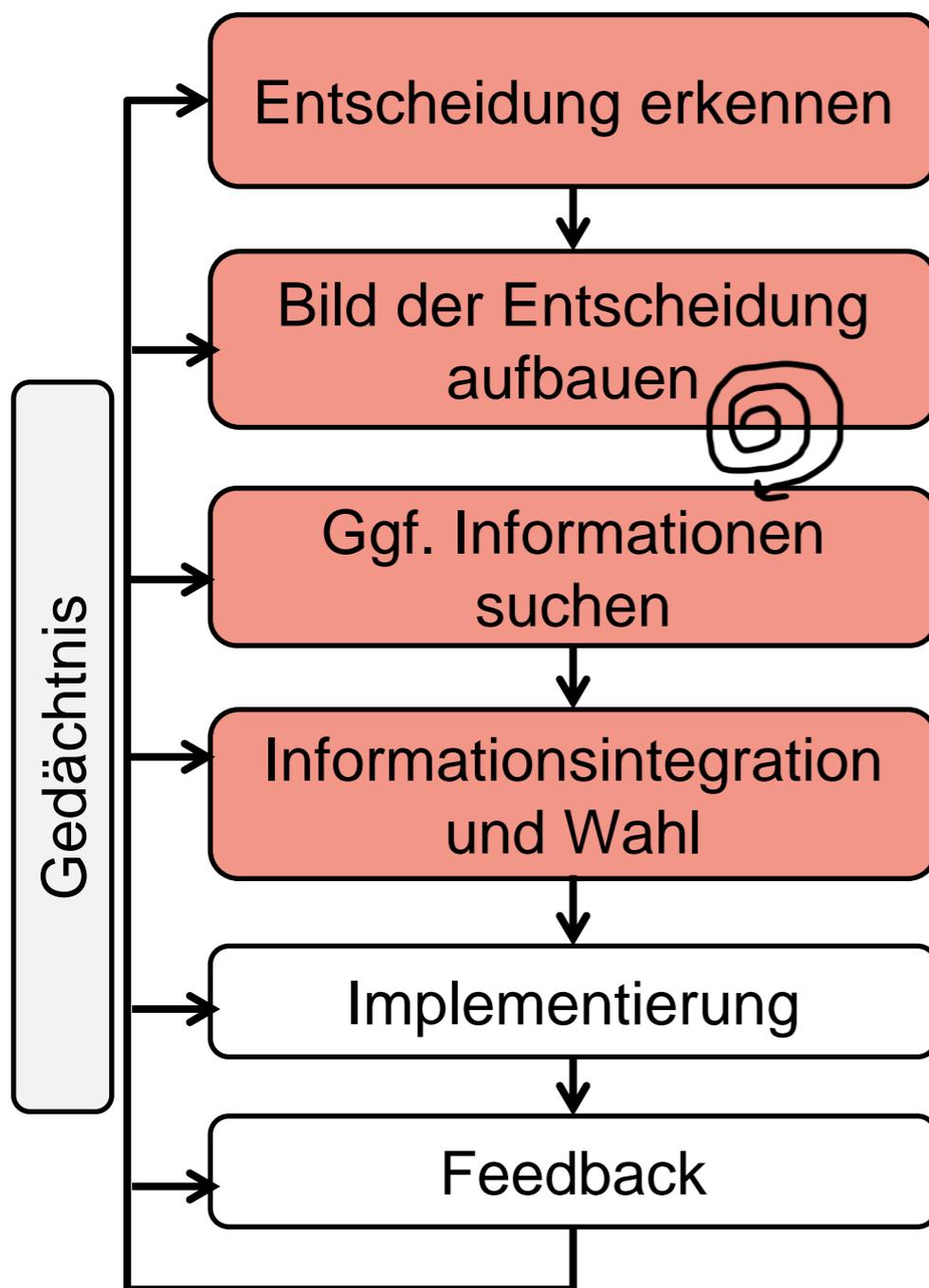
In Entscheidungssituationen, in denen es eine klar dominierende Information gibt, reicht es, diese für die Entscheidung zu berücksichtigen. Hier ist eine gewichtete Integration vieler Informationen nicht notwendig.

... man braucht für den unmittelbar bevorstehenden Sportunterricht dringend Turnschuhe
→ Welche Turnschuhe passen am besten?



Der psychologische Prozess der Entscheidung

Vor welchen Herausforderungen stehen Kinder beim Entscheiden?
... als adaptive Heuristik-Verwender



Ist Entscheiden demnach „kinderleicht“?

Als adaptiver Heuristik-Verwender muss man über folgendes verfügen (z.B., Gigerenzer, 2003; Mata et al., 2015):

- Strategie-/ Heuristikwissen → wie funktionieren die Abkürzungen beim Entscheiden?
- Anwendungswissen → in welcher Entscheidungssituation passt welche Heuristik?
- Kognitive Basisfähigkeiten zur Anwendung der Heuristiken (z.B. selektive Aufmerksamkeit, Planungsfähigkeit, kognitive Flexibilität)

Herausforderung:
Man braucht viel
Wissen

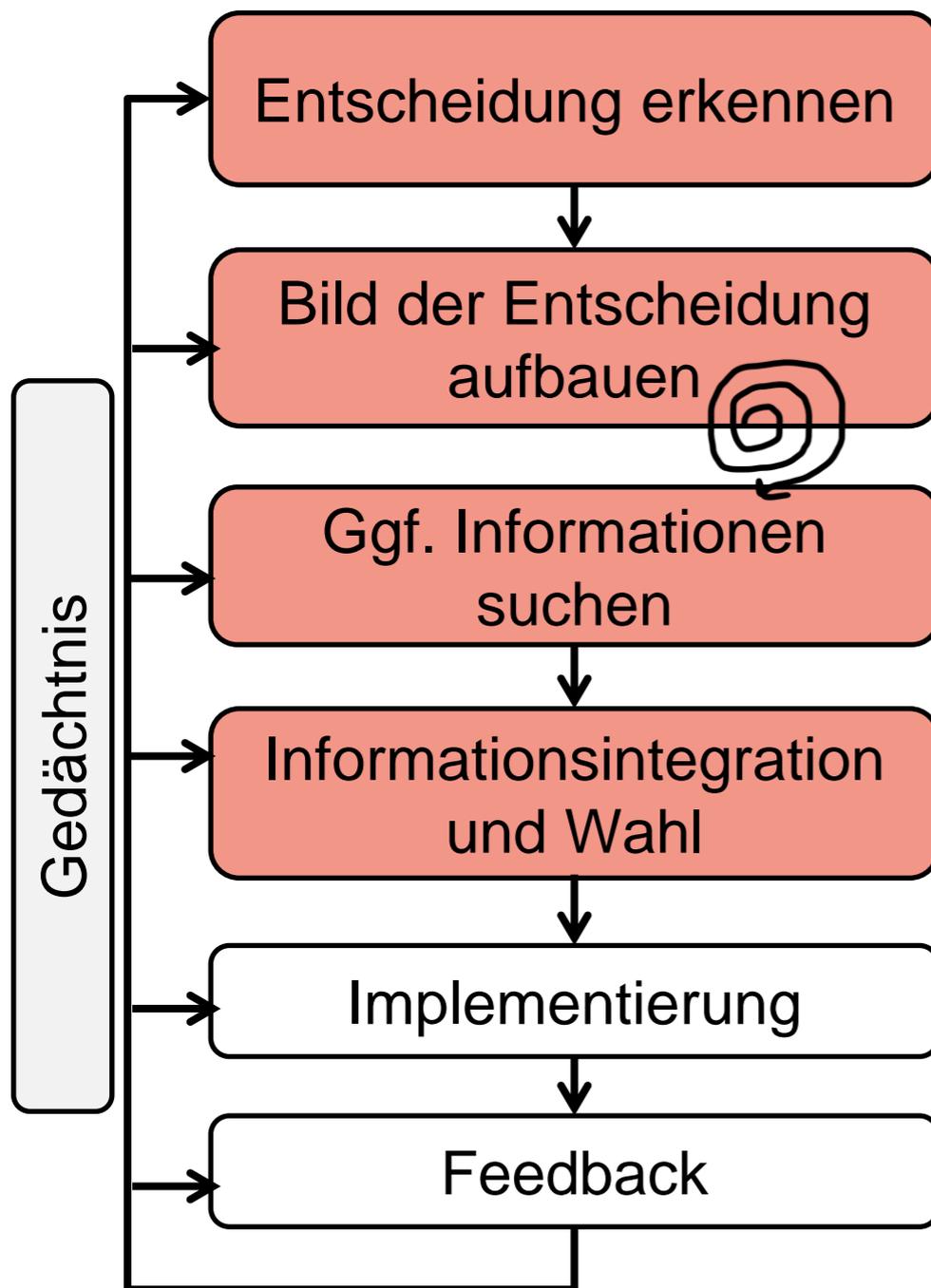
Herausforderung:
Gewichtung

Herausforderung:
Man braucht Wissen
über die
Zusammenhänge

Herausforderung:
Selektion

Der psychologische Prozess der Entscheidung

Vor welchen Herausforderungen stehen Kinder beim Entscheiden?
Fazit



Ist Entscheiden „kinderleicht“?

Entscheiden geht mit einer Reihe an Herausforderungen einher.

Diese Herausforderungen betreffen nicht notwendigerweise alle Entscheidungssituationen gleichermaßen. Wie einfach oder schwer entscheiden ist hängt auch von der Situation ab (z.B., Betsch et al. 2021, Schlottmann & Wilkening, 2012) und kann als Passung von Person und Situation verstanden werden (Mata et al., 2015).

Herausforderung:
Man braucht viel
Wissen

Herausforderung:
Gewichtung

Herausforderung:
Man braucht Wissen
über die
Zusammenhänge

Herausforderung:
Selektion

„Ene, mene, muh und raus bist du. Das da will ich! Oder doch das andere?“

Was wissen wir aus der Forschung zum Entwicklungsstand von Kindern?

Herausforderung:

Man braucht (viel) Wissen

Herausforderung:
Man braucht Wissen über die Zusammenhänge

Herausforderung:
Gewichtung

Herausforderung:
Selektion

Integrationsfähigkeiten

- Schon 5- bis 6-Jährige sind in der Lage, multiple Informationen in komplexen Umwelten zu integrieren (z.B. Betsch et al., 2016)
- Heuristiken, die den Aufwand der Informationsintegration reduzieren, werden von Kindern eher nicht verwendet (z.B. 5- bis 6-Jährige: Betsch et al., 2018; 11- bis 12-Jährige: Mata et al., 2011)

Gewichtungsfähigkeiten

- Die Befundlage ist widersprüchlich
- Unsere Befunde zeigen, dass Kinder erst ab 9- bis 10 Jahren vereinzelt beginnen, Wahrscheinlichkeiten systematisch als Entscheidungsgewichte zu verwenden (z.B. Betsch et al., 2016; vgl. auch Levin et al., 2007)
- In anderen Forschungsparadigmen können schon 4-Jährige Wahrscheinlichkeiten berücksichtigen (Koenig et al., 2019) und lernen (Huizenga et al., 2007)
- Die widersprüchliche Befundlage steht im Einklang mit theoretischen Positionen, die mangelnde Konzeptentwicklung als Ursache für Nutzungsdefizite identifizieren (Piaget & Inhelder, 1951; Schlottmann & Wilkening, 2012; Wohlwill, 1968)
- Nur wenn es ein Konzeptverständnis braucht, fällt es Kindern schwer Wahrscheinlichkeiten als Entscheidungsgewichte zu verwenden (Lindow & Betsch, 2021)
- Bei multiattributiven Präferenzentscheidungen, bei denen sich die Entscheidungsgewichte aus der Relevanz ergeben, fanden wir bei der Mehrheit der 8- bis 11-Jährigen die Fähigkeit zur Gewichtung (Lindow, 2014)

„Ene, mene, muh und raus bist du. Das da will ich! Oder doch das andere?“

Was wissen wir aus der Forschung zum Entwicklungsstand von Kindern?

Herausforderung:

Man braucht (viel) Wissen

Herausforderung:
Man braucht Wissen über die Zusammenhänge

Herausforderung:

Gewichtung

Herausforderung:
Selektion

Fähigkeiten bei der gewichteten Informationssuche

- Kinder suchen nicht systematisch die relevanten bzw. validen Informationen. Noch 9- bis 10-Jährige wiesen eine weitestgehend unsystematische Suche nach Informationen auf (z.B. Betsch et al., 2016)
- Dies kann mit einer schlechten Informationsgrundlage für Entscheidungen einhergehen (Lindow & Lang, 2021)

Einschränkend ist zu berücksichtigen...

- ... das die Fähigkeiten, für die wir Defizite aufzeigen, nicht für alle Entscheidungssituationen von Bedeutung sind. Wir finden Situationsunterschiede (Lindow & Betsch, 2021; Betsch et al., 2021; siehe auch Schlottmann & Wilkening, 2012)
- ... nicht alle Kinder einer Altersgruppe gleich sind. Wir finden Unterschiede innerhalb altershomogener Gruppen (z.B., Lindow & Lang, 2021)

... und darüber hinaus – im Erwachsenenalter?

Herausforderung:

Man braucht (viel) Wissen

Herausforderung:
Man braucht Wissen über die Zusammenhänge

Herausforderung:
Gewichtung

Herausforderung:
Selektion

Das Forschungsfeld der Entscheidungskompetenz ist geprägt von einer sogenannten **individual difference perspective** (z.B. Berthet, 2022; Bruine de Bruin et al., 2020; Cokely et al., 2018).

Das heißt, individuelle Unterschiede werden betont.

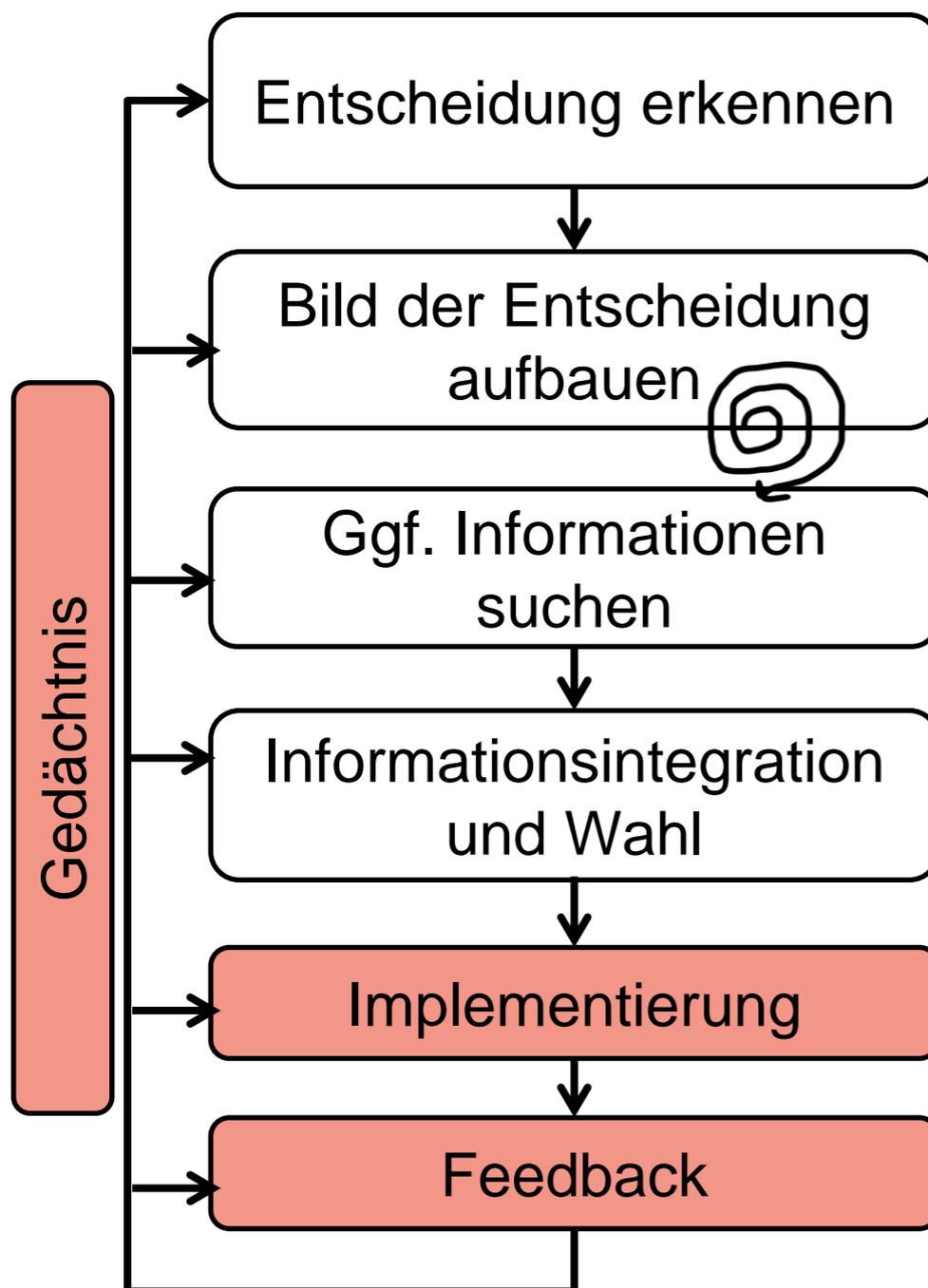
Auch Erwachsene haben zum Teil **Schwierigkeiten** mit den Fähigkeiten, deren Entwicklungsverläufe wir über die Kindheit betrachten (z.B. Aßmann et al., 2022).

Das Forschungsfeld um den sogenannten **aging decision-maker** zeigt auf, dass der Entwicklungsverlauf mit dem Beginn des Erwachsenenalters nicht abgeschlossen ist (z.B. Löckenhoff, 2018; Mata et al., 2010, 2015).

Das heißt, man findet Veränderungen (zum Teil auch rückläufige) im Verlauf des Erwachsenenalters.

Wie entwickelt sich Entscheidungskompetenz?

... über das Lernen
des Entscheidens...



- Lernen und Bildung von **Heuristiken** (Gigerenzer, 2003)
- Erfahrung in der **effizienten Ausführung** von Heuristiken (Lindow & Lang, 2020; Mata et al., 2015)
- Lernen der **adaptiven**, auf die Situation angepassten Heuristikanwendung (Mata et al., 2015, Rieskamp & Otto, 2006)
- Lernen von **Inhaltswissen** z.B. über Alternativen, ihren Eigenschaften und deren Gewichten (Mata & Rieskamp, 2012; Schlottmann & Wilkening, 2012)
- Reifung / Training **kognitiver Basisfähigkeiten** (Mata et al., 2015)

Evolutionary developmental psychology (z.B. Bjorklund, 2018): Kindliche Defizite sind keine Defizite im herkömmlichen Sinn, sondern wichtig für die Entwicklung von Kindern. Beispielsweise hat Ausprobieren und Spielen eine übergeordnete Entwicklungsfunktion.

Partizipation und der Entscheidungsprozess

Wo setzt Partizipation im psychologischen Prozess der Entscheidung an?

Psychologische Mechanismen bei Partizipation

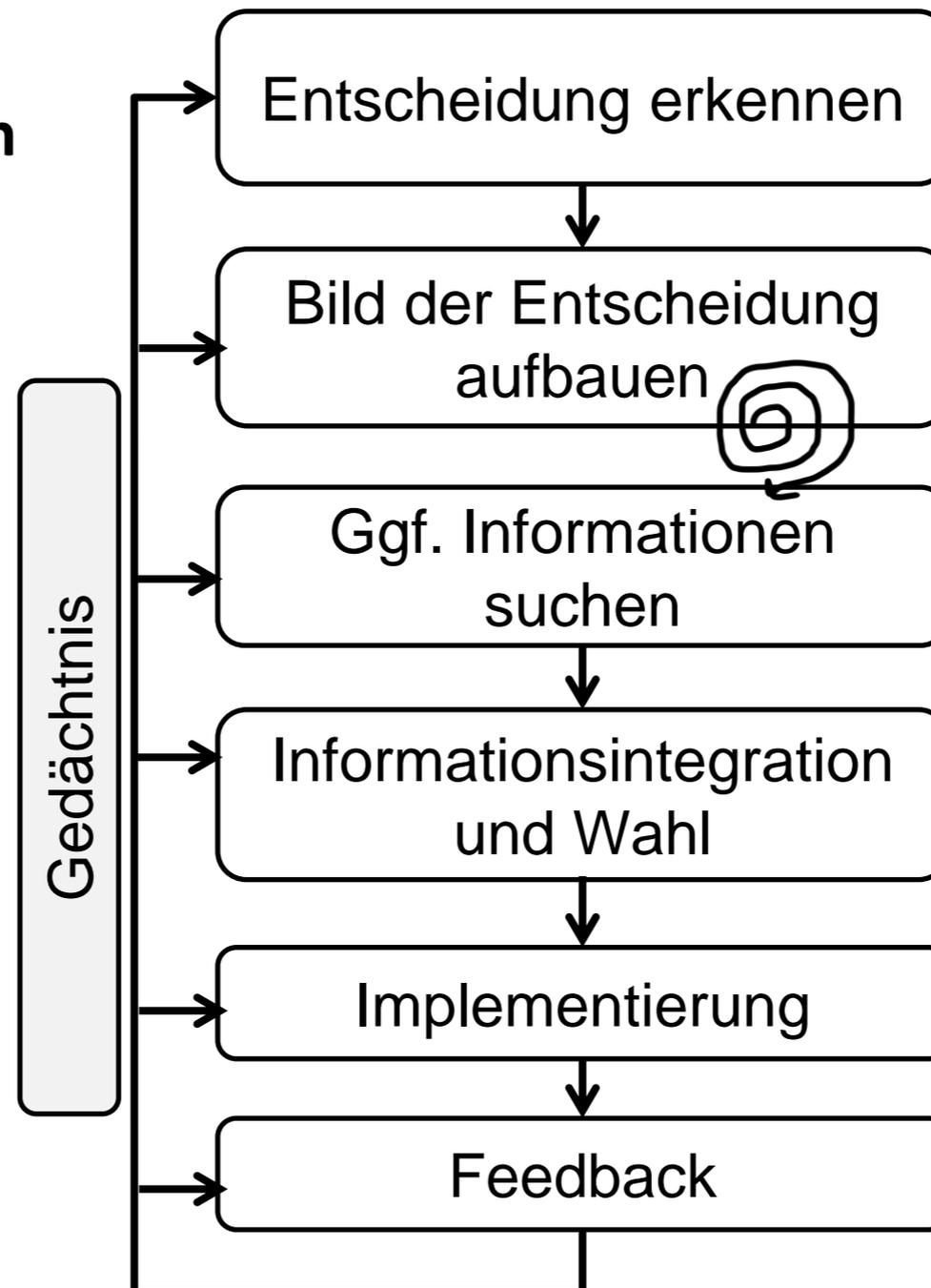
Entscheidung gemeinsam durchführen

Entscheidung alleine durchführen

Entscheidung selbst initiieren

Meinungsäußerung

Informationserhalt über Entscheidungsprozess



Herausforderung:
Man braucht (viel) Wissen (über Zusammenhänge)

Herausforderung:
Gewichtung / Selektion

Welche Faktoren bestimmen die Entwicklung von Entscheidungskompetenz?



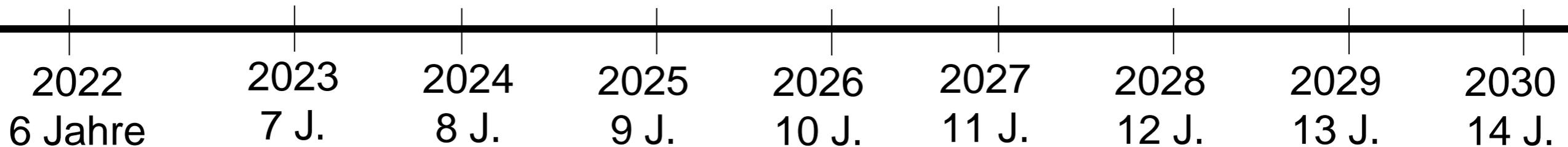
KEEP-Panel

Kognitive Entwicklung von **E**ntscheidungskompetenz und gesellschaftliche **P**artizipation

Das KEEP-Panel ist ein 2022 gestartetes Forschungsprojekt der Universität Erfurt. Im Fokus steht die Entscheidungskompetenz: Wie entwickelt sich die Fähigkeit, gute Entscheidungen treffen zu können, im Kindes- und Jugendalter?



Entscheidungskompetenz
Fähigkeiten
Familiärer & schulischer Kontext



Gefördert durch...



Ministerium
für Wirtschaft, Wissenschaft
und Digitale Gesellschaft



A photograph of two young children walking away from the camera on a paved path. The child on the left is wearing a blue cap and a blue backpack with a logo that says 'Waldfu' s'. The child on the right is wearing a black cap and a blue and black backpack with a logo that says 'deuter'. They are holding hands. In the background, other children and adults are visible, some also wearing backpacks. The scene is outdoors, likely in a park or schoolyard.

**UNIVERSITÄT
ERFURT**

Kinderentscheidungen

Vortrag im Rahmen der Enquetekommission
„Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung junger
Menschen stärken“

Dr. Stefanie Lindow | Mitarbeiterin am Lehrstuhl für
Sozial-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie der
Universität Erfurt | Leiterin des KEEP-Panels

Wiesbaden, 03.09.2025

Quellen

- Aßmann, L., Betsch, T., Lang, A., & Lindow, S. (2022). When even the smartest fail to prioritise: overuse of information can decrease decision accuracy. *Journal of Cognitive Psychology*, 34(5), 675–690. doi:10.1080/20445911.2022.2055560
- Berthet, V. (2021). The measurement of individual differences in cognitive biases: A review and improvement. *Frontiers in Psychology*, 12, 630177. doi:10.3389/fpsyg.2021.630177
- Betsch, T., Haberstroh, S., & Höhle, C. (2002). Explaining routinized decision making: A review of theories and models. *Theory & Psychology*, 12, 453–488.
- Betsch, T., Lehmann, A., Lindow, S., Lang, A., & Schoemann, M. (2016). Lost in search: (Mal-)adaptation to probabilistic decision environments in children and adults. *Developmental Psychology*, 52, 311–325. doi:10.1037/dev0000077
- Betsch, T., Lindow, S., Lehmann, A., & Stenmans, R. (2021). From perception to inference: Utilization of probabilities as decision weights in children. *Memory and Cognition*. doi:10.3758/s13421-020-01127-0
- Betsch, T., Lehmann, A., Jekel, M., Lindow, S., & Glöckner, A. (2018). Children's application of decision strategies in a compensatory environment. *Judgment and Decision Making*, 13, 514–528. <https://journal.sjdm.org/18/18225/jdm18225.pdf>
- Bjorklund, D. F. (2018). A metatheory for cognitive development (or “Piaget is dead” revisited). *Child Development*, 89, 2288–2302. doi:10.1111/cdev.13019
- Bruine de Bruin, W., Parker, A. M., & Fischhoff, B. (2020). Decision-Making Competence: More Than Intelligence? *Current Directions in Psychological Science*, 29(2), 186–192. doi:10.1177/09637214209015
- Cokely, E. T., Feltz, A., Ghazal, S., Allan, J. N., Petrova, D., & Garcia-Retamero, R. (2018). Decision Making Skill : From Intelligence to Numeracy and Expertise. In K. A. Ericsson, R. R. Hoffman, A. Kozbelt, & A. M. Williams, Cambridge Handbook of Expertise and Expert Performance. New York, NY: Cambridge University Press.
- Edwards, W. (1954). The theory of decision making. *Psychological Bulletin*, 51, 380–417. doi:10.1037/h0053870

Quellen

Gigerenzer, G. (2003). The adaptive toolbox and life span development: Common questions? In U. M. Staudinger & U. Lindenberger (Hrsg.), *Understanding human development: Dialogues with lifespan psychology* (S. 423–435). Kluwer.

Gigerenzer, G. & Gaissmaier, W. (2011). Heuristic decision making. *Annual Review of Psychology*, 62, 451–82. doi:[10.1146/annurev-psych-120709-145346](https://doi.org/10.1146/annurev-psych-120709-145346)

Hart, R. A. (1992). *Children's participation: From tokenism to citizenship*. Florence, Italy: United Nations Children's Fund International Child Development Centre.

Huizenga, H. M., Crone, E. A., & Jansen, B. J. (2007). Decision-making in healthy children, adolescents and adults explained by the use of increasingly complex proportional reasoning rules. *Developmental Science*, 10, 814-825.

Koenig, M., Tiberius, V., & Hamlin, J. K. (2019). Children's judgments of epistemic and moral agents: From situations to intentions. *Perspectives in Psychological Science*, 14, 344–360. doi:[10.1177/1745691618805452](https://doi.org/10.1177/1745691618805452)

Levin, I. P., Weller, J. A., Pederson, A. A., & Harshman, L. A. (2007). Age-related differences in adaptive decision making: Sensitivity to expected value in risky choice. *Judgment and Decision Making*, 2, 225-233. doi:[10.1080/03601277.2014.900263](https://doi.org/10.1080/03601277.2014.900263)

Lindow, S. (2014). *Entscheidungen bei Kindern: (Wie) Entwickeln sich Entscheidungsstrategien?*. Göttingen: Optimus.

Lindow, S., & Betsch, T. (2021). Preschoolers' competence to use advice in everyday decision contexts. *Journal of Experimental Child Psychology*, 215, 105311. doi:[10.1016/j.jecp.2021.105311](https://doi.org/10.1016/j.jecp.2021.105311)

Lindow, S., & Lang, A. (2021). A lifespan perspective on decision-making: A cross-sectional comparison of middle childhood, young adulthood, and older adulthood. *Journal of Behavioral Decision Making*, 35(3), e2268. doi:[10.1002/bdm.2268](https://doi.org/10.1002/bdm.2268)

Löckenhoff, C. E. (2018). Aging and decision-making: A conceptual framework for future research—A mini-review. *Gerontology*, 64, 140–148. doi:[10.1159/000485247](https://doi.org/10.1159/000485247)

Mata, R., Josef, A. K., & Lemaire, P. (2015). Adaptive decision-making and aging. In T. M. Hess, J. Strough, & C. E. Loeckenhoff (Hrsg.), *Aging and decision-making: Empirical and applied perspectives* (S. 105–122). Elsevier. doi:[10.1016/B978-0-12-417148-0.00006-6](https://doi.org/10.1016/B978-0-12-417148-0.00006-6)

Quellen

Mata, R., & Rieskamp, J. (2012). Learning of judgment and decision-making strategies. In M. K. Dhami, A. Schlottmann, & M. R. Waldmann (Eds.), *Judgment and decision making as a skill: Learning, development and evolution* (pp. 143–168). Cambridge University Press.

Mata, R., von Helversen, B., & Rieskamp, J. (2010). Learning to choose: Cognitive aging and strategy selection learning in decision-making. *Psychology and Aging*, 25, 299–309. doi:[10.1037/a0018923](https://doi.org/10.1037/a0018923)

Mata, R., von Helversen, B., & Rieskamp, J. (2011). When easy comes hard: The development of adaptive strategy selection. *Child Development*, 82, 687–700. <https://doi.org/10.1111/j.1467-8624.2010.01535.x>

Payne, J. W., Bettman, J. R., & Johnson, E. J. (1988). Adaptive strategy selection in decision making. *Journal of Experimental Psychology: Learning, Memory, and Cognition*, 14, 534–552. doi:[10.1037//0278-7393.14.3.534](https://doi.org/10.1037//0278-7393.14.3.534)

Piaget, J., & Inhelder, B. (1951). *The origin of the idea of chance in children*. London, England: Routledge & Kegan Paul.

Rieskamp, J. & Otto, P. E. (2006). SSL: A theory of how people learn to select strategies. *Journal of Experimental Psychology: General*, 135, 207–236. doi:[10.1037/0096-3445.135.2.207](https://doi.org/10.1037/0096-3445.135.2.207)

Schlottmann, A., & Wilkening, F. (2012). Judgment and decision making in young children. In M. Dhami, A. Schlottmann, & M. Waldmann (Eds.), *Judgment and decision making as a skill: Learning, development and evolution* (pp. 55–83). Cambridge: Cambridge University Press.

Simon, H. A. (1955). A behavioral model of rational choice. *The Quarterly Journal of Economics*, 69, 99–118.

Von Neumann, J. & Morgenstern, O. (1947). *Theory of games and economic behavior* (2. Ausgabe). Princeton, NJ: Princeton University Press.

Wohlwill, J. F. (1968). From perception to inference: A dimension of cognitive development. In I. E. Sigel & F. H. Hooper (Eds.), *Logical thinking in children: Research based on Piaget's theory* (pp. 472–494). New York: Holt, Rinehart and Winston.

Sozialpsychologie des Beteiligungsbedürfnisses



Enquetekommission „Demokratie und
Teilhabe leben – Beteiligung junger
Menschen stärken“

03.09.2025, Prof. Dr. Rolf Ahlrichs

Agenda

1. Vorbemerkungen: Eine sozialpädagogische Perspektive auf Beteiligung
2. Demokratische Beteiligung in Kommune und Zivilgesellschaft
Theoretische Grundlagen
3. Empirie 1: Demokratiebildung in der Jugendverbandsarbeit
Was ist dran an der These von den „Werkstätten der Demokratie“?
4. Empirie 2: Jugendbeteiligung auf Landkreisebene
Ergebnisse einer Evaluation in Baden-Württemberg
5. Fazit

1.

Vorbemerkungen

Eine sozialpädagogische Perspektive auf Beteiligung

Eine sozialpädagogische Perspektive auf Beteiligung

„Wo und wie wird Mensch Demokrat*in?“ (Helmut Richter)

- Aneignung von Demokratie geschieht durch die konkrete Praxis von Demokratie in pädagogischen Organisationen, demokratischen Vereinen und in kommunaler Lebenswelt (in Anlehnung an John Dewey, Janusz Korczak)
- Demokratie wird also selbsttätig durch Partizipation angeeignet → Begriff der sozialpädagogischen Demokratiebildung
- Damit Partizipation nicht von der Willkür Erwachsener abhängt, müssen Mitentscheidung und Mitverantwortung als Rechte von Kindern und Jugendlichen verankert werden.

Rechtliche Grundlagen von Beteiligung

UN-Kinderrechtskonvention: Das Recht des Kindes auf Beteiligung

Artikel 12, 1: Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

SGB VIII: Partizipation im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe

§ 5 Wunsch- und Wahlrecht in Bezug auf erzieherische Hilfen

§ 8 Beteiligungsrecht von Kindern und Jugendlichen an der öffentlichen Jugendhilfe

§ 11 partizipatorische Bildungsziele und Prinzipien der Kinder- und Jugendarbeit

§ 36 Mitwirkung im Hilfeplanverfahren

§ 45 Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren in Betreuungsinstitutionen

Die Frage nach dem Beteiligungsbedürfnis von Kindern und Jugendlichen

- Kann Beteiligung als ein Grundbedürfnis von jungen Menschen beschrieben werden?
 - Was bringt Beteiligung für Kinder und Jugendliche?
 - Wie wirkt sich gelungene Beteiligung auf biografische Prozesse aus?
 - Inwiefern beeinflusst der soziale Hintergrund die Bereitschaft und Fähigkeit Jugendlicher zur politischen Teilhabe?
- Demokratische Mitentscheidung ist ein **Recht** von Kindern und Jugendlichen.
- Dennoch hat demokratische Partizipation positive und (sozial-)pädagogisch wünschenswerte **Nebenwirkungen / Effekte** für Kinder und Jugendliche – und auch für die Gesellschaft.

2.

Demokratische Partizipation in Kommune und Zivilgesellschaft

Theoretische Grundlagen

Theoretische Grundlagen: Das Böckenförde-Diktum

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“

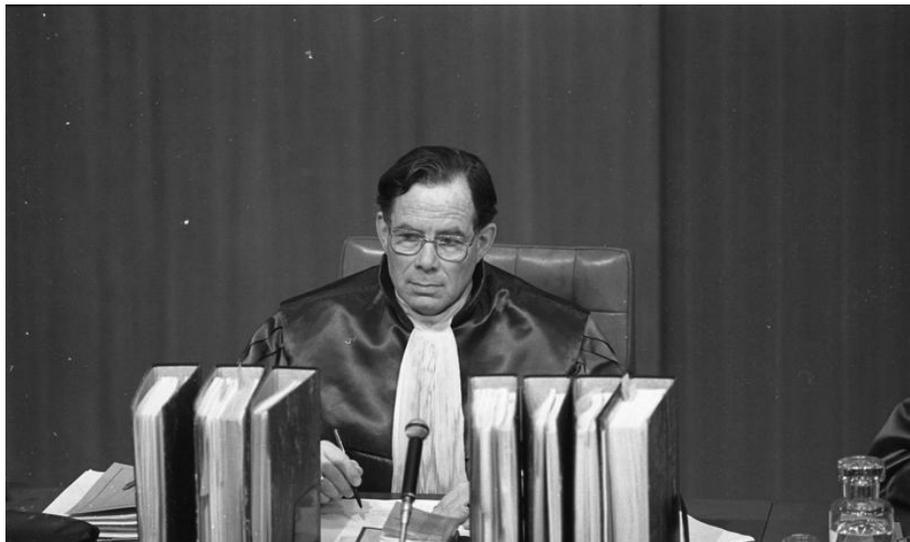
(Böckenförde, 1976, S. 60)



ABER: Auf welche Voraussetzungen kann ein säkularer, pluraler Staat im 21. Jahrhundert noch bauen?

Es ist der demokratische Prozess selbst als „eine gemeinsam auszuübende kommunikative Praxis“ der demokratischen Verständigung, unter weitgehender Beteiligung der Bürger*innen am öffentlichen Diskurs an allen sie gemeinsam betreffenden Angelegenheiten.

(Habermas, 2005, S. 23f.
vgl. auch Ahlrichs, 2019; Gerdes, 2021)



Bildquelle: Bundesarchiv_B_145_Bild-F071768-0006

Theoretische Grundlagen: Demokratische Partizipation



Selbstverwaltung (Entscheidungen von Mitgliedern für Mitglieder)

Selbstbestimmung (Entscheidungen von Mitgliedern, ggf. Unterstützung durch Professionelle)

Mitbestimmung (Initiative von anderen, gemeinsame Entscheidung)

Mitwirkung (Meinung wird gehört ohne Entscheidungsbefugnis)

Teilhabe (Teilnahme und Möglichkeit zum Mitreden)

Informiert (Entscheidung durch andere, Information von Betroffenen)

Alibi-Teilhabe (Teilnahme ohne Mitsprachemöglichkeit)

Dekoration (Funktionalisierung)

Fremdbestimmung (Manipulation)

**Demokratische
Partizipation**

Mitreden

**Schein-
Partizipation**

(eig. Darst in Anlehnung an Schröder 1995 und Hart 1992)

Theoretische Grundlagen: Qualitätsstandards für Beteiligung



Handlungsfeldübergreifende Qualitätsstandards

1. Beteiligung braucht förderliche institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen.
2. Beteiligung schließt alle jungen Menschen ein.
3. Beteiligung braucht Qualifikation.
4. Beteiligung ist transparent.
5. Beteiligung wird überprüft.

(BMFSFJ 2022, 32-40)

3.

Empirie 1: Demokratiebildung in der Jugendverbandsarbeit

Was ist dran an der These von den „Werkstätten der Demokratie?“

„Werkstätten der Demokratie“

KJHG / SGB VIII: gesetzlicher Auftrag

§ 11 (1) SGB VIII: Jugendarbeit

- an den Interessen junger Menschen anknüpfen
- von ihnen **mitbestimmt und mitgestaltet** werden
- zur Selbstbestimmung befähigen
- zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen

§ 12 (2) SGB VIII: Jugendverbandarbeit

- von jungen Menschen **selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet**
- auf Dauer angelegt
- Ziel: Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck zu bringen und zu vertreten

Selbstverständnis des DBJR 2011: „Impulse für eine starke Demokratie“

Jugendverbände

... machen Demokratie

- sind Orte gelebter Demokratie
- als demokratische Organisationen legitimiert, die Interesse junger Menschen zu vertreten
- sind eingebunden in das demokratische System der Willensbildung und Entscheidungsfindung
- sind Impulsgeber für die Gesamtheit der Zivilgesellschaft

... machen Demokratiebildung

- ermöglichen es jungen Menschen, erste praktische Erfahrungen in einem demokratischen System zu sammeln

Theoretische Potenziale der Jugendverbandsarbeit

→ Vereinsprinzipien gewährleisten Einheit von demokratischer Partizipationspraxis und Demokratielernen im Verein (Richter, E. et al 2016)

Demokratie als Bildungsgegenstand	Demokratie als Bildungsstruktur	Demokratie als Erfahrung
<p>Welche politischen Inhalte werden vermittelt? Wie wird Demokratie zum Thema? Zu welchen Anlässen wird über Demokratie im Jugendverband diskutiert? Wie wird Wissen z.B. über Wahlen, Entscheidungsverfahren usw. vermittelt?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Juleica • Seminare und Exkursionen • Arbeitsgruppen und Projekte zur Weiterentwicklung • Mitgliederversammlungen 	<p>Wie demokratisch sind die Strukturen? Wie transparent sind die Entscheidungsverfahren? Welche Gesetze, auch untergeschriebenen Gesetze, gelten?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Satzung, Ordnung • Moderation • Verfahren • Tradition 	<p>Wie eignen sich Kinder und Jugendliche Demokratie im JV an? Welche Bildungserfahrungen machen sie? Inwiefern nehmen sie sich als mündige politische Subjekte wahr?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungslernen • Selbstwirksamkeit • Umgang miteinander

(eigene Darst. in Anlehnung an 16. Kinder- und Jugendbericht (Deutscher Bundestag 2020))

Sample und Forschungsfragen

- **3 Jugendverbände:**

BUNDjugend Baden-Württemberg,
Evangelisches Jugendwerk Württemberg (EJW),
Jugend des DAV Baden-Württemberg (JDAV)

- **35 Teilnehmende**

im Alter 16-36 J., Durchschnittsalter 22,9 J.,
Gruppenleitungen, Freizeitleitungen oder Vorstände

Verband	BUNDjugend	EJW	JDAV
	9 Personen	15 Personen	11 Personen

Forschungsfragen

- Wie erleben junge Menschen Partizipation und Demokratie in „ihrem“ Jugendverband?
 - formelle Partizipation und Demokratie in den Gremien
 - nonformelle und informelle Aushandlungsprozesse (Gruppen- und Projektebene)
 - Bildungsangebote
- Bei welchen Themen wünschen sich junge Menschen mehr Mitbestimmung? Wie müsste diese Mitbestimmung gestaltet werden?
- Inwiefern eröffnet die demokratische Erfahrung im Jugendverband Wege zu zivilgesellschaftlichen Aktionsformen (z.B. für Klimaschutz oder gegen Rassismus)?

(Ahlrichs & Hoffmann, 2022)

Vorgehen

(Forschungsmethode: Handlungspausenforschung, vgl. Richter et al. 2003)

Vorbereitung	Datenerhebung		Datenauswertung			Datenverwendung
Januar 2021	Februar 2021	März/ April 2021	Mai 2021	Mai/ Juni/ Juli 2021	Oktober 2021	November 2021 bis heute
<p>Sample-bildung</p> <p>Kontakt herstellen</p> <p>Leitfaden-Erstellung</p>	<p>Pretest: Erste Gruppen-diskussion</p>	<p>Gruppen-diskussionen mit gemeinsamer Fragestellung (Padlet)</p>	<p>Transkription</p> <p>Kommunikative Validierung</p>	<p>Qual. Inhalts-analyse nach Mayring – Ergebnis 10 Thesen</p>	<p>Argumentative Valdierung – Ergebnis revidierte Fassung der 10 Thesen</p>	<p>Veröffentlichung</p> <p>Gesprächs-angebote an Jugendverbände, LJR</p> <p>Studenttag</p>
<p>Forschungs-Team</p>	<p>Forschungsteam mit 7 Teilnehmenden</p>	<p>Insgesamt 35 Teilnehmende – nur online</p>	<p>Angebot an alle Teilnehmenden</p>	<p>Forschungs-Team</p>	<p>14 Teil-nehmende in vier Gruppen – online und Präsenz</p>	<p>Forschungs-Team</p>

(Ahlrichs & Hoffmann, 2022)

Ausgewählte Ergebnisse (1)

- 1. Demokratiebildung findet vor allem als Erfahrungslernen statt:** „Mir fällt kein anderer Ort ein, wo ich Demokratie gelernt habe könnte, weil ich sonst keinen anderen Ort so direkt demokratisch wahrnehme wie die Jugendarbeit.“ (JV 3.1, Z. 178)
- 2. Jugendverbände vermitteln Selbstwirksamkeitserfahrungen:** „Ich glaube durch die Jugendarbeit habe ich vor allem gelernt, dass meine Stimme nicht nur eine Meinung ist, sondern die auch wirklich was bewirken kann, indem ich mich für Dinge einsetze, indem ich mit den richtigen Leuten rede, indem ich Strukturen verstehe und weiß, wo ich ansetzen muss, damit sich irgendetwas verändern kann“ (JV 3.1, Z. 161)
- 3. Engagierte trauen sich „ins kalte Wasser zu springen“ (Verantwortung zu übernehmen), weil Mitarbeitende sie ermutigen, sich einen begleiteten Erfahrungsraum anzueignen:** „Man wird drangeführt und dann irgendwann kann man eben selbst Touren übernehmen, für die man sonst nicht den Mut gehabt hätte“ (JV 1.2, Z. 86)

(Ahlrichs & Hoffmann, 2022)

Ausgewählte Ergebnisse (2)

4. **Im Jugendverband treffen sich homogene Milieus, aber es gibt trotzdem kontroverse Debatten zu verbandsinternen Themen:** „Man hat schon das gleiche Ziel. Aber viele verschiedene Menschen wollen mit verschiedenen Methoden da rangehen. [...] Und da gibt es durchaus kontroverse Debatte.“ (AV 3, Z. 186)
5. **Teilnehmende haben nicht in allen Jugendverbänden Anteil an der demokratischen Mitbestimmung:** „Bei uns ist der einzige, der oft nichts zu melden hat, der Teilnehmende.“ (JV 1.1, Z. 11). Grundsätzlich wird jüngeren Teilnehmenden weniger Mitsprache zugetraut als älteren.
6. **Der Jugendverband befähigt junge Menschen zu politischem Engagement:** Jugendverbandsarbeit wird als „Sprungbrett“ (JV 2.1, Z. 44) bezeichnet.

Handlungs- und Reflexionsempfehlungen für die Jugendverbandsarbeit

Demokratie als Bildungsgegenstand

- Die Reflexion von Demokratie und Mitbestimmung erfolgt in den Jugendverbänden sehr unterschiedlich, häufig zufällig. Können solche Gelegenheiten institutionalisiert oder konzeptionell verankert werden?
- Jugendverbände sind überwiegend geprägt durch relativ homogene Milieus. Wie bewusst ist diese Homogenisierung und ist sie Gegenstand eines Aushandlungsprozesses? Wie werden Exklusionsprozesse reflektiert?

Demokratie als Bildungsstruktur

- Demokratische Strukturen sind vorhanden, aber es bleibt die Frage „für wen?“. Wie können Teilnehmende stärker in die Mitbestimmungsstrukturen integriert werden.
- Gremien werden zum Teil als wenig jugendgemäß beschrieben. Welche Formate sind sinnvoll, damit junge Menschen sich stärker beteiligen können?

Demokratie als Erfahrung

- Kontroverse Debatten werden geführt, aber in relativ homogenen Milieus innerhalb des Jugendverbands. Wie gelingt der Schritt von der Binnenöffentlichkeit zur politischen Öffentlichkeit / Kommune?
- Lebenswelt (Jugendverband) und System (Erwachsenenverband) werden als Sphären wahrgenommen, die sich nicht auf Augenhöhe begegnen. Welcher Bildungsauftrag folgt hieraus?

4.

Empirie 2: Jugendbeteiligung auf Landkreisebene

Ergebnisse einer Evaluation in Baden-Württemberg. Unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Projekt- und Evaluationsziele

Projektziele:

- Steigerung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene
- Schaffung nachhaltiger Dialog- und Beteiligungsstrukturen, auch auf Landkreisebene
- Stärkung bestehender Strukturen und Entwicklung neuer, niederschwelliger und inklusiver Beteiligungsformen
- Chance zur Umsetzung neuer Jugendbeteiligungsprojekte in Kommunen (Förderung der Identifikation mit der Heimatregion durch aktive Beteiligung / soziale Eingebundenheit)
- Vernetzung der Ebenen der kommunalen Selbstverwaltung in Kommune und Landkreis über die Formate

Evaluationsziele:

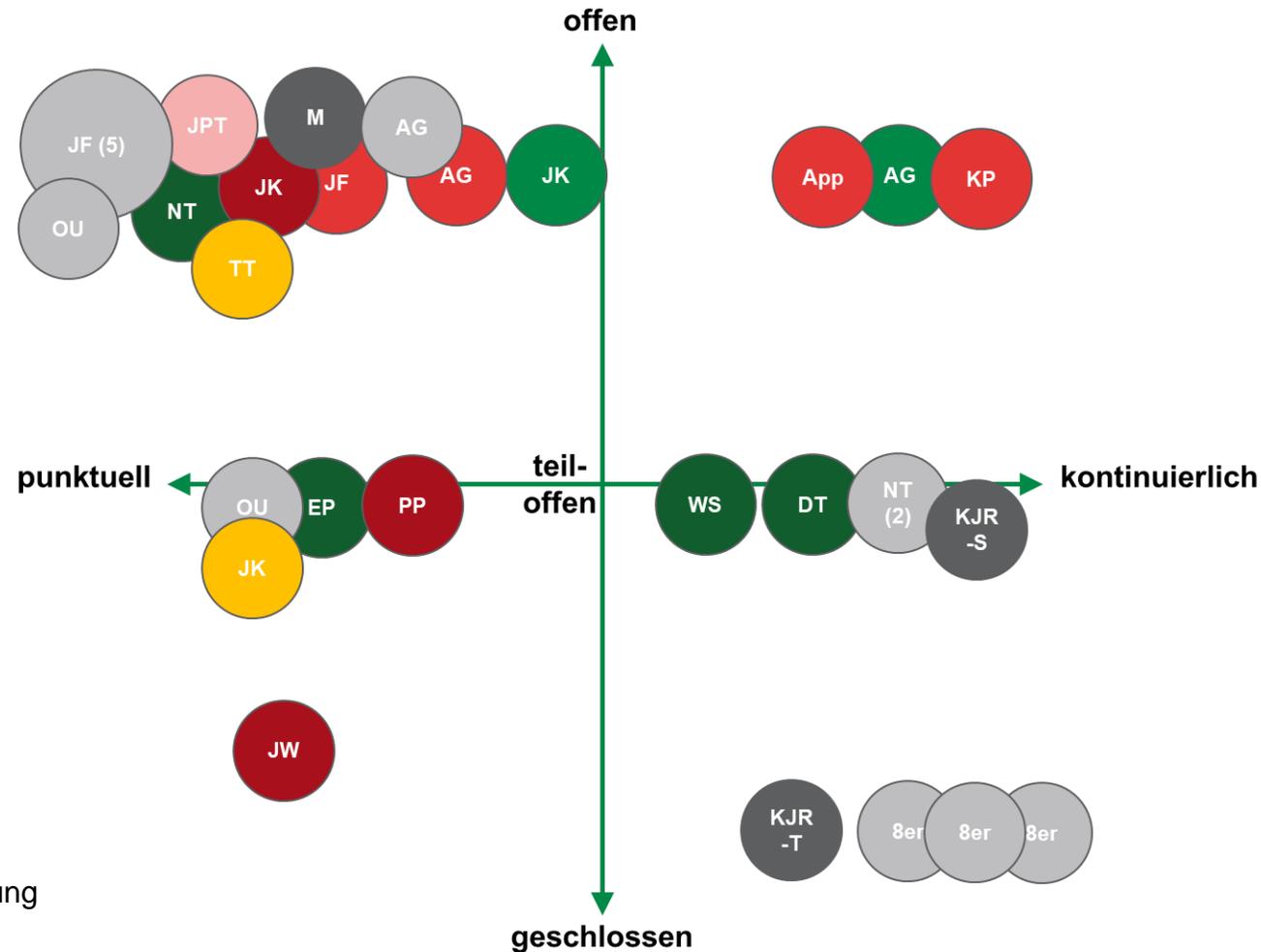
- Erkenntnisse über die partizipative Einbindung von Jugendlichen in die politischen Prozesse liefern
- Faktoren für eine gelingende Partizipation Jugendlicher identifizieren
- Mögliche Partizipationshemmnisse identifizieren
- Dialogformate für eine breite Beteiligung Jugendlicher identifizieren

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Vielfältige Dialog- und Beteiligungsformate

JK Jugendkonferenz
 JF Jugendforum
 JPT Jugendpolitiktag
 JW Jugendwettbewerb
 TT Thementage
 WS Workshops
 EP Ergebnispräsentation
 NT Netzwerktreffen
 DT Digitale Treffen

AG Arbeitsgruppe
 PP Planungsprozess
 KP Kampagne
 M Messeauftritt
 App Jugend-App
 8er 8er-Rat-Treffen
 OU Onlineumfrage
 KJR-S Kreisjugendrat Sitzung
 KJR-T Kreisjugendrat Klausurtagung



- Bodenseekreis
- Emmendingen
- Esslingen
- Freudenstadt
- Konstanz
- Lörrach
- Reutlingen
- Rhein-Neckar

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Methode: Qualitative Befragungen

Mit Jugendlichen:

- 6 Gruppendiskussionen: Landkreise Emmendingen, Esslingen, Freudenstadt, Konstanz, Lörrach, Reutlingen (jeweils digital) sowie 2 Tiefeninterviews im Bodenseekreis (jeweils digital)
- Insgesamt 20 Jugendliche, davon
 - 8 weiblich / 12 männlich
 - 8 im Alter von 14 - 17 Jahre, 12 im Alter von 18 - 25 Jahre
 - 9 Gymnasium, 2 Realschule, 2 Gesamtschule, 5 Auszubildende, 2 Studierende

Mit Fachkräften:

- 1 Gruppendiskussion Projektstart (vor Ort) mit 8 Fachkräften, davon 6 Pilotlandkreise sowie ein weiterer Landkreis vertreten
- 1 Gruppendiskussion Projektende (digital) mit 11 Fachkräften, davon alle 8 Pilotlandkreise vertreten
- 1 Tiefeninterview im Landkreis Rhein-Neckar (vor Ort)

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Methode: Quantitative Befragung

Veranstaltungsbewertung

- Besuchte Veranstaltungen und Art der Teilnahme
- Motivation und Ziel der Teilnahme
- Bewertung einzelner Bestandteile der Veranstaltungen
- Bewertung des Beteiligungsprozesses und der Umsetzung von Anliegen

Gelingensbedingungen für Jugendbeteiligung

- Optimierungsmöglichkeiten zur Steigerung der Teilnahmemotivation an Beteiligungsveranstaltungen

Politische Einstellung und ehrenamtliches Engagement

- Bereiche und Umfang des ausgeübten ehrenamtlichen Engagements
- Stellenwert von Politik
- Politische Richtung (Parteipräferenz)

Soziodemografische Informationen

- Geschlecht
- Alter
- Bildungshintergrund der Eltern
- Besuchte Schulform

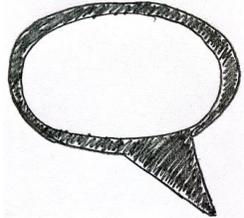
Online-Fragebogen

- Einladung per E-Mail mit Link zum Fragebogen durch die Fachkraft des jeweiligen Landkreises
- 09. Januar - 09. Februar 2024
- 2.427 Teilnahmen über alle Dialog- und Beteiligungsformate
- Es durften nur 283 Jugendliche zur Onlineumfrage eingeladen werden
- Rücklauf: $n = 42$ (15%)

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Ausgewählte Ergebnisse (1): Motivation für die Beteiligung an den Jugenddialogen

- 90% begründen ihre Teilnahme damit, dass Jugendliche und ihre Sichtweisen bisher in der Politik zu wenig berücksichtigt wurden:



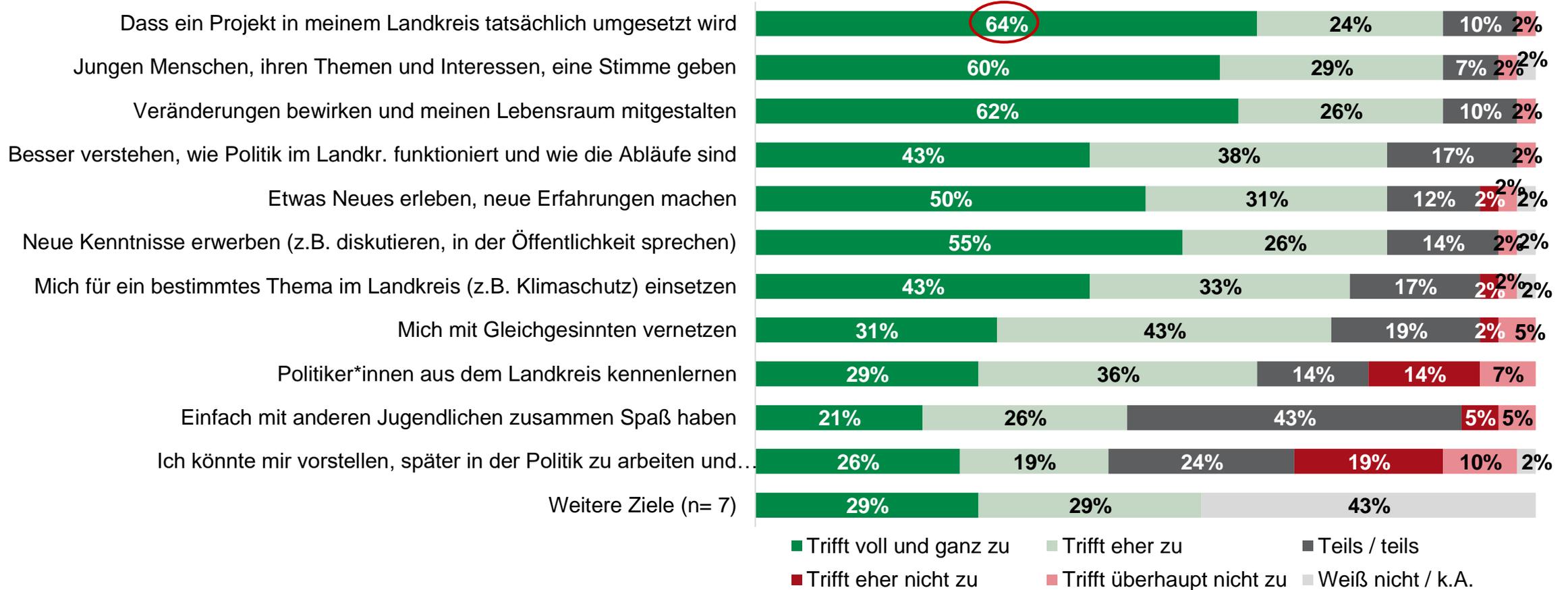
"Also mir ging es darum, jungen Menschen eine Stimme zu geben, auf dieser Landkreisebene, auf dem Kreistag eben zu sagen, okay, wir haben auch dort Interessen, die jungen Menschen wichtig sind und die werden nicht gehört. (...) Und das war so eine intrinsische Motivation, die gesagt hat, okay, ich möchte es ändern." (männlich, 20 Jahre, Landkreis 1, Zeile 322)

- 80% sind bestimmte Themen grundsätzlich wichtig und wollen deswegen aktiv werden
- 73% wollen mit Politiker*innen in den direkten Austausch kommen
- 63% wollen andere Jugendliche mit ähnlichen Interessen kennenlernen

n = 41, jeweils „trifft voll und ganz“ oder „trifft eher zu“

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Ausgewählte Ergebnisse (2): Ziele der Teilnahme

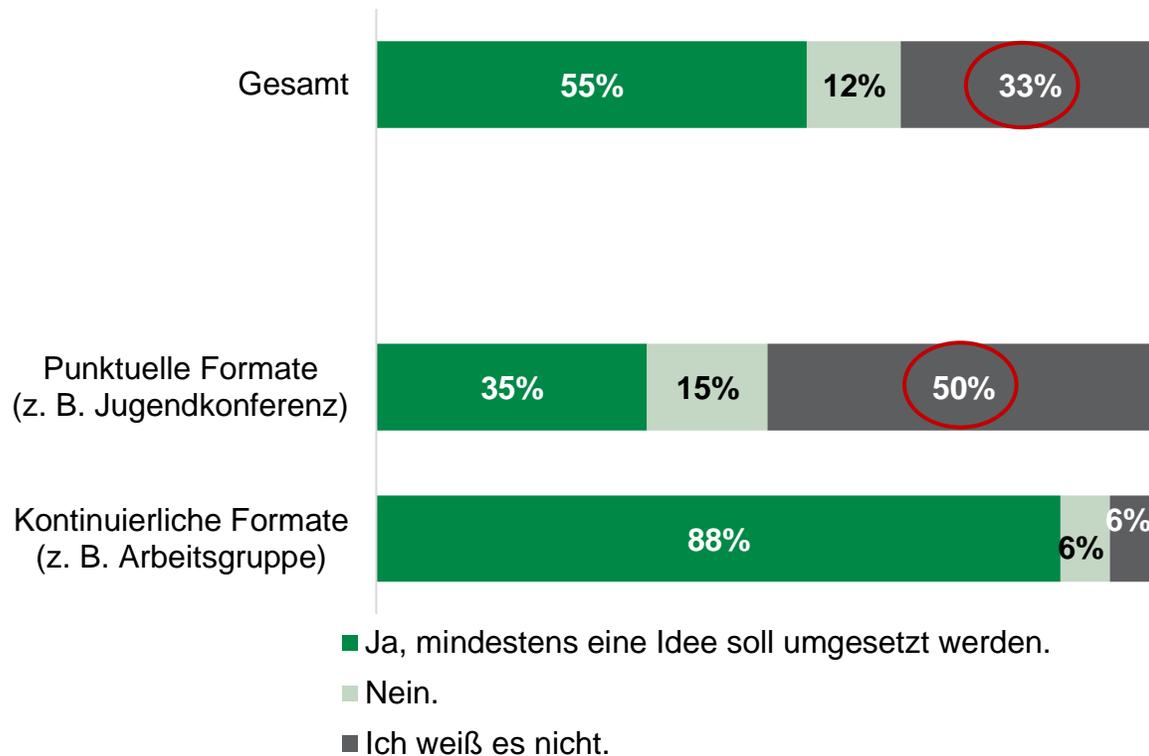


n = 42
 Frage: Was wolltest du in diesem Jugenddialoge-Projekt erreichen?
 Wie wichtig sind oder waren die folgenden Ziele für dich?

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Ausgewählte Ergebnisse (3): Erfolgsfaktoren

Geplante Umsetzung von Anliegen



n = 42

Frage: Ist für eure Ideen / Anliegen aus der Veranstaltung
[Name] die Umsetzung geplant?

- Jugendliche haben eine andere Zeitwahrnehmung und **erwarten kurzfristig umgesetzte Ergebnisse und Information darüber**
- Bei der Kommunikation mit den Jugendlichen zur Rückkoppelung von Ergebnissen ergab sich, insbesondere bezüglich der punktuellen, offenen Formate für die Fachkräfte das **Hemmnis, keinen direkten Zugang zur Zielgruppe mehr zu haben**
- **Permanente Kommunikation erforderlich** – auch, wenn sich in Bezug auf das Anliegen nichts Neues ergeben hat

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Zusammenfassung zum Forschungsprojekt Jugendbeteiligung auf Landkreisebene

Gelungen ist, ...

- erfolgreiche Veranstaltungen zu konzipieren
- für Spaß zu sorgen
- Politiker*innen nahbarer werden zu lassen
- zu weiterem Engagement zu motivieren
- eine große Zahl an Jugendlichen zu beteiligen
- Kenntnisse und Wissen der Jugendlichen zu erweitern
- Jugendliche zu vernetzen

Herausfordernd ist, ...

- schnell und zeitnah Projekte umzusetzen (Selbstwirksamkeitserfahrung)
- Ergebnisse schnell an die Jugendlichen rückzukoppeln
- direkten Kontakt zur Zielgruppe halten
- weitere Kooperationspartner*innen einzubeziehen
- den Umsetzungsprozess in der Verwaltung noch stärker zu forcieren
- Jugendliche aller Bildungsgrade zu beteiligen

Im Blick zu behalten ist, ...

- Jugendgerechte Kommunikation - Social Media – Werbung mit bereits engagierten Jugendlichen und umgesetzten Projekten
- Positive Erfahrungen von Jugendlichen mit Politik über versch. Kanäle stärken - mehr Beteiligungserfahrungen in Schulen und Kommunen
- Ressourcen bereitstellen (Personal und Finanzmittel, auch Projektetats)
- Stakeholder und Schnittstellen der Jugendbeteiligung – Landratsämter, Schulen, Jugendverbände, OKJA, Kommunalpolitik und –verwaltung

(Sievers, Ebert & Ahlrichs 2024)

Handlungsempfehlungen für kommunale Jugendbeteiligung

Gesamtkonzept

- Einbeziehung aller relevanten Beteiligten für gemeinsames Verständnis und Ziele. Verbindungen von der Kommune über den Landkreis bis zur Landesebene schaffen, ohne Konkurrenzsituationen zu erzeugen und unter Berücksichtigung kommunaler Besonderheiten und struktureller Voraussetzungen
- Nutzung bestehender Strukturen, z. B. Ausweitung auf Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbände, Vereine

Ressourcenausstattung

- Aufstockung personeller Ressourcen sowie Fachkräfte hauptamtlich anstellen.
- Finanzielle Ressourcen (Projektetats), um Jugendlichen Handlungsspielräume zu ermöglichen

Gesetzliche Normen auf Landkreisebene

- Gesetze oder Verordnungen auf Landesebene
- Dienstanweisungen, Qualitätsrichtlinien und Leitlinien

Evaluation zeitnah an die Formate anbinden

- Von Beginn an einplanen, um Transparenz und flexible Steuerung zu ermöglichen
- Bewertungen direkt bei den Veranstaltungen durchführen lassen, sowie Kontaktdaten erfassen

5.

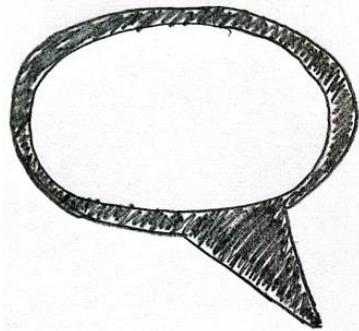
Fazit

Demokratische Mitbestimmung ist zunächst ein grundlegendes Recht und kein Mittel, um andere Ziele zu erreichen.

Gleichzeitig bringt Partizipation positive und erstrebenswerte Nebenwirkungen mit sich:

- So führt das Recht auf Mitbestimmung dazu, dass die betroffene Person als anerkanntes Mitglied eines demokratischen Gemeinwesens (Verein, Kommune) wahrgenommen wird. Sie oder er hat die Möglichkeit, eigene Interessen und Standpunkte in Diskussionen und Entscheidungen einzubringen.
- Dies fördert die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, da junge Menschen erleben, dass sie etwas bewirken und dies gemeinsam mit anderen erreichen können. Entscheidend hierfür ist eine transparente und zeitnahe Rückmeldung.
- Darüber hinaus kann die Anerkennung durch andere für ihr Engagement im Gemeinwesen (Verein, Kommune) das Selbstwertgefühl stärken und die Motivation für weiteres Mitwirken fördern.

Von der Beteiligung zur Teilhabe an der Politik



“Und was für mich früher Politik bedeutet hat, war so mehr oder weniger, dass es ganz viele Leute gibt, die alles so einfach für uns entscheiden, ohne dass wir da so richtig mitmachen können. Und jetzt ist es für mich tatsächlich das Gegenteil.

Ich habe durch die Jugendbeteiligung die Möglichkeit bekommen, mich politisch zu engagieren. Und das auch in einem sehr einfachen Rahmen. Also es ist nicht schwer, sich jetzt mittlerweile zu engagieren.“

(weiblich, 15 Jahre, Landkreis 3, Zeile 42)

Literatur

- Ahlrichs, Rolf, 2019. Demokratiebildung im Jugendverband. Weinheim / München.
- Ahlrichs, Rolf & Stefan Hoffmann, 2022. Demokratische Partizipation in der Jugendverbandsarbeit. Baden-Baden.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), 2022. Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung. Impulse zur Weiterentwicklung in Theorie und Praxis. Online: <https://standards.jugendbeteiligung.de>
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 1976. Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Frankfurt a. M..
- DBJR (Deutscher Bundesjugendring), 2011. Impulse für eine starke Demokratie, Position 80 des Deutschen Bundesjugendrings. Berlin.
- Deutscher Bundestag, 2020. 16. Kinder- und Jugendbericht. Berlin.
- Gerdes, Jürgen, 2020. Demokratiebildung. In: U. Bauer, U. Bittlingmayer, & A. Scherr (Hrsg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie (S. 1-26). Wiesbaden.
- Habermas, Jürgen, 2005. Vopolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates? In: J. Habermas & J. Ratzinger (Hrsg.), Dialektik der Säkularisierung (S. 16-37). Bonn.
- Hart, Roger, 1992. Children's Participation: From Tokenism to Citizenship, UNICEF Innocenti Essays No. 4, Florence: UNICEF
- Richter, Elisabeth, Helmut Richter, Benedikt Sturzenhecker, Theresa Lehmann & Moritz Schwerthelm, 2016. Bildung zur Demokratie. Operationalisierung des Demokratiebegriffs für pädagogische Institutionen. In R. Knauer & B. Sturzenhecker (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern (S. 106-129). Weinheim.
- Richter, Helmut, Thomas Coelen, Elisabeth Mohr & Lutz Peters, 2003. Handlungspausenforschung - Sozialforschung als Bildungsprozess. Aus der Not der Reflexivität eine Tugend machen. In H.-U. Otto (Hrsg.): Empirische Forschung und Soziale Arbeit. Ein Lehr- und Arbeitsbuch (S. 45–63). Neuwied.
- Schröder, Richard, 1995..Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und –gestaltung. Weinheim und Basel.
- Sievers, Petra, Lena Ebert & Rolf Ahlrichs, 2024. Jugendbeteiligung auf Landkreisebene. Ergebnisse der Evaluation der Jugenddialoge in Baden-Württemberg. Online: <https://www.eh-ludwigsburg.de/jugenddialoge>.

**Erweiterter Vortrag von
Dr. med. Hans-Joachim Maaz (Halle/S.)
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie
Facharzt für Psychosomatische Medizin und
Psychotherapie/Psychoanalyse**

**für die Enquetekommission „Demokratie und
Teilhabe leben – Beteiligung junger
Menschen stärken“**

Hessischer Landtag am 03.09.2025

Die Rolle von Beziehungen in der Persönlichkeitsentwicklung: Erkenntnisse aus Psychotherapie und Entwicklungspsychologie

Als Psychotherapeut und Psychoanalytiker referiere ich hier Erkenntnisse und Positionen aus der Forschung der Entwicklungspsychologie und der Säuglings- und Kleinkindforschung und aus meiner eigenen empirischen Forschung aus über fünfzig Jahren psychotherapeutischer Praxis, dabei achtundzwanzig Jahre klinische Arbeit mit etwa 15 000 stat. Behandlungen.

Ich fasse die wichtigsten und gesicherten Erkenntnisse kurz zusammen, um dann Schlussfolgerungen hinsichtlich der Fragen der Enquetekommission verständlich machen zu können.

Die wichtigste Erkenntnis ist, dass für die Persönlichkeitsentwicklung des Menschen nicht Erziehung förderlich ist, sondern eine optimale Beziehung erforderlich ist.

Erziehung ist immer ein einseitiges Machtgefälle von Subjekt und Objekt (Erwachsener-Kind):

Entweder autoritär, "Du musst tun, was ich dir sage", oder antiautoritär, "Du musst tun, was du willst" oder manipulativ, "Du musst tun, was für gut und richtig gehalten wird".

Dagegen wird eine Mutter-Vater-Kind oder Fremdbetreuer-Kind-Beziehung als eine wechselseitige Subjekt-Subjekt-Beziehung verstanden, die die jeweilige subjektive Einmaligkeit der Beziehungspartner für förderliche und hinderliche Entwicklungsbedingungen beachtet. In meiner klinischen Arbeit habe ich die wesentlichen mütterlichen und väterlichen Beziehungsqualitäten für eine gesunde oder gestörte Entwicklung empirisch erforscht.

Gute Beziehungsqualitäten	Schlechte Beziehungsqualitäten
<p>Mutterannahme Prinzipielle Annahme des Kindes durch die Mutter und seine existenzielle Bestätigung „Du darfst sein!“ – Das ist die Quelle von Urvertrauen.</p>	<p>Mutterbedrohung Prinzipielle Ablehnung des Kindes durch die Mutter „Du sollst lieber nicht sein!“ – Das ist die Quelle eines Urmisstrauens mit Gefühlen existenzieller Bedrohung und Nichtberechtigung.</p>
<p>Mutterförderung Die Mutter unterstützt das Kind energetisch durch Versorgung, Bejahung und Bestätigung der eigenen Entwicklung. „Ich unterstütze dein Leben!“ – Das führt in die existenzielle Freiheit.</p>	<p>Mutterbesetzung Die „Vampir-Mutter“ lebt energetisch vom Kind. Sie vereinnahmt das Kind für ihr eigenes Leben. „Ich brauche dich für mein Leben“ – Das Kind wird von der Mutter emotional missbraucht.</p>
<p>Mutterliebe Liebe heißt, alles zu tun, damit es dem Kind gut geht (einschließlich Konfrontation und Begrenzung). Es kommt nicht darauf an, was die Mutter für Liebe hält, sondern was vom Kind als Liebe erfahren werden kann (die Erfahrung, dass es wichtig ist und wirklich gemeint wird). Nur die Mutterliebe ermöglicht ein gesundes Selbstvertrauen als „narzisstische Sättigung“.</p>	<p>Muttermangel Die Mutter hat nicht genug Empathie, Liebesfähigkeit und Zeit für das Kind. Das Kind hält sich für nicht liebenswert und entwickelt Minderwertigkeitsgefühle und narzisstische Selbstwertstörungen, die es im „Größenselbst“ oder „Größenklein“ zu kompensieren versucht.</p>

<p>Mutterbestätigung Die Mutter erkennt ihr Kind als eigenständigen Menschen, sie bestätigt dessen Einzigartigkeit, Andersartigkeit und akzeptiert Abgrenzung. Diese individuelle Bestätigung ermöglicht wirkliche Unabhängigkeit und Autonomie.</p>	<p>Muttervergiftung Die Mutter hat Wünsche und Erwartungen an das Kind für ihren eigenen Selbstwert. Das Kind muss auf die Mutter achten und sich nach ihr richten. Die Mutter zwingt das Kind in eine Bindung an sie. Das Kind bleibt abhängig an die Mutter gebunden ohne die Erfahrung einer authentischen Identität.</p>
<p>Vaterliebe Der Vater nimmt das Kind in Liebe an. Der Vater lässt das Kind frei und unterstützt dessen expansive und kreative Möglichkeiten. Das Kind kann sich im Rahmen seiner Möglichkeiten frei entfalten.</p>	<p>Vaterterror Der Vater lehnt das Kind ab, erlebt es als Konkurrenten um die Muttergunst, schüchtert es ein, bestraft es und wertet es ab. So entwickelt sich ein gehemmter eingeschüchterter Mensch mit einem verborgenen Hass- und Gewaltpotential.</p>
<p>Vaterförderung Der Vater ist an der Entwicklung des Kindes interessiert und engagiert sich durch Anregung, Ermutigung, Förderung und Forderung. Es entwickelt sich ein mutiger, aktiver Mensch mit angemessenem Verantwortungs- und Pflichtgefühl</p>	<p>Vaterflucht Der Vater hat kein Interesse am Kind und der Familie, er ist selten da und im Grunde genommen nie erreichbar. Das Kind bleibt ungefördert, unerweckt, passiv, bequem und faul.</p>

<p>Vaterverständnis Der Vater erkennt die Möglichkeiten seines Kindes und akzeptiert wohlwollend dessen Begrenzung. Das ist die Basis für ein echtes, leistungsfähiges, aber entspanntes Leben.</p>	<p>Vatermissbrauch Der Vater wird zum Antreiber des Kindes, dessen Leistungen nie ausreichen. So entsteht der gestresste und überforderte Leistungsmensch.</p>
---	--

Dabei benutze ich symbolische Begriffe, die das Beziehungsverhalten verdeutlichen und auf den Punkt bringen sollen.

Mütterlichkeit und Väterlichkeit sind nicht an das Geschlecht gebunden. Es gibt mütterliche Väter und väterliche Mütter. Aber mütterliche und väterliche Beziehungsqualitäten sind unvermeidbare wie unverzichtbare Verhaltenseigenschaften jeder Entwicklung und in allen sozialen Verhältnissen: Es gibt auch „väterliche“ und „mütterliche“ Verhältnisse in Gruppen, Vereinen, Klubs, Institutionen, Schulen, bei der Polizei, dem Militär und auch in der Politik.

Positive mütterliche Eigenschaften sind einfühlen, verstehen, bestätigen, versorgen, beschützen und trösten: also Empathie und Liebe!

Positive väterliche Beziehungseigenschaften sind unterstützen, fördern und fordern, aktivieren und ermutigen, riskieren, probieren, verpflichten.

Die positiven frühen Beziehungsqualitäten sind die Grundlage für psychosoziale Gesundheit und auch die Voraussetzung für Liebes-, Friedens- und Demokratiefähigkeit.

Die negativen Beziehungsqualitäten, also Bedrohung, Ängstigung, Abwertung, Kränkung, Liebesmangel, Erpressung, Hemmung, Vernachlässigung, sind die Quelle für vielfache psychische und psychosomatische Erkrankungen und soziale Konflikte und dabei verantwortlich für die Entwicklung einer ideologischen und moralischen Einengung, für die Neigung zum Autoritarismus und Extremismus und für eine Gewaltbereitschaft und Kriegslust.

Die Folgen negativer früher mütterlicher und väterlicher Beziehungsqualitäten fassen wir als „Frühtraumatisierung“ oder „individuelle Selbstentfremdung“ zusammen.

Dabei ist ganz wichtig zu verstehen, dass Traumata eher selten einzelne schlimme Ereignisse sind, sondern leider weitverbreitete -fast normale-, komplexe Traumatisierungen in Form prinzipiell verletzender und defizitärer Beziehungserfahrungen sind.

Das erklärt dann auch die Vielzahl psychischer und psychosomatischer Erkrankungen, der Medien- und Spielsucht, der Drogen- und Alkoholsucht und wachsender gewaltbereiter, extremistischer, undemokratischer Entwicklungen.

Frühverletzungen sind immer mit tiefreichenden Gefühlen verbunden:

- mit Empörung und Wut bei Verletzung und Kränkung,
- mit seelischen Schmerz bei Liebesmangel,
- mit Trauer bei Verhinderung von Entwicklung.

Der Gefühlsumfang ist fast immer größer als die Ausdrucksmöglichkeiten und als die Fähigkeit und Erlaubnis für den Gefühlsausdruck.

Das hinterlässt einen Gefühlsstau, der als allgemeiner Stresszustand Erkrankungen fördert oder Menschen, Objekte und Situationen suchen lässt, um sich stellvertretend aggressiv oder schmerzlich abreagieren zu können.

Das ist die psychologische Quelle für Schuldprojektionen: „Du bist schuld“ und das Feindbild-Denken.

Um mit Selbstentfremdung und Liebesdefizit halbwegs überleben zu können, braucht der Mensch Kompensationen, Ablenkungen und Betäubungen.

Kompensation ist vor allem die Anpassung an alles, was die jeweils Mächtigen, also Eltern, Erzieher, Lehrer, Experten, Politiker und Medien, wollen, fördern und loben.

So kann man sekundär durch Anpassung erfolgreich sein, ohne noch erkennen zu können, sich in einem falschen Leben zu bewegen, was kollektiv dann eine Normopathie entstehen lässt.

Und zur permanenten Ablenkung helfen TV, PC, Handy und Co. Und für die Betäubung stehen Drogen, Medikamente, Alkohol, aber auch süchtiges Arbeiten und Kämpfen und Streiten zur Verfügung.

Diese Erkenntnis eröffnet ein ungewohntes Denken, nicht Symptome bekämpfen zu wollen, also zum Beispiel ein Verbot von Waffen, Drogen, Alkohol, politischen Parteien oder eine Online-Kontrolle zu fordern oder gegen Feindbilder und Andersdenkende kämpfen zu wollen, was letztlich immer ein unendliches und erfolgloses Unterfangen bleiben wird, weil nur Symptome

unterdrückt werden, aber keine Ursachen erforscht, erkannt und gelöst werden können. Also der Frage nachzugehen: Weshalb wird der Mensch süchtig? Wozu braucht er Ablenkung und Betäubung? Was macht seine Seele feindselig? Und welche Hilfen sind möglich? So muss ich zum Beispiel feststellen: Es sind nicht Videospiele oder Waffen, die jugendliche gewalttätig machen. Es sind nicht die Drogen oder der Alkohol, die süchtig machen. Es sind nicht die Handys, die junge Menschen beeinflussen. Es sind nicht die Kritiker und Gegner, die Hass erzeugen und auch nicht die Feinde, die in den Krieg zwingen, sondern es ist immer der Mensch, der eben durch Sucht, Ablenkung, Gewalt und Feindseligkeit seiner verletzten Seele Beruhigung, Ablenkung, Ausdruck und Abfuhr ermöglichen will.

Jetzt konkreter zum Grundbedürfnis der Partizipation:

Die psychodynamischen Voraussetzungen für gute oder gestörte Partizipation gelten ebenso als basale Fähigkeiten für die Liebesfähigkeit oder Hassimpulse, für die Friedensfähigkeit oder Kriegslust, für die Demokratiefähigkeit oder den Wunsch nach Autoritarismus.

Erlebte Frühbedrohung, Besetzung, Liebesmangel, Unfreiheit, Einschüchterung, Erpressung, Vernachlässigung, Überforderung. erschweren, pervertieren oder verhindern die Partizipationswilligkeit und -fähigkeit, wie auch die Liebes-, Friedens- und Demokratiefähigkeit.

Dagegen sind die Voraussetzungen für gute Partizipation, für Liebe, Frieden und Demokratie die frühe, als bedingungslos erlebte Lebensberechtigung und Liebe, die erfahrene Empathie als geliebt-, verstanden-, bestätigt-, gefördert- und freigelassen

Kognitive Fähigkeiten und politische Partizipation: Der Einfluss von Beziehungen und Digitalisierung

Auf die Fragen 1 und 3 der CDU nach dem kognitiven Fähigkeitsniveau und kognitiven Verzerrungen bezogen auf eine Partizipation ist zu wissen, dass Kognition als ein Gesamtkomplex unserer Hirnleistung abhängig ist von Übung und Beziehung.

Das Gehirn braucht Übung durch Lesen, Hören, Sprechen, Denken, Spielen, Singen u.a.

Dagegen sind Digitalisierung und künstliche Intelligenz eine große Behinderung für kognitive Übungen.

Der Abbau von kognitiven Leistungen durch digitale Sucht kann nur durch Beziehung vermindert werden.

Die Beziehungsqualität beeinflusst entscheidend die kognitiven Fähigkeiten. Durch negative Beziehungserfahrungen aus der frühen Entwicklungsgeschichte, die als Bedrohung, Angst, Abwertung, Hemmung verinnerlicht sind, werden die Chancen einer sozialen Partizipation insgesamt eingeschränkt. Man hört, sieht, denkt und tut nur noch das, was ehemals autoritär oder manipulativ erzwungen wurde.

Schlimmer noch, eine lebensbejahende Gemeinschaft wird eher gemieden, weil sie unbekannt ist, aber mit der Gefahr belastet, an erlittene Defizite und Traumatisierung erinnert zu werden.

Dagegen wird eher eine Partizipation an Gemeinschaften gesucht, die eine abhängige Gefolgschaft ermöglichen, einseitiges Denken wünschen und Mitläufertum loben.

Die damit verbundenen kognitiven Verzerrungen sollen vor Einsicht in die eigene Fehlentwicklung schützen und den vorhandenen

Gefühlsstau mit Hass, Hetze und Diffamierung gegen Andersdenkende abreagieren.

Die Partizipation an und für demokratische Prozesse braucht autonome Persönlichkeiten. Wird das nicht beachtet, wird nicht nur die Effektivität der Partizipation eingeschränkt, sondern es droht eine Umwandlung demokratischer Partizipation in psychosoziale Abwehr- und Spaltungsprozesse mit ideologischen, moralischen und irrationalen Inhalten.

In dieser Hinsicht wäre auch die psychodynamische Quelle einer politischen „Brandmauer“ zu erforschen.

Die Bedeutung von Partizipation für seelisches Wohlbefinden und gesellschaftliche Stabilität

Die SPD, die AfD und auch die Grünen fragen, ob Partizipation als Grundbedürfnis verstanden werden kann mit den Effekten gelingender und fehlender Partizipation.

Ein eindeutiges Ja ist meine Antwort.

Partizipation als Teilhabe, Mitsprache, Einbeziehung ist ein psychosoziales Grundbedürfnis mit dem seelischen Erleben, wichtig zu sein, damit den Selbstwert stärkend im Sinne eines gesunden Narzissmus und mit der sozialen Erfahrung, dazuzugehören zu einer Gemeinschaft, das gibt Halt, Orientierung und fordert soziale Bezogenheit.

Gelingende Partizipation mindert Angst und Unsicherheit, vermindert Stress und stärkt damit das Immunsystem. Fehlende Partizipation macht unsicher, erzeugt Angst, Gefühle der Einsamkeit und Verlassenheit. Der damit verbundene Stress fördert eine Erkrankungsanfälligkeit und verstärkt eine psychosoziale Abhängigkeit und Verführbarkeit.

Aber es geht nicht nur um gelingende oder fehlende Partizipation, sondern um die Inhalte und Ziele der Partizipation. Denn eine Selbstentfremdung macht natürlich auch anfällig für jede Form der Gemeinschaft. Das heißt, lebensfeindliche, destruktive, gewaltaffine Gemeinschaften sind besonders für früh- frustrierte Menschen mit Gefühlsstau anziehend, weil sie einerseits Zugehörigkeit vermitteln und andererseits in Feindbildprojektionen Abfuhr des Gefühlsstaus fördern.

Partizipation ist ein psychosoziales Grundbedürfnis, aber ob eine Beteiligung an lebensbejahenden und demokratischen oder lebensfeindlichen und destruktiven Angeboten gesucht wird, hängt von der Persönlichkeitsentwicklung ab.

Je größer die Frühstörung ist, desto größer ist die Gefahr und Tendenz zur Partizipation mit destruktiven Zielen.

Die Psychodynamik von Extremismus ist in etwa gleich, egal ob links, rechts, religiös fundamentalistisch, extrem kapitalistisch oder sozialistisch- immer geht es um Kompensation von psychosozialen Frühstörungen mit der Chance, die jeweils anderen als Feinde anzusehen.

Frühstörung der Persönlichkeit braucht zur Abwehr der eigenen Selbstentfremdung eine Ideologie für den eigenen Lebensirrtum und eine enge Moral zur Einengung von Wahrheit und Realität und im Falle von Macht über andere das Schüren von Angst, um Abhängigkeit zu fördern.

Dagegen ist eine frühe Selbstwertstabilisierung durch entwickelte Autonomie und freies Denken nahezu ein Bollwerk gegen menschenfeindliche Einstellungen und fördert die sozialen Fähigkeiten für eine Partizipation an friedfertigen, kreativen und demokratischen Aufgaben - für sich selbst und für andere durch aktives Vorleben.

Die Bedeutung innerseelischer Demokratie für die gesellschaftliche Teilhabe und den Erhalt demokratischer Strukturen

Bei der Frage der AfD nach dem Demokratiebegriff muss zwischen einer nur äußeren und einer innerseelischen Demokratie unterschieden werden.

Eine nur äußere Demokratie ist als politische Verordnung durchaus möglich und zwar ganz unabhängig von den Persönlichkeitsstrukturen. So konnten selbst ehemalige Nazis, SA oder SS-Leute nach 1945 oder Kommunisten und Stasi-Leute nach 1990 von heute auf morgen „Demokraten“ werden.

Eine politische Demokratie kann aber nur auf Dauer gesichert werden mit der Mehrheit einer Bevölkerung mit innerseelischer Demokratie, sonst bleibt es ein fragwürdiges Demokratiespiel mit der Gefahr der Entwicklung autoritärer Strukturen zur „Rettung“ in Krisenzeiten.

Man kann Demokratie geloben und behaupten oder leben!

Eine innerseelische Demokratie ist nur erreichbar durch positive Persönlichkeitsstrukturen, vor allem durch einen gesicherten Selbstwert und eine erreichte Autonomie, damit der Mensch auch mit sich selbst demokratisch umgehen kann, also alle seine inneren Konflikte und Ambivalenzen, die eigenen Schwächen und Fehleinschätzungen im inneren Disput zu verstehen und zu klären in der Lage ist.

Dagegen werden alle negativen Persönlichkeitsstrukturen nur solange Demokratie mitspielen können, solange ihre materielle und soziale Sicherheit auch politisch gesichert werden. Also eine äußere

Lebensqualität die inneren Verunsicherungen und eine psychische Labilität kompensiert.

Aber in der gesellschaftlichen Krise werden dann autoritäre Rettungswünsche mit Schuldzuweisungen durch Feindbildprojektionen die äußere Demokratie zerstören, so entstehen feindselige Spaltungen in der Gesellschaft.

Einen solchen entscheidenden Unterschied zwischen äußeren Verhältnissen und innerseelischen Prozessen kann man ebenso für

- eine äußere und innere Zufriedenheit,
- für einen äußeren oder inneren Frieden,
- für eine äußere oder innere Freiheit machen.

So kann man z. B.

- äußerlich alles erreicht haben und innerlich doch unglücklich geblieben sein. (Das ist typisch für „falsches Leben“)
- Liebe beteuern und den „Geliebten/die Geliebte“ mit Erwartungen überfordern
- oder für Frieden kämpfen und sich doch im „Krieg“ mit Partnern, Kindern, Nachbarn befinden.
- oder sich äußere Freiheiten wünschen und fordern und doch aufgrund von Ängsten, Hemmungen, Zwängen und Abhängigkeiten gar nicht frei zu leben in der Lage sein.
- oder Demokratie fordern und vertreten und doch den Kontakt und den Disput mit Kritikern verweigern.

Jugendliche mit Persönlichkeitsstörungen als Folge von Frühtraumatisierung, mit erlebter Abwertung, Ablehnung, einem Nicht-verstanden und Nicht-bestätigt-sein, einem Nicht-freigelassen-sein und Nicht-gefördert-sein, haben im Grunde genommen keine Fähigkeiten zur demokratischen Partizipation entwickeln können.

Aber sie können Interesse entwickeln, an Gemeinschaften zu partizipieren, die Vorurteile, Projektionen, Feindbilder pflegen und Verfolgung von Andersdenkenden und Gewalt unterstützen, um sich dann selbst groß und stark zur Abwehr der eigenen tiefen Selbstwertstörung fühlen zu können und um für ihren Gefühlsstau Gegner zum abreagieren finden zu können.

Der Einfluss von Persönlichkeitsstrukturen auf die Partizipation: Zwischen Grundbedürfnis und Manipulation

Bei der Frage von Bündnis90/ Die Grünen nach den Barrieren von Beteiligung geht es aus meiner Sicht vor allem um die inneren Behinderungen, die ich so zusammenfasse:

Je größer die Persönlichkeitsstörungen in Form von Selbstunsicherheit und Ängstlichkeit sind, desto größer sind Hemmungen und ein Desinteresse an Partizipation.

Bei dominierender Abhängigkeit wird die Frage der Partizipation erheblich durch Werbung bis zu einer Verführung beeinflusst. Psychosoziale Abhängigkeit fragt nicht nach links oder rechts, nach guten oder schlechten Zielen, sondern es geht dann bei nicht gut entwickelter Autonomie um eine Art Notbeteiligung als bloße Gefolgschaft, die Ich-Schwäche mit einem Gemeinschaftsgefühl zu kompensieren bemüht ist - Hauptsache, man gehört dazu, egal, um welche Inhalte es sich handelt.

Dagegen wird bei gesunder Persönlichkeitsentwicklung - also bei erlebter Lebensberechtigung, gesicherter Identität, bestätigtem Selbstwert und erreichter Autonomie Partizipation auch als gesundes soziales Grundbedürfnis gelebt werden und fördert und stärkt dann weiterhin den Selbstwert, die Kreativität, den Gemeinschaftssinn, das Demokratieerleben und den Lebenssinn.

Die Persönlichkeitsstruktur entscheidet sowohl über Barrieren oder einer natürlichen Lust an Beteiligung als auch über extremistische oder demokratische Partizipationsziele.

„Gegen etwas“ fördert Spaltung und Feindseligkeit-„ Für etwas“

fördert Gemeinschaft und zieht jeweils entsprechende
Persönlichkeiten an.

Die Anfälligkeit Jugendlicher für extremistische Ideologien: Eine Analyse autoritärer Bedürfnisse und deren gesellschaftliche Auswirkungen

Die FDP interessiert sich für die Anfälligkeit Jugendlicher für extremistische politische Positionen.

Das ist sehr gut erforscht.

Bereits die Sozialforschung von Max Horkheimer (7) Ende der 1920er-Jahre und später von Theodor Adorno (1), ergaben eine weitverbreitete Sehnsucht nach Autoritarismus und Gruppenidentität als Erklärung für die faschistische Bewegung. Der Psychoanalytiker Wilhelm Reich (13) mit der „Massenpsychologie des Faschismus“ und die Schriften von Erich Fromm (6/7) zur „Anatomie der menschlichen Destruktivität“ und „Der autoritäre Charakter“ haben grundlegende Erkenntnisse über die Psychodynamik der Unterwerfung, des Gehorsams und der Verehrung für und die Sehnsucht nach autoritären Führern herausgearbeitet.

Und seit Jahren gibt es dazu auch die Leipziger Autoritarismus-Studien (3).

Ich verstehe mich in der Tradition dieser Forschung. So habe ich zum Beispiel auch in Anlehnung an Wilhelm Reich während der Wendezeit in der DDR einen Vortrag zur „Massenpsychologie des Stalinismus“ als ein autoritäres Psychogramm der DDR gehalten. Diese empirische Forschung habe ich dann in „Der Gefühlsstau“ (9) veröffentlicht.

Meine Antwort auf die Frage der FDP lautet: (siehe auch Tabelle der frühen Prägungsformen und Literatur 12):

Es gilt als gesichert, dass Frühstörungen mit der Folge von narzisstischen Defiziten, (Muttermangel), von psychosozialer Abhängigkeit (Muttervergiftung) und sozialer Vernachlässigung (Vaterflucht) autoritäre Führungswünsche entwickeln lassen, um Halt, Orientierung und Schutz bei Selbstwertstörung zu finden. Und dabei fördern eine erfahrene Unterdrückung (Vaterterror) und ein Gehorsamszwang (Vatererpressung) eine starke Neigung zu gewaltaffiner Führung und zu einer Gemeinschaft mit Menschen, die Feindbilder brauchen, um Gefühlsstau abzureagieren. Dann verstärkt die kollektive Energie im Kampf „gegen etwas“ die Verleugnung der eigenen inneren Probleme.

Dagegen würde soziale Verständigung immer auch die Einsicht in die eigenen Einseitigkeiten und Fehleinschätzungen erfordern.

Alle früheren und heutigen Studien belegen die Genese der autoritären Strukturen als Folge gestörter früher Prägungen. Ebenso wie zwischen einer äußeren politischen und einer innerseelischen Demokratie zu unterscheiden ist, so auch zwischen einem autoritären System und innerseelischem Autoritarismus.

Dabei ist für die heutigen Verhältnisse zu verstehen, dass in demokratischen Strukturen, ohne autoritäre Führung, das Extremismusproblem damit nicht einfach aufgelöst ist, sondern wenn weiterhin die Folgen von Frühstörungen dominieren, dann wird das autoritäre Bedürfnis nur auf vielfache Objekte verteilt. Dann werden statt eines Führers einseitige politische, ökonomische, ideologische und moralische Interessen zur autoritären Macht erhoben, wie z.B. in der Corona-, Klima-, Energie-, und Kriegspolitik. Aber ebenso kann regierungskritische Opposition vorwiegend Symptom eines innerseelischen Machtbedürfnisses

Innerseelischer Autoritarismus erklärt das weit verbreitete Bedürfnis nach Abwertung und Ausgrenzung von Andersdenkenden, einerseits z.B. gegen Ungeimpfte, Querdenker, sogenannte Verschwörungstheoretiker, gegen Rechts und die AfD, bis zum ubiquitären Missbrauch der Nazikeule gegen Kritiker der Regierungspolitik und andererseits kann sich der Gefühlsstau als Feindseligkeit und Kampf gegen Migranten, den Islam, gegen Homosexuelle und Transsexuelle, gegen das Gendern, gegen die Energie- und Klimapolitik, gegen die Coronamaßnahmen, gegen Waffenlieferung und Feindschaft gegen Russland entladen wollen.

Autoritarismus bedient sich immer einseitiger Argumente - egal ob „links“ oder „rechts“.

Feindselige Spaltung wird aber nahezu gebraucht, um sich trotz eigener Realitätsverzerrung im Recht fühlen und einem Gegner Unrecht zuweisen zu können.

Nur im offenen, freien demokratischen Disput können Einseitigkeiten, Fehleinschätzungen und Abwehrbedürfnisse der eigenen Selbstentfremdung auf allen Seiten erkannt und geklärt werden. Das ist die Notwendigkeit, um Realitäten wirklich zu erfassen und aus einem autoritären Kampf zu befreien.

Je größer die ungelösten und nicht mehr demokratisch diskutierten Probleme einer Gesellschaft werden, desto größer wird der Wunsch nach Rettung durch autoritäre Führung und Kontrolle.

Das kann dann leider auch demokratische Strukturen zunehmend zerstören und eine Demokratie kann zur Normopathie pervertieren.

Optimierung der Frühbetreuung und Förderung von Demokratie durch beziehungs-dynamisches Lernen

Was sind die Schlussfolgerungen?

1. das oberste politische Ziel wäre, die Frühbetreuung der Kinder so zu optimieren, dass in der Persönlichkeitsentwicklung keine Selbstentfremdung geschieht. Das ist vor allem eine beziehungs-dynamische Aufgabe und weniger eine pädagogische. Damit wären die höchsten menschlichen Werte: Liebe, Freiheit, Frieden und Demokratie zu sichern.

Denn lieben kann nur, wer sich selber liebt. (Was von einer egoistisch-narzisstische Selbstliebe zu unterscheiden ist!) In Freiheit verantwortlich leben kann nur, wer frei ist von persönlichkeitsbedingten Ängsten, Zwängen und Hemmungen. Sozialen Frieden kann nur halten, wer mit sich selbst in Frieden ist. Demokratie leben kann nur, wer innerseelisch Demokrat ist.

2. Gefühlkunde sollte ein Schulfach sein oder zumindest in Demokratieseminaren vermittelt werden, um zu lernen, Gefühle wahrzunehmen, vollständig zum Ausdruck bringen und je nach Situation auch bewusst kontrollieren zu können.

3. Demokratie lehren sollte nicht pädagogisch als Haltung gefordert werden, sondern vor allem beziehungs-dynamisch durch Vorleben vermittelt werden.

Die Praxis dazu sind:

- aktives Zuhören: wirklich zu hören, was gesagt wird und nicht, was man hören kann und will. -

- gewaltfreie Kommunikation: es geht nicht um Sieg oder Niederlage, um richtig oder falsch, sondern um freien

Meinungsaustausch, ohne Bewertungen. Eine Verständigung über realitätsgerechte Wahrheiten einer Gemeinschaft kann nur im freien Diskurs, einschließlich des Wissens um persönliche Interessen und Bedürfnisse gelingen.

- Beziehungskultur: Jeder sachliche Disput wird nicht nur politisch, ideologisch, moralisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich begründet, sondern immer auch persönlich: „ich vertrete diese Position, weil ich.....“

Das Ziel ist, sich persönlich verständlich zu machen und andere Positionen aus deren individueller Sicht wirklich zu verstehen.

Im Konfliktfall bin ich immer auch das Problem und der andere hat immer auch recht,

Die praktische Einschränkung der freien Meinungsäußerung durch vorschnelle Bewertungen, die nur einschüchtern und diffamieren, zum Beispiel: rechts-oder linksextremistisch, rassistisch, antisemitisch, islamophob, homophob, sexistisch, Verschwörungstheorie u.a.m. - ohne inhaltliche Erklärung, was wirklich gemeint ist und ohne die persönlichen Motive einer Position zu verstehen, sind der Tod der Demokratie.

Erst das Verstehen hilft - und zwar sich selbst und den anderen - Irrtümer zu erkennen, Fehleinschätzungen zu korrigieren, Kompromisse zu finden und nicht in einen gegenseitigen Kampf zu ziehen.

Undemokratisch ist: entweder - oder !
gut oder böse, richtig oder falsch. In der Regel: ich richtig - Du falsch!

Demokratisch ist: sowohl als auch: Jeder ist gut und böse, richtig und falsch.

Im Konflikt sind wir immer beide schuld, mit einseitigen
Fehleinschätzungen
Und diese Unterschiede sind nur durch beziehungskulturelle
Kommunikation zu klären und zu regeln.

Literatur:

1. Adorno, Th. W. (1995)
„Studien zum autoritären Charakter“
Suhrkamp Verlag Berlin
2. Bowlby, J. (1959)
„Über das Wesen der Mutter- Kind- Beziehung“
Psyche. 13, Seite 415 bis 456.
3. Decker, O., Brähler, E. (Hg.) (2022)
„Autoritäre Dynamiken“ -Leipziger Autoritarismus Studien seit 2002
Psychosozial Verlag Gießen.
4. Dornes, M. (1993)
„Der kompetente Säugling. Die präverbale Entwicklung des
Menschen.
Frankfurt am Main. Fischer Verlag.
5. Dornes, M. (1997)
„Die frühe Kindheit. Entwicklungspsychologie der ersten
Lebensjahre.“
Frankfurt am Main Fischer Verlag.
6. Fromm, E. (1974)
„Anatomie der menschlichen Destruktivität“. Deutsche
Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart.
7. Fromm, E. (2005)
„Die Pathologie der Normalität.“
Ullstein Taschenbuch, München.
8. Horkheimer, M.
„Traditionelle und kritische Theorie.“
Fischer Taschenbuchverlag Frankfurt am Main.
8. Klein, M. (1962)
„Das Seelenleben des Kleinkindes“. Klett Cotta -Verlag, Stuttgart
9. Maaz, H.-J. (1990)
„Der Gefühlsstau“
Argon Verlag Berlin.

10. Maaz, H.-J. (2013)
„Die narzisstische Gesellschaft“
C.H. Beck Verlag München.
11. Maaz, H.-J. (2017)
„Das falsche Leben“
C.H. Beck Verlag München.
12. Maaz, H.-J. (2018)
„Mütterliche und väterliche Beziehungsqualitäten als Grundlage der
Entwicklungspsychologie“
in Brock, I. (Hg.) „Wie die Geburtserfahrung unser Leben prägt“
Psychosozial Verlag Gießen
13. Reich, W. (1971)
„Die Massenpsychologie des Faschismus“.
Kiepenheuer und Witsch- Verlag Köln und Berlin.
14. Richter, H.-E. (2007)
„Wer nicht leiden will, muss hassen“ Psychosozial-Verlag,
Gießen.
15. Stern, D. (2000)
„Mutter und Kind. Die erste Beziehung“
Klett- Cotta Verlag, Stuttgart.



Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung junger Menschen stärken“

Beitrag zum Thema

„Sozialpsychologie des Beteiligungsbedürfnisses“

Anhörungsitzung am 3. September 2025, Hessischer Landtag

Junge Menschen beteiligen!

- Position junger Menschen muss in einer alternden Gesellschaft mehr Gehör finden
- Kinder und Jugendliche sind Expert*innen für ihre eigene Situation
- Besonders bei Entscheidungen in ihren unmittelbaren Entwicklungskontexten sollten sie einbezogen werden
- Berücksichtigung ihrer Stimme für gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Fragen ebenfalls wichtig
- Fördert bürgerschaftliches und politisches Engagement (aktive Bürgerschaft), stärkt Inklusion, und verbessert Entscheidungen und die Demokratie

Ausgangslage

Was bewegt junge Menschen in der heutigen Gesellschaft?

Was Jugendliche bewegt

- Politisches Interesse steigt an
- Krieg in Europa und die wirtschaftliche Lage rücken in den Fokus
- Klimaschutz bleibt für Jugendliche ein zentrales Thema
- Positive Identifikation mit Staat und Gesellschaft überwiegt
- Jugendliche positionieren sich politisch deutlicher und wollen sich engagieren

Demokratiezufriedenheit

„12 bis 25-Jährige zeigen ein grundsätzlich hohes Staatsvertrauen. Drei Viertel von ihnen (75 %) sind mit der Demokratie eher oder sogar sehr zufrieden.

Während die Demokratiezufriedenheit bei Jugendlichen im Westen seit längerer Zeit stabil ist (aktuell 77 %), geht sie bei den Jugendlichen im Osten nach längerem Anstieg wieder etwas zurück (aktuell 60 %)“

Gestaltungstrauen

„86 % vertrauen darauf, dass eine bessere Welt möglich ist, und 70 % sind sich sicher, dass die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse durch eigenes Engagement beeinflussbar sind.“

Mehr als der Hälfte (56 %) fehlt allerdings das Vertrauen in die Einsicht ihrer Mitmenschen. Diese Jugendlichen nehmen es für sich so wahr, dass die als »richtig« und auch als »sozial wünschenswert« empfundenen eigenen Sichtweisen immer häufiger von anderen nicht geteilt werden.

Fast ebenso viele (51 %) beklagen das Gefühl eines Kontrollverlustes und 40 % der jungen Menschen fühlen sich häufiger benachteiligt.“

Persönliches Engagement

„Der Anteil der Jugendlichen, die angegeben haben, **oft für die Gesellschaft oder einfach nur für andere Menschen aktiv zu sein, liegt bei 40 %.**

Im Vergleich zu 2019 ist das soziale und gesellschaftliche Aktivitätsniveau bei den Jugendlichen angestiegen, langfristig betrachtet bewegt es sich aber noch immer auf dem Niveau der letzten zwanzig Jahre.“

Politisches Engagement

„Das **Engagement für sozial Benachteiligte und gesellschaftliche Randgruppen** hatte in den vergangenen Jahren stets an Bedeutung gewonnen, doch aktuell sind **sinkende Zustimmungswerte** zu verzeichnen (62 % auf 58 %).

Umgekehrt verhält es sich beim **politischen Engagement**, dessen Relevanz weiter auf **aktuell 37 % gewachsen** ist.“

Dabei wird die digitale Informationssuche und Positionierung immer wichtiger. Z.B. stieg die Nutzung digitaler Tools für die Suche nach Informationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen von 23 auf 30%.

Kinder und Jugendliche sollen und wollen sich beteiligen!

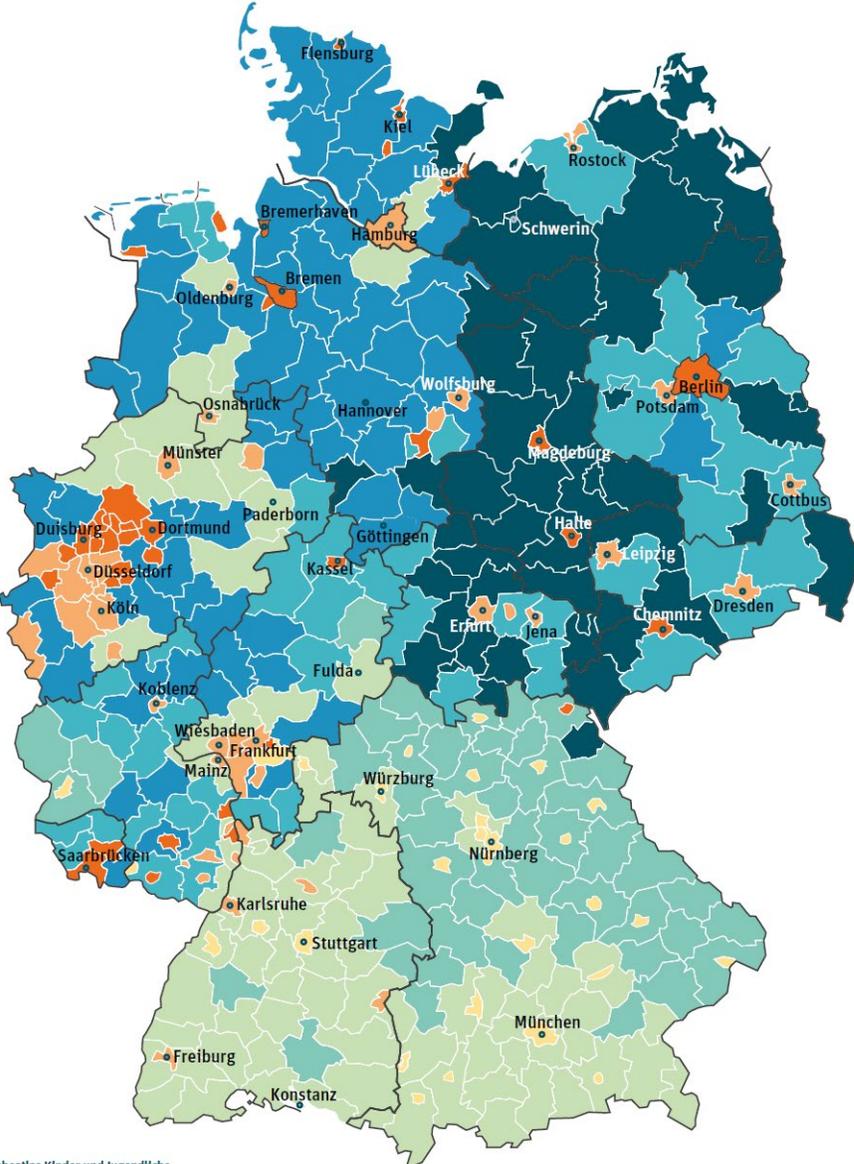
Aber: Können sie es überhaupt?

Und: Welche Rolle spielen dabei gesellschaftliche Rahmenbedingungen, altersbezogene, kontextuelle und persönliche Faktoren?

Teilhabebehürden reduzieren massiv die Chancengleichheit!

- Wirtschaftliche Voraussetzungen
- Armut
- Bildungschancen
- Demografische Struktur
- Infrastruktur
- Zugang zu digitaler Teilhabe

1 TEILHABEFREUNDLICHE STÄDTISCHE REGIONEN	2 STÄDTISCHE REGIONEN MIT EINZELNEN TEILHABEHÜRDEN	3 STÄDTISCHE REGIONEN MIT TEILS HOHEN TEILHABEHÜRDEN	4 TEILHABEFREUNDLICHE LÄNDLICHE SPITZENREITER	5 ÜBERWIEGEND LÄNDLICHE KREISE MIT VEREINZELTEN TEILHABECHANCEN	6 ÜBERWIEGEND LÄNDLICHE KREISE MIT VEREINZELTEN TEILHABEHÜRDEN	7 ÜBERWIEGEND LÄNDLICHE KREISE MIT TEILHABEHÜRDEN	8 ÜBERWIEGEND LÄNDLICHE KREISE MIT TEILS HOHEN TEILHABEHÜRDEN
Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • mittlere Kinderarmut • sehr viele Ausbildungsplätze • niedrige Jugendarbeitslosigkeit 	Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • zweithöchste Kinderarmut • sehr wenig Ausbildungsplätze • mittlere Jugendarbeitslosigkeit 	Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • höchste Kinderarmut • wenig Ausbildungsplätze • höchste Jugendarbeitslosigkeit 	Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • zweitniedrigste Kinderarmut • viele Ausbildungsplätze • niedrige Jugendarbeitslosigkeit 	Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • niedrigste Kinderarmut • höchstes Angebot an Ausbildungsplätzen • niedrigste Jugendarbeitslosigkeit 	Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • niedrige Kinderarmut • mittleres Angebot an Ausbildungsplätzen • mittlere Jugendarbeitslosigkeit 	Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • mittlere Kinderarmut • die wenigsten Ausbildungsplätze • mittlere Jugendarbeitslosigkeit 	Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> • hohe Kinderarmut • mittleres Angebot an Ausbildungsplätzen • zweithöchste Jugendarbeitslosigkeit
Demografie <ul style="list-style-type: none"> • mittlerer Anteil junger Menschen • mittlere Lebenserwartung 	Demografie <ul style="list-style-type: none"> • höchster Anteil junger Menschen • hohe Lebenserwartung 	Demografie <ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil junger Menschen • niedrigste Lebenserwartung 	Demografie <ul style="list-style-type: none"> • zweithöchster Anteil junger Menschen • höchste Lebenserwartung 	Demografie <ul style="list-style-type: none"> • mittlerer Anteil junger Menschen • hohe Lebenserwartung 	Demografie <ul style="list-style-type: none"> • niedriger Anteil junger Menschen • mittlere Lebenserwartung 	Demografie <ul style="list-style-type: none"> • mittlerer Anteil junger Menschen • mittlere Lebenserwartung 	Demografie <ul style="list-style-type: none"> • niedrigster Anteil junger Menschen • niedrige Lebenserwartung
Bildung <ul style="list-style-type: none"> • niedriger Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss • zweitniedrigste Betreuungsquote Vorschulkinder 	Bildung <ul style="list-style-type: none"> • mittlerer Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss • hohe Betreuungsquote Vorschulkinder 	Bildung <ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss • niedrigste Betreuungsquote Vorschulkinder 	Bildung <ul style="list-style-type: none"> • niedrigster Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss • mittlere Betreuungsquote Vorschulkinder 	Bildung <ul style="list-style-type: none"> • mittlerer Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss • mittlere Betreuungsquote Vorschulkinder 	Bildung <ul style="list-style-type: none"> • mittlerer Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss • höchste Betreuungsquote Vorschulkinder 	Bildung <ul style="list-style-type: none"> • hoher Anteil Schulabgänger ohne Abschluss • mittlere Betreuungsquote Vorschulkinder 	Bildung <ul style="list-style-type: none"> • höchster Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss • zweithöchste Betreuungsquote Vorschulkinder
Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • gute Erreichbarkeit • zweitbeste Breitbandversorgung 	Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • zweitbeste Erreichbarkeit • gute Breitbandversorgung 	Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • beste Erreichbarkeit • beste Breitbandversorgung 	Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • mittlere Breitbandversorgung • mittlere Erreichbarkeit 	Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • schlechte Breitbandversorgung • schlechteste Erreichbarkeit 	Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • schlechteste Breitbandversorgung • schlechte Erreichbarkeit 	Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • mittlere Breitbandversorgung • mittlere Erreichbarkeit 	Infrastruktur <ul style="list-style-type: none"> • schlechte Breitbandversorgung • mittlere Erreichbarkeit
<p>Cluster 1 vereint mit 30 Kreisen die Wirtschaftszentren im Süden der Republik, allen voran in Bayern. Mit Ausnahme von Hof zählen dort alle kreisfreien Städte und städtisch geprägten Kreise zum Cluster 1. Auch einige Landkreise und kreisfreie Städte in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen gehören dazu.</p> <p>Das Cluster 1 fällt unter den städtischen Clustern (1 bis 3) vor allem hinsichtlich der sehr guten bis guten Durchschnittswerte bei den wirtschaftlichen Indikatoren auf. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze ist hoch und die Arbeitslosigkeit junger Menschen niedrig.</p>	<p>In Cluster 2 befinden sich 40 überwiegend kreisfreie Städte oder Landkreise mit großen Kreisstädten, viele davon mit Universitäten. Von Freiburg im Breisgau im Südwesten bis Rostock im Nordosten sind sie fast über das gesamte Bundesgebiet verteilt.</p> <p>Cluster 2 liegt bei den meisten Indikatoren im guten bis sehr guten Bereich. Hier leben viele junge Menschen. Ihr Anteil an der Bevölkerung ist im Vergleich zu anderen Regionen am höchsten und damit auch ihr Potenzial. Ihr Umfeld mitzugestalten. Die Lebenserwartung ist unter den drei städtischen Clustern am höchsten und fällt auch im Vergleich mit fast allen ländlichen Clustern hoch aus. Die hohe Kinderarmut und das geringe Angebot an Ausbildungsplätzen erschweren einigen Kindern und Jugendlichen aber einen guten Start ins Leben.</p>	<p>Die Städte und städtisch geprägten Regionen in Cluster 3 liegen vor allem in der Nordhälfte des Bundesgebietes. Typisch für dieses Cluster sind Städte im Ruhrgebiet und in den ostdeutschen Bundesländern, die einen harten Strukturwandel hinter sich haben. Aber auch Berlin, Saarbrücken sowie Kiel und Lübeck ganz im Norden zählen dazu.</p> <p>In Cluster 3 profitieren Kinder und Jugendliche zwar von der für Ballungsgebiete typisch guten Versorgung, ihre Zukunftsperspektiven sind jedoch weniger gut. So sind nur wenige Vorschulkinder in einer Betreuungseinrichtung, es gibt vergleichsweise wenige Ausbildungsplätze und die Kinderarmut sowie die Jugendarbeitslosigkeit sind hoch. Neugeborene in den Regionen aus Cluster 3 haben außerdem die geringste durchschnittliche Lebenserwartung.</p>	<p>Mit 82 Kreisen ist Cluster 4 das größte. Diese liegen vorwiegend im wirtschaftsstarke Baden-Württemberg und im Südwesten Bayerns. Weiter nördlich davon finden sich nur vereinzelt Kreise in diesem Cluster. Sie liegen im Speckgürtel von Hamburg und Frankfurt am Main sowie in Teilen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens.</p> <p>Für Kinder und Jugendliche, die in diesen Regionen mit vergleichsweise hohem Anteil an jungen Menschen aufwachsen, scheint es besonders gut um die Bildung und Zukunftschancen zu stehen. Nirgendwo brechen weniger Jugendliche die Schule ab. Trotz der ländlicheren Prägung sind Schulen und Freizeitangebote im Vergleich zu den anderen ländlichen Clustern in diesen oft gut angebundenen (Speckgürtel-)Regionen gut zu erreichen.</p>	<p>Cluster 5 umfasst 48 ländliche Kreise in den südlichen Bundesländern, vor allem in der nördlichen Hälfte Bayerns. Vereinzelt finden sich weitere Kreise in Baden-Württemberg, im Rheinland-Pfalz, wie zum Beispiel die Landkreise Trier und Bitburg-Prüm. Der hessische Landkreis Hersfeld-Rotenburg befindet sich ebenfalls in Cluster 5.</p> <p>Dort sind zwar die Schulwege besonders weit und das Internet langsamer als andersorts, aber nirgendwo sind die sozioökonomischen Faktoren besser: Im Cluster 5 leben deutschlandweit am wenigsten Kinder und Jugendliche in Armut und das Angebot an Arbeitsplätzen für Jüngere ist noch besser als in den (Groß-)Städten mit hohen Teilhabechancen in Cluster 1.</p>	<p>Ins Cluster 6 fallen 45 ländliche Kreise. Diese gruppieren sich zu einem Band quer durch Deutschland, von Saarland über Hessen, Thüringen und Sachsen bis in den Speckgürtel von Berlin. Ganz im Norden fallen auch die Landkreise Wittmund, Friedland und Rostock in dieses Cluster.</p> <p>Dort leben zwar weniger Kinder in Armut als in den (Groß-)Städten in Cluster 3, aber der Anteil der Menschen unter 25 Jahren ist niedriger, deren Jobperspektiven sind mittelmäßig und die Infrastruktur lässt zu wünschen übrig. Insbesondere die digitale. Die ländlichen Regionen in Cluster 6 stehen wirtschaftlich und hinsichtlich ihrer Infrastruktur vor Herausforderungen. Trotzdem gibt es im Vergleich zu den Clustern 7 und 8 nur wenige Anzeichen für Hürden bei den Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen.</p>	<p>Die Regionen dieses zweitstärksten ländlichen Clusters mit 68 Kreisen liegen überwiegend im Nordwesten der Bundesrepublik, in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie im Speckgürtel rund um Berlin. Aber auch ländliche Kreise aus dem Ruhrgebiet und jenseits der wirtschaftsstarke Kreise in Hessen und Rheinland-Pfalz zählen dazu.</p> <p>Probleme, die die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen einschränken, zeigen sich vor allem in schlechter Infrastruktur, einer hohen Quote von Schulabgänger:innen ohne Abschluss, vergleichsweise wenigen Ausbildungsplätzen und einer für ländliche Regionen hohen Kinderarmut. Im Gegensatz zu Cluster 8 leben in Cluster 7 aber immer noch viele jüngere Menschen.</p>	<p>Die 48 Kreise in Cluster 8 liegen hauptsächlich in Ostdeutschland. Westlich und südlich davon zählen nur vereinzelt Kreise wie Ostholstein in Schleswig-Holstein, Holzminden und Goslar in Niedersachsen und Wunsiedel im strukturschwachen Nordosten Bayerns zu Cluster 8.</p> <p>Sie haben mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie die Kreise in Cluster 7. Ihre Herausforderungen sind dabei aber noch größer. Die Breitbandversorgung ist vergleichsweise schlecht. Die Jugendarbeitslosen- und Schulabbrecherquote ist ähnlich hoch wie in den Städten in Cluster 3. Und zusätzlich leben nirgendwo weniger Jüngere, was die Teilhabechancen und Zukunftsperspektiven der nachrückenden Generation weiter belastet. Historisch bedingt finden Familien für ihre Kinder im Vorschulalter in den hauptsächlich in Ostdeutschland liegenden Kreisen aber am häufigsten einen Ausbildungsplatz.</p>



3 STÄDTISCHE REGIONEN MIT TEILS HOHEN TEILHABEBÜRDEN

Wirtschaft

- höchste Kinderarmut
- wenig Ausbildungsplätze
- höchste Jugendarbeitslosigkeit

Demografie

- hoher Anteil junger Menschen
- niedrigste Lebenserwartung

Bildung

- hoher Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss
- niedrigste Betreuungsquote Vorschulkinder

Infrastruktur

- beste Erreichbarkeit
- beste Breitbandversorgung

Die Städte und städtisch geprägten Regionen in Cluster 3 liegen vor allem in der Nordhälfte des Bundesgebiets. Typisch für dieses Cluster sind Städte im Ruhrgebiet und in den ostdeutschen Bundesländern, die einen harten Strukturwandel hinter sich haben. Aber auch Berlin, Saarbrücken sowie Kiel und Lübeck ganz im Norden zählen dazu.

In Cluster 3 profitieren Kinder und Jugendliche zwar von der für Ballungsgebiete typisch guten Versorgung, ihre Zukunftsperspektiven sind jedoch weniger gut. So sind nur wenige Vorschulkinder in einer Betreuungseinrichtung, es gibt vergleichsweise wenige Ausbildungsplätze und die Kinderarmut sowie die Jugendarbeitslosigkeit sind hoch. Neugeborene in den Regionen aus Cluster 3 haben außerdem die geringste durchschnittliche Lebenserwartung.

Bsp.
Berlin
Dortmund
Halle
Saarbrücken

4 TEILHABEFREUNDLICHE LÄNDLICHE SPITZENREITER

Wirtschaft

- zweitniedrigste Kinderarmut
- viele Ausbildungsplätze
- niedrige Jugendarbeitslosigkeit

Demografie

- zweithöchster Anteil junger Menschen
- höchste Lebenserwartung

Bildung

- niedrigster Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss
- mittlere Betreuungsquote Vorschulkinder

Infrastruktur

- mittlere Breitbandversorgung
- mittlere Erreichbarkeit

Mit 82 Kreisen ist Cluster 4 das größte. Diese liegen vorwiegend im wirtschaftsstarke Baden-Württemberg und im Südwesten Bayerns. Weiter nördlich davon finden sich nur vereinzelt Kreise in diesem Cluster. Sie liegen im Speckgürtel von Hamburg und Frankfurt am Main sowie in Teilen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens.

Für Kinder und Jugendliche, die in diesen Regionen mit vergleichsweise hohem Anteil an jungen Menschen aufwachsen, scheint es besonders gut um die Bildung und Zukunftschancen zu stehen. Nirgendwo brechen weniger Jugendliche die Schule ab. Trotz der ländlicheren Prägung sind Schulen und Freizeitangebote im Vergleich zu den anderen ländlichen Clustern in diesen oft gut angebundenen (Speckgürtel-)Regionen gut zu erreichen.

Bsp.
LK im Süden
DL

Ist die Beteiligung von Kindern möglich?

Moralrelevante Handlungsbereitschaften, die „angeboren“ sind (evolutionär adaptiv):

- (1) Schutz und Sorge für Nachkommen oder vulnerable Gruppenmitglieder,
- (2) Fairness im Miteinander mit Nichtgruppenmitgliedern,
- (3) Loyalität der eigenen Gruppe gegenüber,
- (4) Hierarchien in der Gruppe aushandeln sowie
- (5) Umgang mit lebensbedrohlichen Gefahren wie Keime oder Parasiten.

- Menschen reagieren automatisch z. B. auf die Gefährdung von Kindern
- Reaktionen können sein: Mitgefühl oder Ärger
- Kinder wissen schon früh, was in basalen Themen richtig und falsch ist

Für weitere Ausbildung von moralischen und politischen Werten sind Erfahrungen in den unmittelbaren Entwicklungskontexten (bes. Familie und Peers) ausschlaggebend

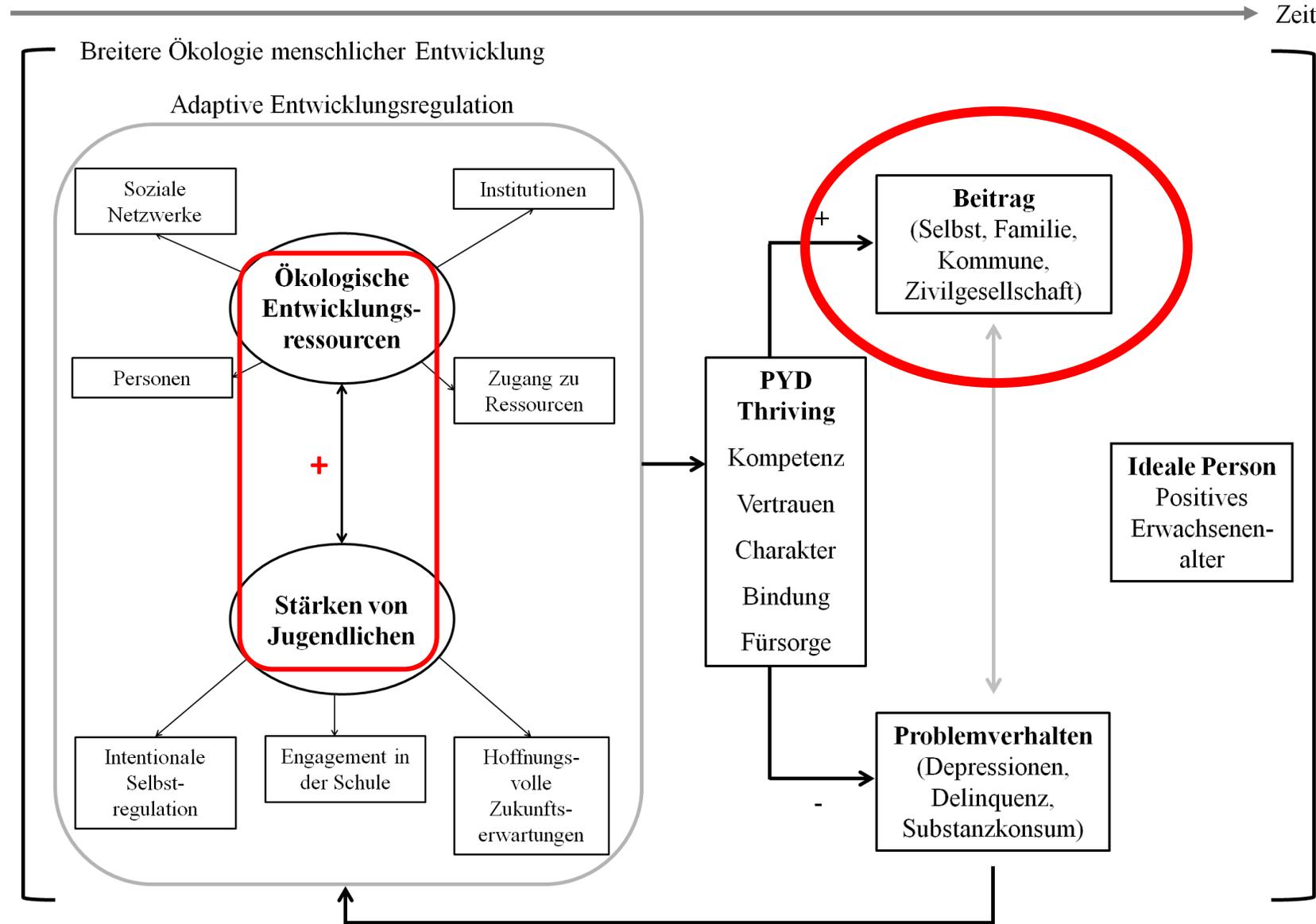
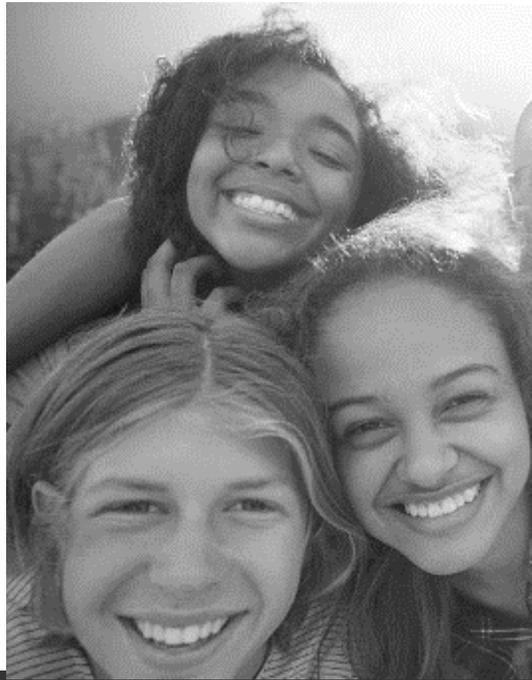
Von Kindheit zu Jugend

- Mehr Begründungen werden genutzt zu erklären, was richtig und falsch ist, anstatt die Einstellungen von Älteren zu übernehmen
- Stärkere Perspektivenübernahme durch fortschreitende kognitive Entwicklung
- Reziprozitätsprinzip, „Behandle andere so, wie Du selbst behandelt werden möchtest.“
- Verpflichtung gegenüber allgemein gültigen und selbst gewählten universellen ethischen Prinzipien, angetrieben durch erweiterte Zukunftssicht, Werte- und Identitätsentwicklung im Jugendalter

Partizipation als Kernthema einer positiven Jugendentwicklung (PYD)

„Prinzipiell geht man im Konzept PYD davon aus, dass **jeder Jugendliche die Voraussetzungen hat, um sich zu einem integrierten und positiv angepassten Erwachsenen zu entwickeln und somit ein Potential für die Gesellschaft darstellt** (Lerner, Brentano, Dowling & Anderson, 2002). In diesem Sinne soll das PYD Konzept einen theoretischen Rahmen bieten, um ein produktives Engagement bei Jugendlichen zu fördern (bes. im Rahmen der Kommune) und sie nicht zu korrigieren oder (lediglich) ihr Problemverhalten zu behandeln (Damon, 2004), oder, in anderen Worten, PYD „...approach **youth as resources to be developed rather than as problems to be managed**“ (Roth & Brooks-Gunn, 2003, S. 94).“

Positive Jugendentwicklung



Strategien zur Beteiligungsförderung

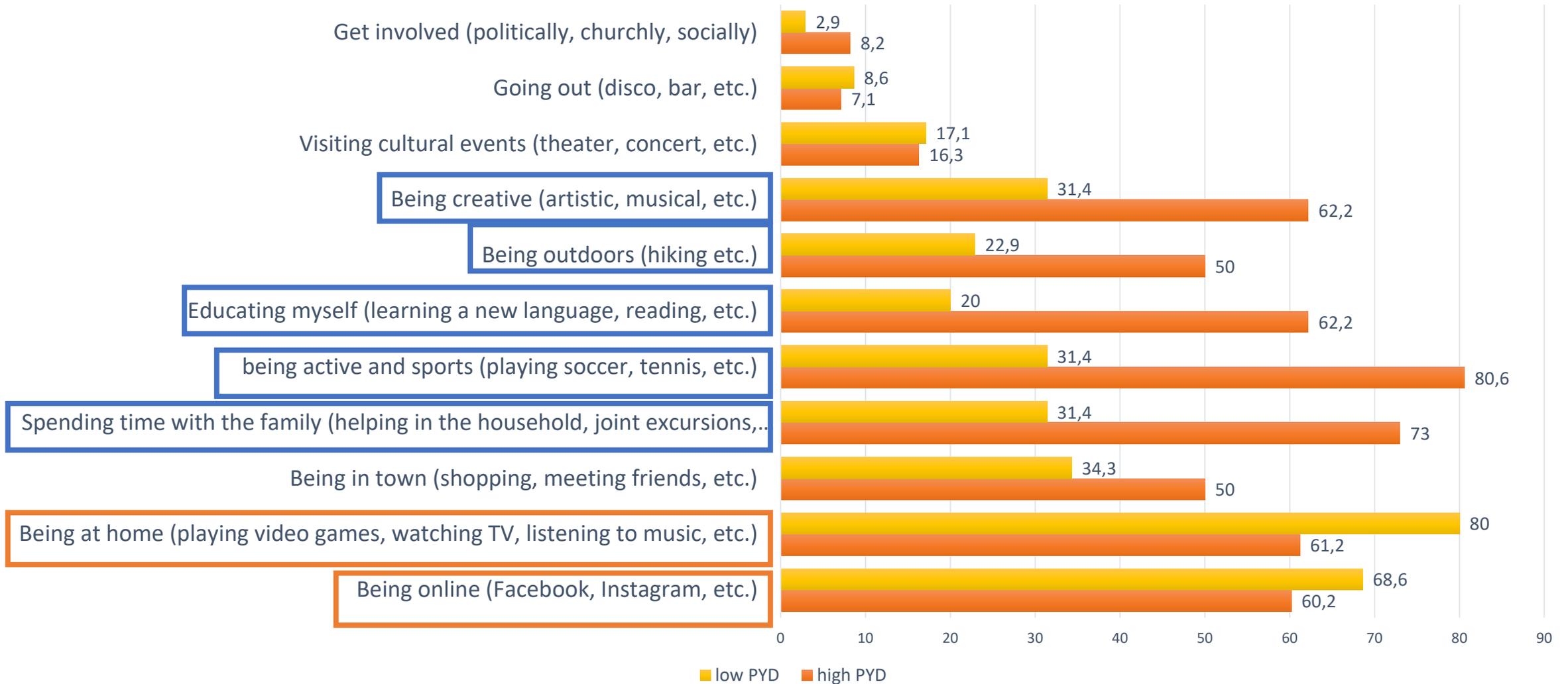
- Beteiligungsprogramme (Kommune, Freizeit, Schulen)
 - Schülervertretungen, Jugendforen, -Konferenzen, Jugendstudien
 - Projektbezogene Formate zu spezifischen Themen wie Umwelt
- Strukturierte Freizeitangebote
- Interaktion mit Erwachsenen, die junge Menschen anerkennen, wertschätzen, unterstützen und ihnen das Gefühl geben, dazuzugehören
- Langfristig (mind. ein Jahr)
- Intrinsisch motivierte, selbstbestimmte Mitarbeit

Jugendliche profitieren am meisten von Maßnahmen zur Beteiligungsförderung, wenn sie in ihrem Tun das Gefühl haben, einen wirklichen Beitrag zu leisten, dabei ihre Ziele verfolgen können, sowie auf breiter Ebene ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen im Austausch mit anderen Generationen gefördert werden.

Wie schätzen Kinder und Jugendliche ihr Möglichkeiten zur Teilhabe ein? Was brauchen sie?

1. **Attraktive Freizeitmöglichkeiten:** Junge Menschen brauchen vielfältige und bedarfsgerechte Freizeitangebote, z.B. im Verein und im öffentlichen Raum, die sie selbstbestimmt nutzen können.
2. **Selbstbestimmung:** Kinder und Jugendliche wollen sich an ihrem Wohnort eigenständig bewegen – dafür ist neben einem gut ausgebauten ÖPNV und Fahrradwegen auch die eigene Sicherheit wichtig.
3. **Echte Beteiligungsmöglichkeiten:** Junge Menschen wollen mitsprechen und mitbestimmen – sei es in der Kommune, der Schule oder im Verein. Dafür brauchen sie mehr und inklusivere Möglichkeiten, um ihre Ideen einzubringen und in die Tat umzusetzen.

Freizeit x Positive Entwicklung (PYD) (13Jährige)



Im Freizeitbereich geht es insbesondere darum, junge Menschen über das heute „normative“ hoch digitalisierte Leben hinaus in strukturierte Angebote zu involvieren (Sport, Kunst, Outdoor-Aktivitäten), sie zum bürgerschaftlichen und politischen Engagement einzuladen und anzuregen, sich selbst zu bilden, um eine positive Entwicklung und Teilhabe zu fördern. Das ist eine Aufgabe von Familien, aber auch von Schulen, Vereinen, Kommunen und der Gesellschaft insgesamt.

Handlungsempfehlungen für mehr Teilhabe

Teilhabe für junge Menschen zu ermöglichen, muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden und erfordert einen klaren politischen Willen auf allen Ebenen. Unsere Handlungsempfehlungen – in den vier Themenfeldern Bildung, Freizeitmöglichkeiten, Selbstbestimmung und Beteiligung – richten sich daher an Verantwortliche im Bund, in den Ländern und vor Ort in den Kommunen.

Bildung

1. Gezielt in Bildung investieren – unter Berücksichtigung regionaler Bedarfe
2. Fachkräftepotenzial gering qualifizierter junger Menschen erschließen

Freizeitmöglichkeiten

3. Kostenlose und vielfältige Freizeitangebote für junge Menschen schaffen
4. Freizeittreffs für Kinder und Jugendliche fördern – alle jungen Menschen erreichen
5. Öffentliche Räume für Kinder- und Jugendliche zugänglich gestalten

Selbstbestimmung

6. Öffentlichen Nahverkehr und Fuß- und Fahrradwege ausbauen
7. Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleisten
8. Digitale Teilhabe flächendeckend ermöglichen

Beteiligung

9. Junge Menschen an Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, beteiligen
10. Interessen junger Menschen mehr politisches Gewicht verleihen



Ausführliche Handlungsempfehlungen finden Sie in der Studie ab Seite 70.

[Zur Publikation](#)

Werte und politische Einstellungen

Ich finde es unfair, dass ältere Generationen für die Zukunft der Jungen entscheiden dürfen und die Gesellschaft bestimmen. Ich gehe auf CSD-Demos und zeige so meine Meinung. Es gibt zwar heute schon viele Rechte für queere Leute, aber das heißt nicht, dass man dafür nicht auf die Straße gehen sollte. Es gibt immer noch so viele Menschen, die diskriminierend sind, etwas dagegen haben, wenn man ist, wie man ist. Auch ist es für mich immer eine schöne Zeit dort, viele nette Menschen, die man kennenlernt, auch wenn man nicht zur Community gehört, sondern nur unterstützt.

Lea, 14



Lea



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Fragen?

Quellen

Damon, W. (2004). What is positive youth development? *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 591, 13-24.

Lerner, R. M., Lerner, J. V., McBride Murry, V., Phillips Smith, E., Bowers, E., Geldhof, G. J. & Buckingham, M. H. (2021). Positive youth development in 2020: Theory, research, programs, and the promotion of social justice. *Journal of Research on Adolescence*, 31(4), 1114–1134.

Lerner, R. M., Brentano, C., Dowling, E. M., & Anderson, P. M. (2002). Positive youth development: Thriving as the basis of personhood and civil society. *New Directions for Youth Development*, 95, 11–33.

Larson, R. W. (2006). Positive youth development, willful adolescents, and mentoring. *Journal of Community Psychology*, 34(6), 677–689.

Noack, P., Kracke, B., & Weichold, K. (2024). *Entwicklung in Jugend- und frühem Erwachsenenalter*. Stuttgart: Kohlhammer.

Weichold, K. et al., (2025). *Balancing Online and Offline Worlds: Leisure Contexts and Positive Youth Development in Adolescence*. Manuscript prepared for submission.

Weichold, K. & Blumenthal, A. (2018). Positive Jugendentwicklung. In B. Kracke & P. Noack (Hrsg.), *Handbuch Entwicklungs- und Erziehungspsychologie* (S. 277–291). Berlin: Springer.

Roth, J. L. & Brooks-Gunn, J. (2003). What exactly is a youth development program? Answers from research and practice. *Applied Developmental Science*, 7, 94-111.

<https://teilhabeatlas.org/>

<https://www.shell.de/>

Sozialpsychologie des Beteiligungsbedürfnisses:

hier:

Politische Beteiligungsbedürfnisse

Genauer: Absenkung des Wahlalters

Sigrid Roßteutscher, *Goethe-University Frankfurt am Main*

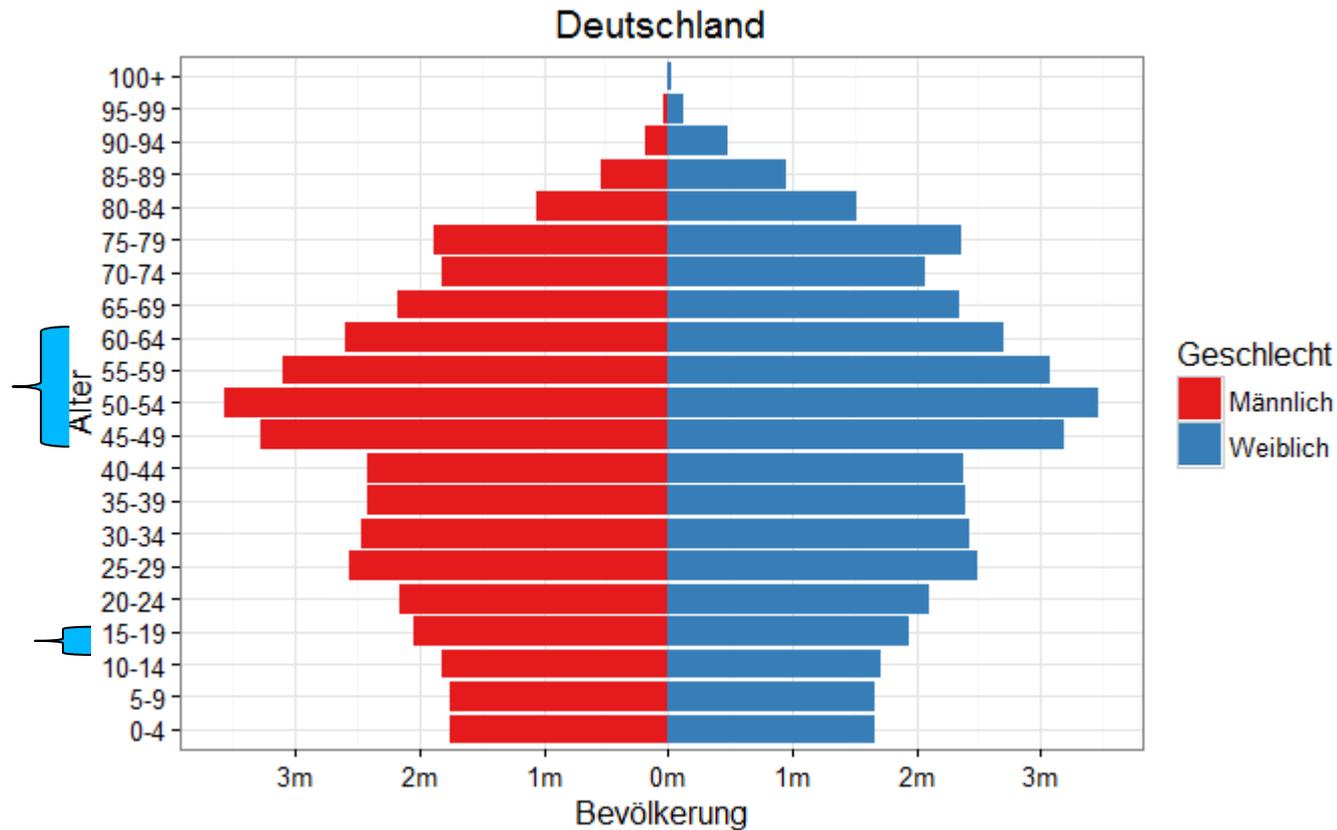
Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben – Beteiligung
junger Menschen stärken“

3. September 2025

Hintergrund 1 : Generationengerechtigkeit

1. Junge Menschen haben das Bedürfnis politisch Gehör zu finden
2. Massives Problem in der alternden Gesellschaft
3. Numerisch elektoral kaum signifikant, lasten allerdings die Aufgaben der Zukunft
4. Massiv betroffen: von heutigen Entscheidungen

Alterspyramide Deutschland 2025



- Generationengerechtigkeit, Lastenausgleich
- Mut: weniger als 2 Prozent des Elektorats
- Minimale Veränderungen des Wahlergebnisses

Hintergrund 2: Steigende politische Ungleichheit

1. Junge Menschen gehen seltener wählen als Ältere
2. Dies gilt insbesondere für Jungwähler mit niedriger Bildung, aus ärmeren Elternhäusern
3. Trend beobachten wir seit 1990er Jahren
4. Resultat: steigende politische Ungleichheit

Langfristige Trends in der Wahlbeteiligung zwischen Erstwählern und „älteren“ Wählern

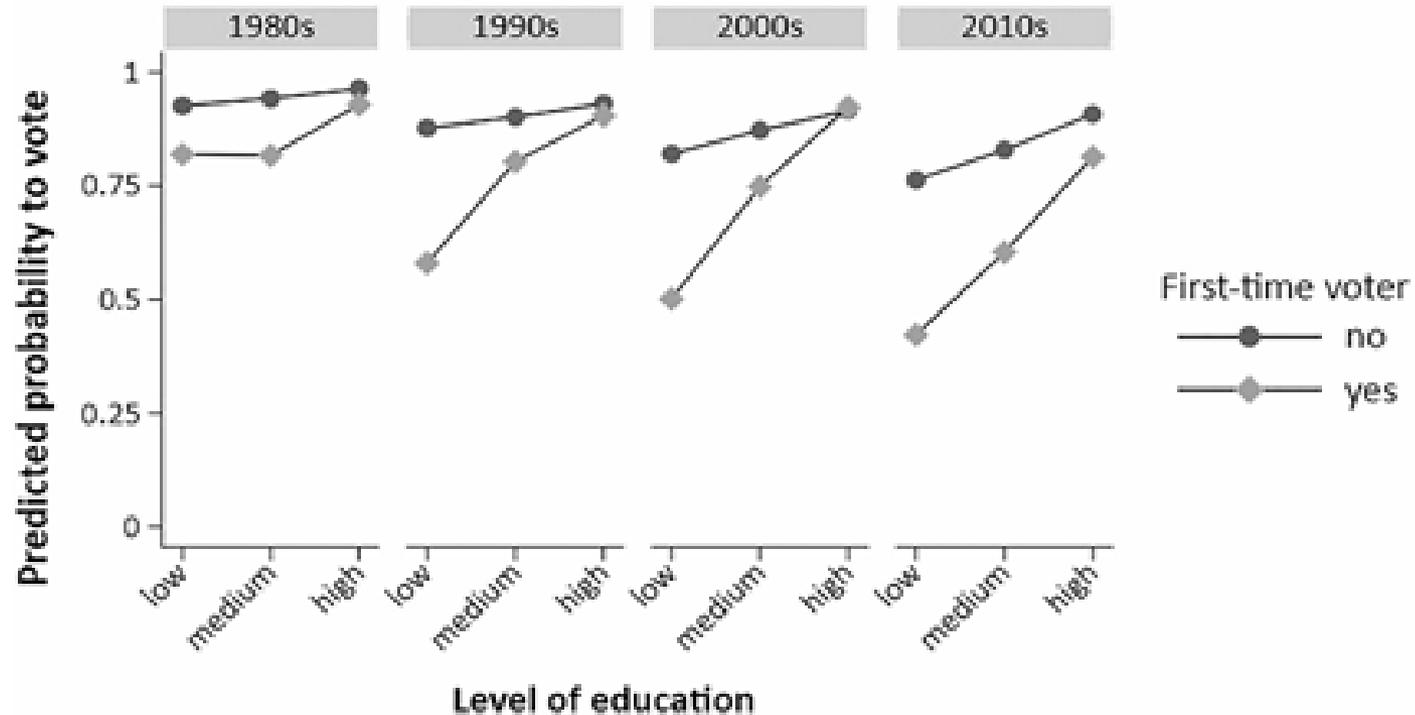


Figure 4. Predicted probability of voting.

Data: ALLBUS, 1980 – 2016. This figure shows the predicted probability of having voted based on a logistic regression in which education interacts with first-time voting and decade, and which controls for gender, party membership, and church attendance.

See Model 3 in [Table 2](#) for detailed results.

Quelle: Schäfer et al. 2020

Warum ist das so?

Sozialer Wandel:

- Abnehmende Parteibindungen
- Erosion sozialer Milieus (Abnahme Gewerkschafts- und Kirchenbindung)
- Mitgliederschwund in Vereinen
- ➔ Allgemeine Abnahme kollektiver Ressourcen
- ➔ Zunehmende Bedeutung individueller Ressourcen (Bildung, Elternhaus, etc.)

Grundsätzlich:

Franklin 2004: Absenkung des Wahlalters auf 18 in den 1970ern war ein großer Fehler und ist eine Kernursache der allgemein abnehmenden Wahlbeteiligung:

- 18-21: Andere Sorgen (Partnersuche, Ausbildung, Einkommen, etc.)
- ➔ Rückkehr zu Wahlalter 21 nicht möglich
- ➔ Absenkung!!!! Noch in „geordneten“ Verhältnissen (in Schule, im Elternhaus)
- ➔ Studien zu Schule: nicht Lehrer, sondern peers

Was wir gerne vergessen:

Wählen ab 18: bei 4 Jahren Legislatur: Durchschnitt 20 Jahre (manche fast 22J.)

Wählen ab 16: Durchschnitt 18 Jahre (manche fast 20)

- ➔ Wählen ab 16 kommt der heutigen Gesetzeslage näher
- ➔ Aber noch besser: Wählen ab 14 Jahre (Durchschnitt 16, Erreichbarkeit Schulen auch bei niedrigeren Bildungsformen, um ungleicher Beteiligung entgegenzusteuern)

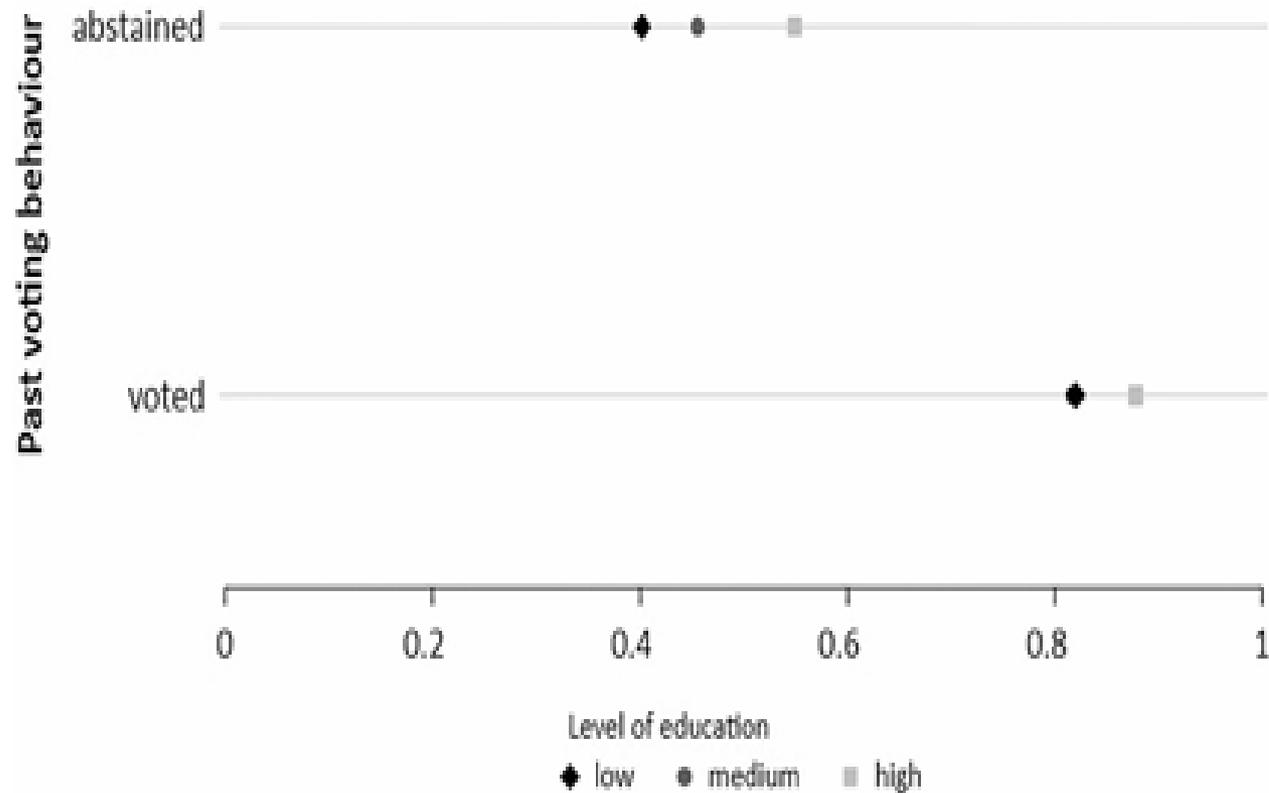
Warum ist die Erstwahl so wichtig?

- Hürde am Größten (Wie, wo, vor allem wen?)
- Einmal überwunden, jede weitere Wahl einfacher
- Nicht überwunden: Hürde bleibt
- Befunde seit den 1960ern: „Habitual Voting“

→ 3x gewählt: immer Wähler

→ 3x nicht gewählt: immer Nichtwähler

Einfluss des Wahlverhaltens auf weitere Wahlabsichten



Quelle: Schäfer et al. 2020

Leider machen wir in Deutschland (fast) alles falsch:

- In Österreich: seit 2007 gilt Wahlalter 16 auf allen Ebenen
- In Deutschland: Flickenteppich (Viele Kommunalwahlen, ca. Hälfte der Länder)

Resultat:

- A) Signal an Lokal- und Landespolitiker: nicht so wichtig, da dürfen auch „die Kleinen“ mitbestimmen
 - B) Junge Menschen: Langfristige Beschädigung externer Selbstwirksamkeit (Vertrauen ins politische System), anhaltend, auch in der 3. Wahl danach (Panel Schleswig-Holstein 2017)
-
- ➔ Kind bereits „in den Brunnen gefallen“
 - ➔ Höchste Priorität: Absenkung auf Bundesebene

Wir brauchen also ein Wahlalter:

- **Welches die Beteiligung bei der Erstwahl maximiert**
 - **Bei dem die politische Ungleichheit so gering wie möglich ist**
- ➔ Ideal: 14 Jahre (14, 15, 16, 17, im Schnitt: 16 Jahre alt)
- ➔ Second Best: 16 Jahre (16, 17, 18, 19, im Schnitt: 18 Jahre alt)
- ➔ Ganz falsch: 18 Jahre (18, 19, 20, 21, im Schnitt 20 Jahre alt)

Warum so schwierig?

- abhängig von politischer Farbe der Landes-Regierungen
- 2/3 Mehrheit Bundestag

Gegenargumente:

- Reife
- Volljährigkeit

Politische Reife?

- **Extrem Individuell (14/16/17jährige im Vergleich zu 18/19jährigen, im Vergleich zu 80+**
 - **Politischer Führerschein, Reifeprüfung?**
 - **Befunde (Österreich und eigene zu SH):**
 - 16/17: höheres politisches Interesse als 18+
 - 16/17: signifikant höhere Wahlbeteiligung als 18+
 - 16/17: etwas geringeres politisches Wissen als 18+
 - 16/17: etwas volatiler, „experimentierfreudiger“ (gilt aber auch für 18-21)
- ➔ **Wichtig: gilt unter Bedingung von abgesenktem Wahlalter**
- ➔ **Rechte verändern Verhalten**

Volljährigkeit?

Flickenteppich:

Ab 16 Jahren:

- Wahlrecht auf kommunaler, Landes- und Europaebene
- Gaststättenbesuch, Führerschein, gewisse Vertragsrechte
- Steuerpflicht!

Ab 21 Jahren:

- Adaption nur ein Elternteil
- Jugendstrafrecht (bis 21)

Ab 25 Jahren plus:

- Adoptionsrecht
- Führerschein für Schwertransporte
- Richter, Staatsanwalt, Notare,...

Zusammenfassung

- Weder Reife- noch Volljährigkeitsargumente überzeugen
- Absenkung ausschließlich abhängig von politischer Färbung von Kommunal- und Landesparlamenten
- Bundesebene: Lagerübergreifende Mehrheiten nötig

Wahlalter ab 18 Jahren ist nicht gut für die Demokratie, da es...

- ...eine sinkende Wahlbeteiligung befördert (Erstwahl in einer Phase, da andere private Dinge sehr viel wichtiger sind, Einstieg in Gewohnheits-Nichtwahl)
- ...eine ungleiche Wahlbeteiligung befördert, da gerade soziale Gruppen, die kollektive Ressourcen benötigen (niedrig Gebildete) durch Institutionen wie die Schule nicht mehr erreicht werden
- ... der Generationengerechtigkeit in der alternden Gesellschaft entgegen steht

Zusammenfassung

- Weder Reife- noch Volljährigkeitsargumente überzeugen
- Absenkung ausschließlich abhängig von politischer Färbung von Kommunal- und Landesparlamenten
- Bundesebene: Lagerübergreifende Mehrheiten nötig

Wahlalter ab 18 Jahren ist nicht gut für die Demokratie, da es...

- ...eine sinkende Wahlbeteiligung befördert (Erstwahl in einer Phase, da andere private Dinge sehr viel wichtiger sind, Einstieg in Gewohnheits-Nichtwahl)
- ...eine ungleiche Wahlbeteiligung befördert, da gerade soziale Gruppen, die kollektive Ressourcen benötigen (niedrig Gebildete) durch Institutionen wie die Schule nicht mehr erreicht werden
- der Generationengerechtigkeit in der alternden Gesellschaft entgegen steht

➔ Absenkung am besten auf 14 Jahre

➔ Auf allen Ebenen, inklusive Bund

Ich freue mich auf Ihre Fragen!

Herzlichen Dank

Literatur (Auswahl)

Bhatti, Yosef, and Kasper M. Hansen. (2012). “Leaving the Nest and the Social Act of Voting: Turnout among First-Time Voters.” *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* 22 (4): 380–406.

Franklin, Mark N. (2004). *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies Since 1945*. Cambridge: Cambridge University Press.

Leininger, Arndt; Schäfer, Armin; Faas, Thorsten; Roßteutscher, Sigrid (2024): [Coming of voting age. Evidence from a natural experiment on the effects of electoral eligibility](#), *Electoral Studies* 88 (2024) 102751, DOI: 10.1016/j.electstud.2024.102751.

Leininger, Arndt; Sohnius, Marie-Lou; Faas, Thorsten; Roßteutscher, Sigrid; Schäfer, Armin (2022). [Temporary Disenfranchisement: Negative Side Effects of Lowering the Voting Age](#). *American Political Science Review*, 1–7, Doi: 10.1017/S000305542200034X

Roßteutscher, Sigrid; Faas, Thorsten; Leininger, Arndt; Schäfer, Armin (2022): [Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds’ Political Interest and Turnout](#), *German Politics* 31 (4), DOI: 10.1080/09644008.2022.2117800

Schäfer, Armin; Roßteutscher, Sigrid und Abendschön, Simone (2020): [Rising start-up costs of voting: political inequality among first-time voters](#), *West European Politics* 43 (4), 819–844, DOI: 10.1080/01402382.2019.1638141.

Wagner, Markus, David Johann, and Sylvia Kritzinger. (2012). “Voting at 16: Turnout and the Quality of Vote Choice.” *Electoral Studies* 31: 372–383.

Zeglovits, Eva, and Julian Aichholzer. (2014). “Are People More Inclined to Vote at 16 Than at 18? Evidence for the First-Time Voting Boost among 16- to 25-Year-Olds in Austria.” *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 24 (3): 351–361.

Zeglovits, Eva, and Martina Zandonella. (2013). “Political Interest of Adolescents Before and After Lowering the Voting age: The Case of Austria.” *Journal of Youth Studies* 16 (8): 1084–1104.